

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



[IM FOKUS]

Die bayerische Landtagswahl
Konkurrierende Sieger, gedämpfter Jubel und
die Verwandlung von Stimm- in Denkmittel

[IM FOKUS]

In nervöser Zeit
Ein Kommentar zu den Landtagswahlen
in Bayern am 8. Oktober 2023

[BRENNPUNKT]

Drei Fehlschläge – und ein kleiner
Hoffnungsschimmer
Die palästinensisch-israelische Notlage

[INTERVIEW]

Interview mit Bayerns Antisemitismusbeauf-
tragtem Ludwig Spaenle zum Terroranschlag
auf Israel am 7. Oktober 2023

Liebe Leserin und lieber Leser,

leere Plätze an einem festlich gedeckten Tisch: Das Cover dieses Heftes erinnert an die israelischen Geiseln, die sich noch immer in der Gewalt der Hamas befinden und die nicht nur von ihren Familien schmerzlich vermisst werden. Erfreulicherweise sind bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe zumindest einige Frauen und Kinder im Zuge von Gefangenenaustauschen bereits freigelassen worden. Eine weitere Annäherung erscheint unter den gegebenen Umständen momentan in weiter Ferne. Zwei Artikel setzen sich mit den Ereignissen im Nahen Osten auseinander:

- Die aus seiner Sicht größten Fehler im „palästinensisch-israelischen Dilemma“ werden von Gilad Ben-Nun vorgestellt; er sieht jedoch auch einen „kleinen Hoffnungsschimmer“ zur Lösung des Konflikts.
- Die Folgen von „Israels 9/11“ und insbesondere die Auswirkungen auf Bayern werden in einem Interview mit Ludwig Spaenle problematisiert.

Rund 73 Prozent der über neun Millionen Stimmberechtigten in Bayern haben am 8. Oktober einen neuen Landtag gewählt. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe geht den Hintergründen und Auswirkungen der Wahlergebnisse auf den Grund:

- Jörg Sigmund gibt einen Überblick über „zahlreiche Facetten“ des Urnengangs in Bayern und ordnet sie in ihren historischen Kontext ein.
- Heinrich Oberreuter verweist u.a. auf die „Angleichung des bayerischen Parteiensystems an die bundesrepublikanische Befindlichkeit“ und beleuchtet den Einfluss der gesellschaftlichen Entwicklungen.
- Inwieweit bei Landtagswahlen Aspekte der repräsentativen Demokratie betroffen sind, wird von Christian Stecker am Beispiel von Hessen erläutert.
- Den Einsatz des „Wahl-O-Mat“ bei der bayerischen Landtagswahl fasst Ludwig Unger zusammen.

Weitere Inhalte sind ein Beitrag zu den Gefahren und Chancen der Künstlichen Intelligenz (KI) für die Demokratie von Andreas Jungherr sowie ein Einblick in die Graphic Novel „Meeting in No Man's Land“.

Mit den Jahren des Umbruchs von 1960 bis 1980 in den USA wird die Serie zur klassischen Sozialfotografie von Rudolf Stumberger weiter fortgesetzt.

Wir wünschen eine angenehme und in bestem Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Autoren und Autorinnen dieses Heftes

Dr. Gilad Ben-Nun ist Senior Lecturer am Institut für Global & European Studies der Universität Leipzig und am Research Centre Global Dynamics.

RDin Christina Gibbs ist Referentin für Publikationen und Zeitgeschichte sowie für Presse und Öffentlichkeitsarbeit an der BLZ.

Prof. Dr. Andreas Jungherr ist Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, insbesondere Digitale Transformation an der Universität Bamberg.

Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter bis 2011 Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und bis zu seiner Emeritierung 2010 zugleich Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität in Passau.

Jörg Sigmund, M.A. ist persönlicher Referent der Direktorin der Politischen Akademie in Tutzing.

Dr. Ludwig Spaenle, MdL, ist seit 2018 Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe.

Prof. Dr. Christian Stecker ist Leiter des Arbeitsbereichs „Politisches System Deutschlands und Vergleich politischer Systeme“ an der TU Darmstadt.

Dr. Ludwig Unger leitet das Referat „Bayern und seine Regionen - Natur und Umweltschutz“ der BLZ.



INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de
Stichwort: *Einsichten und Perspektiven.*

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

INHALTSVERZEICHNIS



FOKUS

Die bayerische Landtagswahl

Konkurrierende Sieger, gedämpfter Jubel und die Verwandlung von Stimm- in Denkmittel 4
von Jörg Siegmund

In nervöser Zeit

Ein Kommentar zu den Landtagswahlen in Bayern am 8. Oktober 2023 15
von Heinrich Oberreuter

Interesse an Politik wecken und harte Fakten vermitteln

Der Wahl-O-Mat zur bayerischen Landtagswahl 2023 wurde drei Millionen Mal genutzt 23
von Ludwig Unger

Die hessischen Landtagswahlen 2023 – und was sie uns über die repräsentative Demokratie verraten

25
von Christian Stecker

BLZ

9. November: „Berlin ist nicht Weimar“

Die BLZ zu Besuch im Hauptstaatsarchiv 35

COMIC

Künstliche Intelligenz

36

FOKUS

Künstliche Intelligenz und Demokratie

37
von Andreas Jungherr

BRENNPUNKT

Drei Fehlschläge – und ein kleiner Hoffnungsschimmer

Die palästinensisch-israelische Notlage 44
von Gilad Ben-Nun

INTERVIEW

„Ich hoffe, dass über diesen Brand, so klein oder so groß er sein wird, auch dieses geschundene Land, das das Heilige genannt ist, eine Zukunft hat.“

Interview mit Bayerns Antisemitismusbeauftragtem Dr. Ludwig Spaenle zum Terroranschlag auf Israel am 7. Oktober 2023 und dessen Folgen 56

SERIE

Das Bild der Gesellschaft

Fotografie des Umbruchs 1960 – 1980 65
von Rudolf Stumberger

Das Politische Bild

Erinnerung an den *Holodomor* in der Ukraine 79

GRAPHIC NOVEL

Meeting in No Man's Land

Britische und deutsche Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg 80
von Christina Gibbs

DIE BAYERISCHE LANDTAGSWAHL

KONKURRIERENDE SIEGER, GEDÄMPFTER JUBEL UND DIE VERWANDLUNG VON STIMM- IN DENKZETTEL

von Jörg Siegmund

Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl am 8. Oktober 2023 offenbart zahlreiche Facetten, die eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesem Urnengang lohnen. Sie werfen zudem Fragen auf, die die bayerischen Parteien noch länger beschäftigen dürften.



Plenarsitzung
des Bayerischen
Landtags am 15.
November 2023
Foto: Bildarchiv
Bayerischer
Landtag/
Fotograf:
Matthias Balk

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe: eine lebendige Demokratie

Um mit einem positiven Aspekt zu beginnen, genügt ein Blick auf die Wahlbeteiligung, die im Vergleich zur Landtagswahl 2018 auf 73,1 Prozent gestiegen ist.¹ Diese Zunahme um lediglich 0,8 Prozentpunkte fiel zwar sehr moderat aus, gewinnt aber im Längsschnittvergleich an Bedeutung, denn es handelt sich um den vierten Anstieg der Beteiligung an einer bayerischen Landtagswahl in Folge und den höchsten Beteiligungswert seit der Wahl 1982. Die Ursachen für diese langfristig zunehmende Mobilisierung der Wählerschaft sind vielfältig und können jedenfalls nicht nur der AfD als relativ neuer politischer Kraft zugeschrieben werden, weil diese Partei erstmals 2018 zu einer Landtagswahl in Bayern antrat. Auch 2023 haben mit der CSU, den Freien Wählern und der AfD mehrere Parteien von der steigenden Mobilisierung der bisherigen Nichtwähler profitiert.

Deutschlandweit ragt die Beteiligung an der jüngsten bayerischen Landtagswahl ebenfalls heraus – sie ist der Spitzenwert im Vergleich der jeweils letzten Wahlen zu den 16 Landesparlamenten, bei denen die Wahlbeteiligung im Mittel (Median) gerade einmal 63,1 Prozent betrug.² Diese Spitzenstellung Bayerns bei der Wahlbeteiligung auf Landesebene kann auf die größere Fragmentierung und Polarisierung der hiesigen Partei-landschaft zurückgeführt werden. Schließlich konkurrieren in Bayern mit den Freien Wählern, aber auch mit der ÖDP und der Bayernpartei politische Akteure um Wählerstimmen, die – wenn auch zum Teil ohne realistische Aussicht auf Einzug in den Landtag – den Wählerinnen und Wählern eine Alternative im Parteienspektrum und damit einen zusätzlichen Anreiz zur Wahlteilnahme bieten.

Nicht außer Acht gelassen werden darf jedoch, dass die Wahlbeteiligung 2023 innerhalb Bayerns sehr stark variierte. Während sie im Stimmkreis Würzburg-Land mit 79,1 Prozent ihren Höchststand erreichte, machten im Stimmkreis Nürnberg-West gerade einmal 58,3 Prozent der Wahlberechtigten

von ihrem Stimmrecht Gebrauch – bayernweit der niedrigste Wert. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Wahlbeteiligung einerseits vor allem in den Großstädten und andererseits in der geographischen Peripherie Bayerns (mit Ausnahme Unterfrankens) besonders gering war. Auf welche Faktoren dies zurückzuführen ist, bedarf einer genaueren Untersuchung. Denkbar wären regionale Unterschiede im sozio-ökonomischen Status der Wahlberechtigten, der sich auch bei anderen Wahlen als wichtige Einflussgröße auf die Wahlbeteiligung erwiesen hat.³ Aber auch eine in den Grenzregionen möglicherweise geringere Zufriedenheit mit der Landespolitik, deren Fokus sich aus Sicht mancher dortigen Stimmberechtigten zu stark auf die Ballungsräume richtet, könnte dabei zum Tragen kommen.

Erstmals hat bei dieser Landtagswahl über die Hälfte der Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit der Briefwahl genutzt – der Briefwähleranteil erreichte mit 55,1 Prozent einen neuen Höchststand. Das ist insbesondere eine deutliche Zunahme im Vergleich zur letzten Landtagswahl, bei der dieser Anteil lediglich 38,9 Prozent betrug.⁴

Das Wahlergebnis: prekäre Erfolge und überschaubare Koalitionsoptionen

Das Ergebnis der Landtagswahl (vgl. Abbildung 1) ist mit Blick auf die Stimmenanteile der Parteien eindeutig: Die CSU bleibt mit 37,0 Prozent der Gesamtstimmen weiterhin und unangefochten die stärkste politische Kraft im Freistaat, denn ihr Abstand auf die zweitplatzierten und nicht einmal halb so starken Freien Wähler beträgt beachtliche 21,2 Prozentpunkte. Und auch am anderen Ende des Spektrums sind die Verhältnisse klar: Während die FDP deutlich an der Sperrklausel scheiterte und damit den Wiedereinzug in den Landtag verpasste, muss sich die SPD mit der Rolle der kleinsten Fraktion zufriedengeben, wobei ihr Gesamtstimmenanteil von 8,4 Prozent den historischen Tiefststand für diese Partei seit 1946 markiert. Zwischen diesen Polen rangieren die Ergebnisse der Freien Wähler, der AfD und von Bündnis 90/Die Grünen, die jeweils

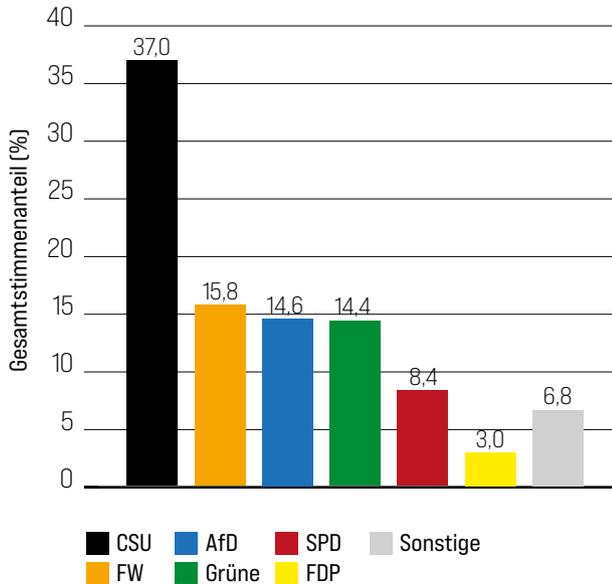
1 Alle Ergebnisse zur Landtagswahl finden sich in: Bayerisches Landesamt für Statistik (Hg.): Wahl zum 19. Bayerischen Landtag am 8. Oktober 2023. Endgültiges Ergebnis, Fürth 2023. Differenzierte Ergebnisse sind auch auf der Website des Landesamtes abrufbar unter: <https://www.statistik.bayern.de/wahlen/landtagswahlen/index.html> [Stand: 24.11.2023].

2 Eigene Berechnung aufgrund von Daten der jeweiligen Statistischen Landesämter.

3 Vgl. Armin Schäfer: Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland, in: Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts, hg. v. Tobias Mörschel, Baden-Baden 2016, S. 31-75.

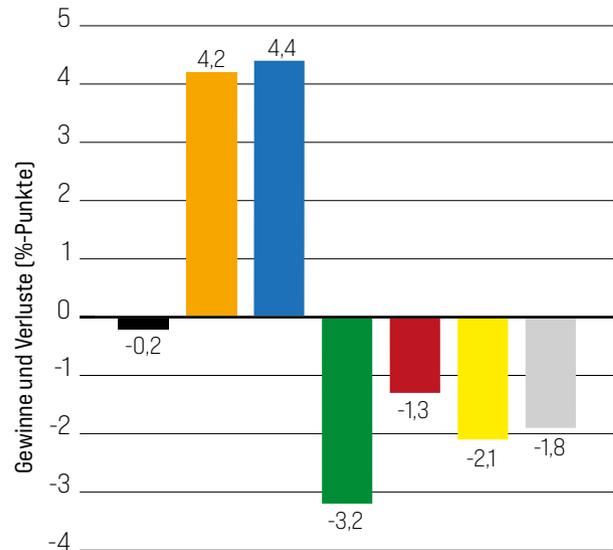
4 Vgl. die Pressemitteilung des Bayerischen Landesamtes für Statistik unter: <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2023/pm22/index.html> [Stand: 24.11.2023].

Abbildung 1:
Gesamtstimmenanteile der Parteien bei der Bayerischen Landtagswahl vom 8. Oktober 2023



Alle Grafiken in diesem Artikel wurden vom Autor erstellt und von der Agentur Mumbeck, Wuppertal, gestaltet. Soweit nicht anders angegeben, stammen die Daten vom Bayerischen Landesamt für Statistik.

Abbildung 2:
Gewinne und Verluste im Vergleich zur Landtagswahl 2018



etwas mehr als ein Siebtel der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Bezieht man auch die Gewinne und Verluste im Vergleich zur letzten Landtagswahl in die Betrachtung ein (vgl. Abbildung 2), sind die Verhältnisse schon weit weniger eindeutig. Die CSU etwa hat erneut geringfügig Stimmenanteile eingebüßt und kam auf den zweitschlechtesten Wert bei einer Landtagswahl seit ihrer Gründung. Andererseits: Blickt man nicht auf die Stimmenanteile, sondern auf die Anzahl der für die Parteien abgegebenen Stimmen, dann hat die CSU im Vergleich zur letzten Landtagswahl rund 13.500 Stimmen hinzugewonnen. Dieser absolute Zugewinn mündet nur deswegen in einen niedrigeren Stimmenanteil, weil die Anzahl der gültigen Stimmen aller Parteien im Vergleich zur letzten Wahl noch stärker gestiegen ist. Und auch die Grünen mussten deutliche Verluste hinnehmen, die sie vom zweiten Platz im Parteienspektrum auf den vierten Platz absacken ließen. Eindeutige Gewinner dieser Wahl sind hingegen im Vergleich zur vorherigen Wahl nur die AfD und die Freien Wähler, die jeweils über mehr als vier Prozentpunkte zulegen konnten.

Dieses Bild verfestigt sich, wenn man auch die Wählerwanderung zwischen den Parteien berücksichtigt.⁵ Hierbei markieren die Grünen den einen Pol des Spektrums, weil sie netto Wähler an alle anderen Parteien einschließlich des Lagers der Nichtwähler verloren haben. Dazu trägt ein Minus von 110.000 Wählern an die CSU ebenso bei wie ein Verlust von 50.000 Wählern an die SPD. Bei der AfD verhält es sich genau andersherum: Sie konnte unter dem Strich Wähler von allen anderen Parteien und aus dem Nichtwählersegment hinzugewinnen, darunter je 80.000 frühere CSU- und Nichtwähler, aber eben auch je 20.000 ehemalige Wähler von SPD und Grünen. Diese Befunde fordern beide Parteien heraus. Die Grünen, die in alle Richtungen Stimmen abgeben mussten, können durch eine politische Kurskorrektur nur einen Teil ihrer früheren Wähler zurückgewinnen, während sich andere in ihrer Abkehr von dieser Partei durch eine solche inhaltliche

⁵ Vgl. die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/> [Stand: 24.11.2023].

Neuaustrichtung eher noch bestätigt sehen werden. Aber auch für die AfD kann sich der Zugewinn aus allen politischen Lagern als Bürde erweisen, weil damit ganz unterschiedliche Erwartungen an diese Partei verbunden sind. Allerdings wurde die AfD laut der Nachwahlbefragung von infratest dimap von zahlreichen Wählern gar nicht wegen ihrer Positionen, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien gewählt.⁶ Auch das ist eine brüchige Basis, auf der der momentane Erfolg der AfD beruht.

Betrachtet man nur die Erststimmen, mit denen die Wähler in jedem Stimmkreis eine Kandidatin oder einen Kandidaten direkt in den Landtag wählen können, fallen die überwiegend sehr großen Abstände ins Auge, mit denen die Erstplatzierten gegenüber den Zweitplatzierten das jeweilige Stimmkreismandat erringen konnten. Die Erststimmenanteile des erst- und zweitplatzierten Kandidaten unterschieden sich im Mittel (Median) aller Stimmkreise um 17,2 Prozentpunkte – was wenig verwundert angesichts des großen Vorsprungs der CSU auf die nachfolgenden Parteien bei den Gesamtstimmen, auf den bereits oben verwiesen wurde.

Wesentlich interessanter ist hingegen der Vergleich der Erst- und Zweitstimmenanteile, die eine Partei in einem Stimmkreis erringen konnte. So schnitten die Freien Wähler in acht Stimmkreisen bei den Erststimmen um mindestens zehn Prozentpunkte schlechter ab als bei den Zweitstimmen, und nur in einem einzigen Stimmkreis verhielt es sich umgekehrt – Roland Weigert errang als Kandidat der Freien Wähler im Stimmkreis Neuburg-Schrobenhausen 31,6 Prozent der Erststimmen und damit das Direktmandat, während die Freien Wähler als Partei dort nur 20,0 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinten. Auch bei der CSU lassen sich vergleichbare Differenzen zwischen den Erst- und Zweitstimmenergebnissen auf Stimmkreisebene feststellen, allerdings mit entgegengesetzten Vorzeichen. In nur einem Fall lag der Direktkandidat der CSU mit seinem Erststimmenanteil zehn Prozentpunkte hinter dem Zweitstimmenergebnis dieser Partei, während in gleich drei Stimmkreisen der umgekehrte Fall eintrat – Christian Bernreiter in Deggendorf (16,5 Prozentpunkte), Petra Högl in Kelheim (11,4 Prozentpunkte) und Josef Zellmeier in Straubing (10,8 Prozentpunkte) schnitten bei den

Erststimmen deutlich besser ab als ihre Partei bei den Zweitstimmen. Welche Ursachen hinter diesen Unterschieden stehen – lag es an der Stärke bzw. Schwäche einzelner Kandidaten oder war es das besonders starke bzw. schwache Abschneiden der Partei, das den Ausschlag gab? – ist schwer auszumachen und unterscheidet sich auch von Fall zu Fall. Insgesamt deutet einiges darauf hin, dass es vor allem das gute oder schlechte Abschneiden der jeweiligen Partei bei den Zweitstimmen war, das zu den skizzierten Differenzen führte. In jedem Fall unterstreichen die aufgezeigten Unterschiede aber, dass die Wähler ihre beiden Stimmen differenziert einsetzen, um ihre Präferenzen auszudrücken.

Die Sitzverteilung im neugewählten Landtag ist in Tabelle 1 wiedergegeben. Ins Auge fällt, dass die Freien Wähler erstmals zwei Stimmkreismandate erringen konnten – neben dem bereits erwähnten Roland Weigert gelang dies auch Hubert Aiwanger, dem Vorsitzenden der Freien Wähler und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Die Grünen konnten zumindest vier ihrer bis dahin sechs Stimmkreismandate verteidigen, die sie erstmalig 2018 errungen hatten. Während in den 85 Stimmkreismandaten der CSU aufgrund des kompensatorischen Wahlsystems elf Überhangmandate enthalten sind, standen den Freien Wählern, der AfD und den Grünen insgesamt zwölf Ausgleichsmandate zu, sodass sich die Abgeordnetenzahl im Bayerischen Landtag auf 203 erhöhte und damit erneut die gesetzliche Mitgliederzahl von 180 Abgeordneten deutlich überschreitet.

Für die Regierungsbildung bedeutete das Wahlergebnis, dass die CSU rechnerisch mit jeder anderen der im Landtag vertretenen Parteien eine Koalition hätte bilden können, die über eine Mehrheit der Sitze verfügt hätte. Umgekehrt heißt das aber auch, dass eine Regierung ohne CSU-Beteiligung nur durch das Zusammenwirken aller anderen im Landtag vertretenen Parteien möglich gewesen wäre – angesichts der klaren Abgrenzung der übrigen Parteien von der AfD war dies keine politisch relevante Option. Dass sich die CSU in dieser Situation für die Fortsetzung der Koalition mit den Freien Wählern entschied, konnte niemanden überraschen und war angesichts der programmatischen Nähe beider Parteien die naheliegende Option. Daran haben auch die atmosphärischen Störungen innerhalb der Koalition in den letzten Wochen des Wahlkampfs nichts geändert, die im Zeichen der sogenannten Flugblatt-Affäre des Vorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, standen.

6 Vgl. die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-aktuellethemen/chart_1422081.jpg [Stand: 24.11.2023].

Tabelle 1:
Sitzverteilung im 19. Bayerischen Landtag

PARTEI	SITZE				
	GESAMT	DARUNTER			VERÄNDERUNG ZU 2018
		STIMMKREIS- MANDATE	ÜBERHANG- MANDATE	AUSGLEICHS- MANDATE	
CSU	85	85	11	0	0
Freie Wähler	37	2	0	7	10
AfD	32	0	0	2	10
Grüne	32	4	0	3	-6
SPD	17	0	0	0	-5
FDP	0	0	0	0	-11
GESAMT	203	91	11	12	-2

Der Effekt des Wahlsystems: Verzerrungen zwischen den Parteien und Wahlkreisen

Das bayerische Landtagswahlsystem soll mit den Ausgleichsmandaten sicherstellen, dass die Stärke einer jeden Partei im Landtag unabhängig von etwaigen Überhangmandaten ihrem jeweiligen Gesamtstimmenanteil entspricht. Diese proportionale Repräsentation des Wählerwillens ist ein zentrales Anliegen aller Verhältniswahlsysteme.⁷ Allerdings wird dieses Ziel durch zwei Eigenheiten des bayerischen Wahlsystems untergraben. Das ist zum einen der Mechanismus, nach dem die 180 Sitze, über die der Landtag ohne Überhang- und Ausgleichsmandate laut Art. 13 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung verfügt, auf die sieben Wahlkreise (die geographisch deckungsgleich mit den sieben Regierungsbezirken sind) verteilt werden. Diese Verteilung orientiert sich am Verhältnis der Anzahl der Wahlberechtigten (und nicht etwa der Wählerinnen und Wähler) in jedem Wahlkreis. Leben in einem Wahlkreis doppelt so viele Wahlberechtigte wie in einem anderen Wahlkreis, kann ersterer auch doppelt so viele Abgeordnete in den Landtag entsenden wie letzterer. Das Kontingent an Mandaten, das in einem Wahlkreis ohne Überhang- und Ausgleichsmandate vergeben wird, steht daher schon vor dem Wahltag fest.

Hinzu kommt, dass die Übertragung der Stimmen in Mandate ausschließlich auf Ebene der

sieben Wahlkreise stattfindet. Ein bayernweiter Verhältnisausgleich wird hingegen – abgesehen von der bislang noch nie angewendeten Mehrheitsklausel nach Art. 42 Abs. 5 des Landeswahlgesetzes – nicht vorgenommen. Das betrifft auch das eventuelle Entstehen von Überhangmandaten und in deren Folge die Vergabe von Ausgleichsmandaten. Auch hierbei bilden die sieben Wahlkreise abgeschlossene Wahlgebiete, über deren Grenzen hinaus kein weiterer Ausgleich auf gesamt-bayerischer Ebene stattfindet.

Beide Eigenheiten des bayerischen Wahlsystems können zu Verzerrungen bei der Mandatsvergabe führen, also zu einer Abweichung der tatsächlichen Mandatsanteile von den Stimmenanteilen. Eine Ursache hierfür können Unterschiede zwischen den Wahlkreisen bei der Wahlbeteiligung sein. Davon profitieren die Parteien, die in einem Wahlkreis mit niedrigerer Wahlbeteiligung besonders gut abschneiden, weil die dort zu vergebenden Mandate den Parteien schon für relativ wenige Stimmen zugeteilt werden. Diese Parteien werden damit im Landtag – gemessen an ihrem bayernweiten Stimmenanteil – überrepräsentiert.

Eine weitere, weitaus wirkmächtigere Ursache sind die Überhang- und Ausgleichsmandate. Kommt es in einem Wahlkreis zu Überhangmandaten und in deren Folge wiederum zu Ausgleichsmandaten, während dies in einem anderen Wahlkreis nicht der Fall ist, wird der Wahlkreis mit den zusätzlichen Mandaten im Landtag überrepräsentiert. Schneidet in dem betroffenen Wahlkreis eine Partei besonders gut ab, kann auch sie im Landtag im Vergleich zu ihrem landesweiten Stimmenanteil zu

⁷ Vgl. Joachim Behnke, Florian Grotz, Christof Hartmann: Wahlen und Wahlsysteme, Berlin/Boston 2017, S. 88.

stark vertreten sein. Überdies sind vier der sieben bayerischen Wahlkreise sehr klein, denn in ihnen werden jeweils weniger als 20 Mandate vergeben. Damit ist eine Mandatsvergabe proportional zu den Stimmenanteilen schon von vornherein nur mit gewissen Abweichungen möglich. In diesen kleinen Wahlkreisen fallen zudem in der Regel jeweils nur ein oder zwei Überhangmandate an, die wiederum mit einem oder zwei Ausgleichsmandaten für die anderen Parteien aufgewogen werden. Von diesen anderen Parteien, also denjenigen ohne Überhangmandate, gibt es im kürzlich gewählten Landtag aber vier. In einem kleinen Wahlkreis mit ein oder zwei Ausgleichsmandaten gehen also zwei oder drei Parteien bei der Vergabe der Ausgleichsmandate leer aus, wodurch sie unterrepräsentiert werden.

Treten diese Effekte in mehreren Wahlkreisen immer zugunsten oder immer zulasten einer Partei auf, summieren sie sich und beeinflussen die Sitzverteilung im Landtag entsprechend. Das lässt sich auch am Ergebnis der Landtagswahl 2023 beobachten, das Verzerrungen zwischen den Parteien und zwischen den Wahlkreisen aufweist. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, hat die SPD kein einziges Ausgleichsmandat erhalten. Die Freien Wähler wiederum erhielten sieben Ausgleichsmandate – dreieinhalb mal so viele wie die AfD, obwohl diese beiden Parteien bayernweit einen ungefähr gleichgroßen Gesamtstimmenanteil erzielten. Im Ergebnis führte dieses System der Mandatsvergabe auf

Tabelle 2:
Gesamtstimmen- und Mandatsanteil der im Landtag vertretenen Parteien

PARTEI	GESAMTSTIMMEN ¹⁾		SITZE	
	ABSOLUT	%	ABSOLUT	%
CSU	5.059.571	41,0	85	41,9
Freie Wähler	2.163.849	17,5	37	18,2
AfD	2.000.435	16,2	32	15,8
Grüne	1.972.725	16,0	32	15,8
SPD	1.140.753	9,2	17	8,4
GESAMT	12.337.333	100,0	203	100,0

1) Für die Verteilung der Mandate sind lediglich die Gesamtstimmen der Parteien zu berücksichtigen, die bayernweit mindestens fünf Prozent der gültigen Gesamtstimmen errungen haben. Während der Anteil der CSU an allen gültigen Gesamtstimmen 37,0 Prozent betrug, lag er bei den für die Mandatsvergabe zu berücksichtigenden Gesamtstimmen bei 41,0 Prozent.

Wahlkreisebene dazu, dass die SPD im aktuellen Landtag erkennbar unterrepräsentiert ist, während die Freien Wähler, aber auch die CSU aufgrund ihrer elf Überhangmandate überproportional vertreten sind (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 3 belegt zudem, dass seit der jüngsten Landtagswahl Schwaben und Niederbayern gemessen an ihrer wahlberechtigten Bevölkerung, aber auch im Vergleich zu den Gesamtstimmenanteilen der Wahlkreise im Landesparlament überproportional vertreten sind, während Oberbayern unterrepräsentiert ist.

Tabelle 3:
Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise

WAHLKREIS	GESAMTSTIMMEN		SITZE		Tatsächliche Verteilung nach Landtagswahl 2023	
	ABSOLUT	%	ABSOLUT	%	ABSOLUT	%
Oberbayern	4.643.274	34,0	61	33,9	65	32,0
Niederbayern	1.354.013	9,9	18	10,0	22	10,8
Oberpfalz	1.257.408	9,2	16	8,9	18	8,9
Oberfranken	1.195.790	8,8	16	8,9	18	8,9
Mittelfranken	1.804.574	13,2	24	13,3	27	13,3
Unterfranken	1.467.633	10,7	19	10,6	22	10,8
Schwaben	1.936.090	14,2	26	14,4	31	15,3
GESAMT	13.658.782	100,0	180	100,0	203	100,0

Das Wahlverhalten: Renaissance einer Lagerbildung?

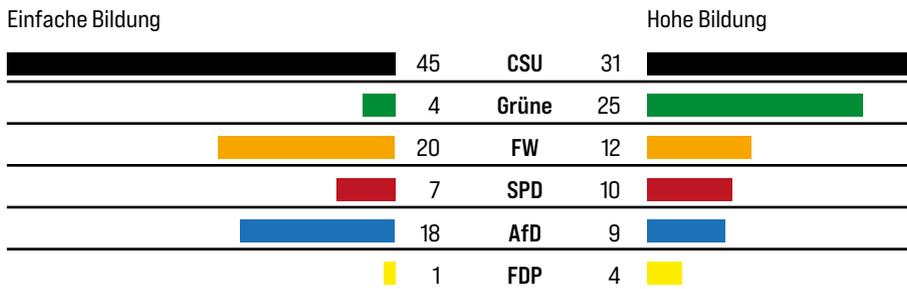
Die Daten aus der Nachwahlbefragung von infratest dimap⁸ lassen Rückschlüsse auf das Wahlverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen zu. Während die Stimmverteilung nach Geschlecht bei der jüngsten Landtagswahl keine größeren Unterschiede aufweist, weil Frauen und Männer in etwa ähnliche Präferenzen bei der Stimmabgabe zeigten, spielte das Alter für das Wahlverhalten offenkundig eine

8 Vgl. für alle folgenden Angaben zum Wahlverhalten die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/> [Stand: 24.11.2023].

Abbildung 3: Bildungshintergrund und Wahlverhalten

Landtagswahl Bayern 2023

STIMMANTEILE NACH BILDUNG



Quelle: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-werwas/chart_1421987.jpg [Stand: 24.11.2023]

größere Rolle. So war der Rückhalt für CSU und SPD bei der ältesten Wählergruppe (70 Jahre und älter) am größten, wobei es der SPD immerhin gelang, ihren Stimmenanteil unter den jüngsten Wählern (18 bis 24 Jahre) wieder etwas zu verbessern. Die CSU verlor hingegen auch in diesem Wählersegment im Vergleich zur vorherigen Wahl an Unterstützung. Die Grünen wiederum erzielten in der zweitjüngsten Wählergruppe (25 bis 34 Jahre) ihr bestes Ergebnis, büßten allerdings wie die CSU gerade bei den jüngsten Wählern deutlich an Rückhalt ein. In den mittleren Alterskohorten (35 bis 44 Jahre bzw. 45 bis 59 Jahre) konnten demgegenüber die AfD und die Freien Wähler ihre größten Erfolge feiern.

Diese Unterschiede im Wahlverhalten nach Altersgruppen sind zwar ein bekanntes Phänomen, trotzdem dürfte die deutlich schwindende Unterstützung unter den jüngsten Wählern die CSU und vor allem die Grünen veranlassen, darüber nachzudenken, wie sie diese potentiellen Wählerinnen und Wähler wieder besser erreichen können. Für die Grünen kommt hinzu, dass sie – anders als die CSU – auch bei der bayernweit durchgeführten Juniorwahl deutliche Einbußen von 12,9 Prozentpunkten hinnehmen mussten und ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 2018 nahezu halbierten.⁹

Neben dem Alter erwies sich bei der Landtagswahl auch der Bildungshintergrund als relevanter

Einflussfaktor auf das Wahlverhalten (vgl. Abbildung 3). Die Stimmenanteile von AfD, Freien Wählern und CSU waren bei Wählern mit einem einfachen Bildungsabschluss anderthalb- bis zweimal so hoch wie unter Wählern mit einem hohen Bildungsabschluss. Bei FDP und SPD, vor allem aber bei den Grünen verhielt es sich genau entgegengesetzt. Während die Grünen unter einfach gebildeten Wählern nur vier Prozent der Stimmen errangen, betrug ihre Zustimmungsrate in der formal hoch gebildeten Wählergruppe mit 25 Prozent mehr als das Sechsfache. Diese Unterschiede im Wahlverhalten nach Bildungshintergrund haben bei allen Parteien außer der AfD seit der Wahl 2018 weiter zugenommen.

Der unterschiedliche Rückhalt der Parteien nach Bildungsgrad kann verschiedene Ursachen haben. Ausschlaggebend könnten beispielsweise die Themensetzungen und programmatischen Angebote der Parteien sein, mit denen sie sich an bestimmte Wählergruppen richten. Aber auch die Formate, Kanäle und nicht zuletzt Stile der Kommunikation zwischen den Parteien und ihren potentiellen Wählerinnen und Wählern könnten in diesem Kontext eine Rolle spielen. Die skizzierten Unterschiede im Wahlverhalten nach Bildungshintergrund verweisen zudem darauf, welche Parteien miteinander in welchem Milieu besonders um Wählerstimmen konkurrieren – und welches Potential sich daraus möglicherweise für eine Partei ergibt, neue Wählergruppen jenseits der bisher schon erfolgreich umworbenen Milieus anzusprechen. Damit verbunden ist somit auch die Frage, ob die Parteien diese unterschiedliche Resonanz nach Bildungshintergrund künftig befördern, weiterhin hinnehmen oder aber ihr aktiv entgegenwirken werden.

9 Informationen zur Juniorwahl sind zu finden unter: <https://www.juniorwahl.de/bayern-2023.html> [Stand: 24.11.2023]. An der Juniorwahl beteiligten sich im Vorfeld der Landtagswahl 2023 bayernweit bis zu 800 Schulen, an denen sich die Schülerinnen und Schüler der 8. bis 13. Jahrgangsstufe zunächst im Unterricht mit der Wahl auseinandersetzen und anschließend ihre Stimmen bei einer simulierten Landtagswahl abgeben konnten.

**Abbildung 4:
Wohndauer in Bayern und Wahlverhalten**

Landtagswahl Bayern 2023

STIMMANTEILE NACH WOHNDAUER IN BAYERN

Weniger als 10 Jahre		20 Jahre und länger	
	29	CSU	39
	26	Grüne	13
	7	FW	16
	8	SPD	8
	11	AfD	15
	6	FDP	3

Quelle: https://www.tageschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-werwas/chart_1421971.jpg [Stand: 24.11.2023]

Schließlich ergibt sich aus der Nachwahlbefragung auch ein Zusammenhang zwischen der Gemeindegröße, in der die Wahlberechtigten leben, und den parteipolitischen Präferenzen bei der Landtagswahl. Erneut fallen dabei Übereinstimmungen zwischen CSU, Freien Wählern und AfD auf der einen sowie Grünen und SPD auf der anderen Seite auf. Während die erstgenannten Parteien vor allem in kleinen Gemeinden und Kleinstädten erfolgreich waren, errangen die beiden letztgenannten Parteien überwiegend in den Mittel- und vor allem Großstädten Stimmen. Dieser Befund deckt sich mit der regionalen Stärke oder Schwäche der jeweiligen Parteien im bayernweiten Vergleich, der sich dem Auskunftsdialo g zur Landtagswahl 2023 des Bayerischen Landesamtes für Statistik entnehmen lässt.¹⁰ Wenn man zudem noch die Veränderungen in den Blick nimmt, die sich beim Rückhalt der Parteien nach Gemeindegröße seit der letzten Landtagswahl ergeben haben, fällt eine Besonderheit ins Auge: Während die anderen Parteien in ihren jeweiligen „Hochburgen“ – bezogen auf die Gemeindegröße – weitere Zugewinne erzielen konnte, wodurch sich der jeweilige Stadt-Land-Unterschied der Wählerschaft vergrößerte, verhält es sich bei der CSU anders. Sie war und ist zwar weiterhin in kleinen Gemeinden und Kleinstädten am erfolgreichsten, büßte dort aber an Zustimmung ein und gewann im Gegenzug in Mittel- und Großstädten Stimmenanteile hinzu. Das kann man als erfolgreichen Versuch der CSU interpretieren, Wählerinnen und Wähler in allen

Regionen Bayerns anzusprechen. Möglicherweise verbirgt sich dahinter aber auch die fortgesetzte Abkehr einer ehemals treuen Stammwählergruppe der CSU, nämlich der ländlichen Bevölkerung und insbesondere der Landwirte.

Ein Aspekt des Wahlverhaltens soll schließlich nicht verschwiegen werden, der mit den Besonderheiten des bayerischen Parteiensystems zusammenhängt: die Verknüpfung zwischen der Wohndauer in Bayern und der Wahlentscheidung (vgl. Abbildung 4). Auf den Punkt gebracht: Weil die CSU nur in Bayern besteht und auch die Freien Wähler im Freistaat weitaus länger als in anderen Ländern eine (landes-)politisch relevante Kraft sind, reüssieren sie vor allem bei Menschen, die schon länger in Bayern beheimatet sind und hier politisch sozialisiert wurden. Ihr Rückhalt in der Wählerschaft, die erst seit weniger als zehn Jahren in Bayern lebt, ist demgegenüber deutlich geringer. Unter diesen zugezogenen Menschen wiederum erringen die Grünen einen überproportional großen Stimmenanteil. Auch die räumliche Mobilität in Deutschland entscheidet somit über den Erfolg oder Misserfolg der Parteien bei der bayerischen Landtagswahl.

Einordnung und Ausblick: Verschiebungen im Parteiensystem und die nächste Bundestagswahl

Die Wählerschaft von Freien Wählern, AfD und auch CSU auf der einen Seite und diejenige von Grünen, SPD und FDP auf der anderen Seite unterscheiden sich in mehreren Aspekten recht deutlich. Das gilt vor allem für den jeweiligen Bildungshintergrund, aber auch für die regionale Prägung im Sinne eines Gegensatzes zwischen ländlichen und (groß-)städtischen Milieus. Diese Unterschiede zwischen den Wählergruppen haben 2023 gegenüber der vorherigen Landtagswahl 2018 weiter zugenommen und sich somit verfestigt. Es wäre sicherlich übertrieben, vor diesem Hintergrund von einer gesellschaftlichen Spaltung Bayerns zu sprechen, aber diese Befunde weisen auf gesellschaftliche Konfliktlinien und Interessengegensätze hin, die auch die bayerische Landespolitik herausfordern. Wie das Wahlergebnis zeigt, sind die umrissenen Wählergruppen von unterschiedlicher Größe, wobei eine deutliche und weiter zunehmende Asymmetrie zugunsten der Wählerschaft auf der rechten Seite des politischen Spektrums besteht.

¹⁰ Vgl. die Daten unter: <https://www.landtagswahl2023.bayern.de/> [Stand: 24.11.2023].



Wahlanalyse am 8. Oktober mit Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien in Bayern (Florian von Brunn, SPD, Katharina Schulze, Die Grünen, Markus Söder, CSU, Hubert Aiwanger, Freie Wähler, Katrin Ebner-Steiner, AfD und Moderatoren des BR)
Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag/
Fotograf: Rolf Poss

Auch wenn die CSU ihre Spitzenposition im bayerischen Parteiensystem bei der jüngsten Landtagswahl unzweifelhaft verteidigen konnte, stellt diese Ausdifferenzierung der Wählergruppen gerade für sie eine Herausforderung dar. Einerseits ist sie in denjenigen Wählerschichten besonders erfolgreich, in denen auch die Freien Wähler und die AfD viele Stimmen erzielen, so dass die CSU mit diesen beiden Parteien in einem besonderen Konkurrenzverhältnis steht. Hier Wähler hinzugewinnen oder zumindest zu halten, genügt auf längere Sicht aber nicht, um Wahlergebnisse nahe oder sogar jenseits der 40-Prozent-Marke zu erreichen. Die CSU muss daher auch versuchen, Wählerinnen und Wähler aus anderen Wählersegmenten anzusprechen. Dabei hat sie die Grünen als Hauptkonkurrentin ausgemacht – von der sie bei der Landtagswahl 2023 netto auch 110.000 Wähler für sich gewinnen konnte. Mit diesem Werben um Anhänger der Grünen läuft die CSU jedoch andererseits Gefahr, in den ihr traditionell verbundenen Wählerkreisen Stimmen an Freie Wähler und AfD zu verlieren, was 2023 ebenfalls passierte (Nettoverlust von 140.000 bzw. 80.000 Wählern). Dass diese Verschiebungen nicht von Dauer sein müssen, zeigen wiederum die großen Unterschiede zwischen den Erst- und Zweitstimmenanteilen der CSU in mehreren Stimmkreisen. Wähler, die nur eine ihrer beiden Stimmen der CSU, die andere aber zum Beispiel den Freien Wählern geben, sind nicht grundsätzlich für die Christsozialen verloren. Sie mit beiden Stimmen für die CSU zurückzugewinnen,

ohne im Gegenzug die gerade erst überzeugten ehemaligen Grünen-Wähler wieder zu verprellen, ist jedoch keine einfache Aufgabe.

Die deutlichen Zugewinne von AfD und Freien Wählern wurden in den Kommentaren zur Landtagswahl häufig als „Rechtsruck“ beschrieben.¹¹ Für die Zuwächse der AfD, die vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen beobachtet wird,¹² ist das sicherlich eine zutreffende Beschreibung. Laut Daten von infratest dimap halten auch 67 Prozent der Wähler in Bayern die AfD für eine rechtsextreme Partei, und 85 Prozent der AfD-Wähler ist es „egal, dass [die AfD] in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“.¹³ Wie bereits weiter oben ausgeführt wurde, gaben aber 46 Prozent der AfD-Wähler auch an, dass ihre Wahlentscheidung aus Enttäuschung über andere Parteien erfolgte. Und unter den aktuellen Wählern der AfD waren rund 80.000 Menschen, die bei der

11 So zum Beispiel in Roland Preuss: Macht der Enttäuschung, in: Süddeutsche Zeitung v. 10.10.2023, S. 2.

12 Vgl. hierzu die Pressemitteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 15.09.2023 unter: https://www.vgh.bayern.de/media/bayvgh/presse/pm_-_beobachtung_der_afd_durch_verfassungsschutz.pdf [Stand: 24.11.2023].

13 Vgl. hierzu die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-afd/chart_1421897.jpg und https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-afd/chart_1421899.jpg [Stand: 24.11.2023].



Aufbauten im Bayerischen Landtag für die Wahlnacht am 8. Oktober 2023
Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag/
Fotograf: Rolf Poss

vorherigen Wahl ihre Stimmen der FDP, SPD und den Grünen gegeben hatten. Sie alle umstandslos als rechts einzuordnen, ist nicht sachgerecht.

Ob die Zuwächse der Freien Wähler ebenfalls unter dem Etikett „Rechtsruck“ verbucht werden sollten, hängt davon ab, welcher Bedeutungsgehalt damit verbunden wird. Einerseits ist diese Partei im politischen Spektrum weiter rechts zu verorten als zum Beispiel SPD und Grüne. Und es bekennen 39 Prozent derjenigen, die für die Freien Wähler gestimmt haben, dass sie ohne diese Partei auf dem Stimmzettel in Bayern die AfD wählen würden.¹⁴ Vertreter der Freien Wähler, allen voran ihr Vorsitzender Hubert Aiwanger, bedienen sich zudem immer wieder einer Rhetorik, die auch zum Repertoire von rechtspopulistischen Parteien gehört – etwa der Rückgriff auf einen vermeintlichen Gegensatz zwischen den einfachen, rechtschaffenden Menschen und den Eliten in Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft, die eine eigene Agenda gegen die Interessen der Bevölkerung verfolgen würden. Andererseits werden die Freien Wähler zunehmend als die Partei wahrgenommen, die am ehesten die Interessen des ländlichen Raums vertritt. In dieser Hinsicht haben die Freien

Wähler nahezu zur CSU aufgeschlossen,¹⁵ und hierin dürfte ein Hauptgrund für ihre Stimmengewinne bei der jüngsten Landtagswahl liegen, ohne dass sich dies mit den Kategorien von links und rechts angemessen erfassen ließe.

Dass diese Landtagswahl auch ein „Denkzettel“ für die Bundesregierung gewesen sei, bekräftigen 54 Prozent aller Wähler und sogar mehr als drei Viertel unter den Anhängern von AfD und Freien Wählern.¹⁶ Die deutlichen Stimmenverluste von Grünen, FDP und SPD sind der sichtbare Ausdruck dieser Stimmung. Insbesondere die Grünen waren dabei im Wahlkampf massiven Anwürfen der anderen Parteien ausgesetzt, die Wähler verunsichert und zu den Stimmeneinbußen beigetragen haben. Enttäuschend dürften für die Grünen vor allem die Verluste in der jüngsten Wählerkohorte sein, der man sich in der Partei besonders verbunden fühlt. Bitter ist für die Grünen im Übrigen auch der Verlust des Status als größte Oppositionsfraktion im Landtag, der der Partei in der letzten Legislaturperiode zu mehr öffentlicher Aufmerksamkeit verholfen hatte. Zwar verfügen Grüne und AfD momentan im

14 Vgl. hierzu die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-fw/chart_1422103.jpg [Stand: 24.11.2023].

15 Vgl. hierzu die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-aktuellethemen/chart_1422075.jpg [Stand: 24.11.2023].

16 Vgl. hierzu die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-aktuellethemen/chart_1422067.jpg [Stand: 24.11.2023].

Landtag über die gleiche Zahl an Abgeordneten, da die AfD aber mehr Gesamtstimmen errungen hat, übernimmt sie die Oppositionsführerschaft und kann in besonders beachteten Debatten im Landtagsplenum als erste Fraktion auf eine Rede der Staatsregierung antworten.¹⁷ Allerdings könnte sich diese Oppositionsführerschaft im Laufe der gegenwärtigen Legislaturperiode noch ändern, wenn – wie in der Vergangenheit – Abgeordnete die AfD-Fraktion wieder verlassen sollten. Dann ginge die Rolle als größte Oppositionsfraktion auf die Grünen über, weil die entsprechende Regelung in der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags angepasst wurde und nunmehr auf die jeweils aktuelle Zahl der Fraktionsmitglieder abstellt.¹⁸

Thematisch nahm im Landtagswahlkampf die Bundespolitik großen Raum ein, worauf bereits unter dem Stichwort der Denkkettel-Wahl hingewiesen wurde. Befragt nach dem Thema, das für die jeweilige Wahlentscheidung die größte Rolle spielte, gaben 25 Prozent der Wähler die wirtschaftliche Entwicklung und weitere 21 Prozent die Zuwanderung an.¹⁹ Dass gerade dieses letztgenannte Thema Menschen bewegt und sicherlich auch Wählerinnen und Wähler mobilisierte, zeigt eine weitere Zahl: So stimmten 83 Prozent aller befragten Wähler der Aussage zu, unser Land brauche eine „andere Asyl- und Flüchtlingspolitik,

damit weniger Menschen kommen.“²⁰ Mit dieser Aussage identifizierte sich die Mehrheit der Wähler fast aller Parteien, und selbst unter den Anhängern der Grünen stimmten 49 Prozent zu. Auch das ist eine Ursache des diagnostizierten „Rechtsrucks“, der mit dem Wahlergebnis assoziiert wird.

Nach der Landtagswahl richten die Parteien den Blick bereits wieder voraus, denn 2024 steht die Europawahl an, auf die ein Jahr später die nächste Bundestagswahl folgt. Gerade bei der CSU dürften sich dabei wegen des geänderten Bundestagswahlrechts die Sorgenfalten vertiefen.²¹ Sollte dieses Wahlrecht der Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht standhalten, werden künftig nur noch die Parteien im Bundestag vertreten sein, die bundesweit mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen erringen. Da die CSU bei der letzten Bundestagswahl 2021 gerade einmal 5,2 Prozent dieser Stimmen erhielt, liegt ein Scheitern an dieser Sperrhürde zumindest im Bereich des Möglichen. Dies umso mehr, wenn sie weiter wie bei der jüngsten Landtagswahl Stimmen an die Freien Wähler und die AfD verlieren sollte, ohne im gleichen Maße von anderen Parteien neue Wähler hinzugewinnen. Damit wird das Konkurrenzverhältnis der CSU zu den Freien Wählern zusätzlich verschärft. Was dies für den Koalitionsfrieden im Freistaat bedeutet, kann mit Spannung erwartet werden. 🟢

17 §§ 6 Abs. 1, 104 Abs. 1, S. 4 Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag.

18 Vgl. den entsprechenden Antrag vom 30.10.2023 auf Drs. 19/1, der in der ersten Sitzung des 19. Bayerischen Landtags am gleichen Tag mehrheitlich angenommen wurde.

19 Vgl. hierzu die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-aktuellethemen/chart_1422061.jpg [Stand: 24.11.2023].

20 Vgl. hierzu die Daten von infratest dimap aus der Nachwahlbefragung unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/charts/umfrage-aktuellethemen/chart_1422065.jpg [Stand: 24.11.2023].

21 Zur Neuregelung des Wahlsystems für den Deutschen Bundestag vgl. den Gesetzentwurf auf Drs. 20/5370 in der Fassung des Ausschusses für Inneres und Heimat auf Drs. 20/6015, der am 17.03.2023 vom Deutschen Bundestag mehrheitlich angenommen wurde. Vgl. auch den Bericht zum Gesetzgebungsverfahren unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw11-de-bundeswahlgesetz-937896> [Stand: 24.11.2023].

IN NERVÖSER ZEIT

EIN KOMMENTAR ZU DEN LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN AM 8. OKTOBER 2023

von Heinrich Oberreuter



Wahlhelfer bereiten in der Messe München die Auszählung der Briefwahl-Unterlagen vor.
*Foto: picture alliance/dpa/
Fotograf: Sven Hoppe*

Wie vorhersehbar ungefährdet, und mit nach wie vor weitem Abstand, ist die CSU mit leichtem Verlust bei dieser Landtagswahl stärkste Partei geblieben – trotz ihres schwächsten Wahlergebnisses nach 1950. Ihre jahrzehntelange Konkurrenzpartei, die SPD, rutschte, ihren Abwärtstrend weiter verfolgend, nahe an den Rand parlamentarischer Nichtvertretung im Freistaat: das Finale einer großen Tradition? Im Kontext mit

der Selbstbehauptung der CSU als anscheinend letzter Volkspartei, wenn auch auf deutlich geschwächtem Niveau, belegt auch diese Bayernwahl die wohl definitive Verabschiedung des von den beiden „Großen“ geprägten und beherrschten Parteiensystems, wobei die Bayern-SPD ohnehin zur Randpartei geschrumpft ist. Zwischen beiden Klassikern haben sich jetzt in untereinander vergleichbarer Stärke Freie Wähler, AfD und Grüne

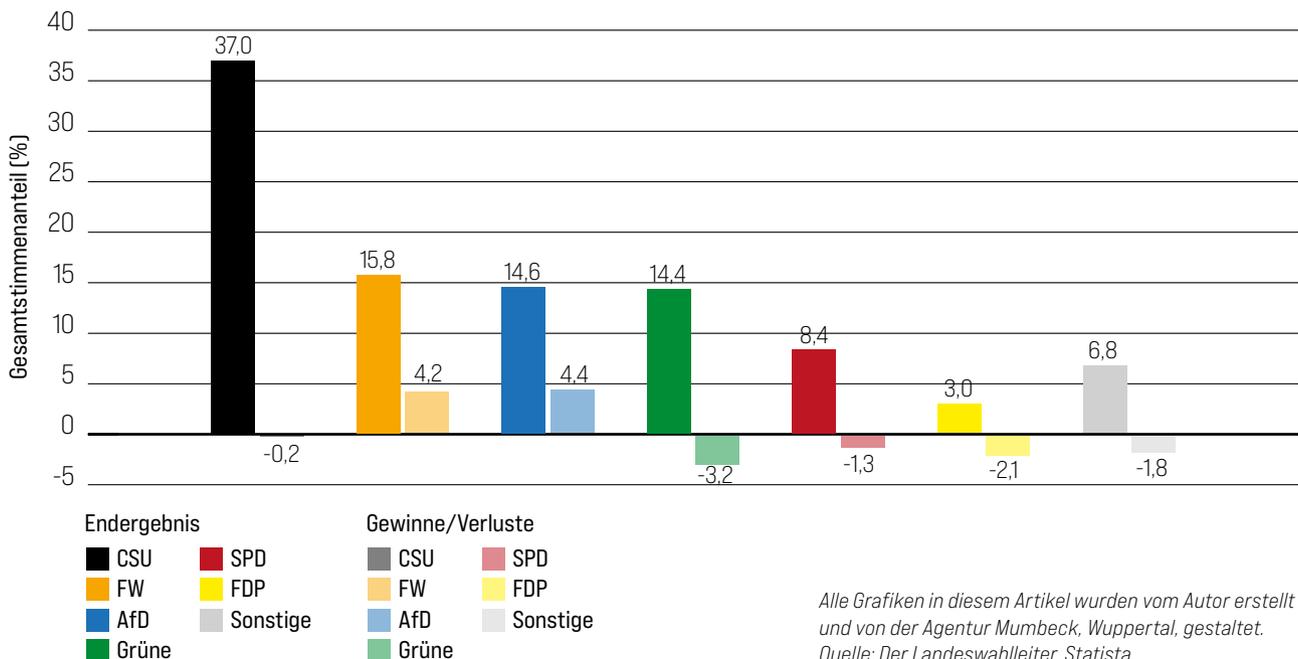
angesiedelt, während ihr übliches Wechselspiel die FDP einmal mehr aus dem Maximilianeum hinausgeleitet hat.

Ein kritisches Votum

Verluste fuhren sämtliche „Etablierte“ ein, zu denen längst auch die Grünen zu zählen sind. Alleinige Gewinner mit jeweils gut 4 Prozent plus sind jene beiden, die aus unterschiedlichen Gründen und auf unterschiedliche Weise die größte Distanz zum etablierten Politikbetrieb einnehmen: die Freien Wähler, die noch immer mehr einer konservativ-mittelständischen Bürgerbewegung gleichen als einer Partei, und die AfD, die sich professionell gegliedert und organisiert zu großem Teil als radikale Herausforderin des politischen Systems versteht. Die einen suchen vernachlässigten Bürgerwillen positiv umzusetzen und in die politische Entscheidung einzubringen, die anderen suchen ihn als Protest negativ gegen Politik und politisches System zu wenden. Allerdings machen beide offensichtlich auf Schwachstellen und Lücken der Repräsentation von Bürgerinteressen im konventionellen Parteiengefüge aufmerksam. Anders ist ihr Gewinn nicht zu erklären.

Zusätzliche Erklärung bietet der Blick auf die mäßige Reputation der Bundesregierung. Alle drei Parteien der Ampelkoalition verloren in Bayern – schmerzlich die Grünen, geradezu existentiell SPD und FDP, während die weniger etablierten, aber scharfen Ampelgegner (FW und AfD) aufstiegen. Dass die CSU in diesem Kontext nicht profitieren und ihr katastrophales Abschneiden von 2013 nicht korrigieren konnte, wirft Fragen auf. Hat der Antiampeltrend sie auf diesem Niveau stabilisiert und davor bewahrt, stärker zu verlieren? Oder kehrt sich ihre grundsätzliche bundespolitische Sichtbarkeit selbst in der Oppositionsrolle im Verständnis mancher Bayern ins Negative, sobald „die in Berlin“ als abgehoben gelten? Im Blick nach Hessen, wo am gleichen Tag die CDU als Ampelgegnerin (+7,6% – wie auch die AfD +5,3%) erheblich zulegen konnte, fragt sich das. Insgesamt ist die leistungs- und kommunikationsschwache Bundesregierung eindeutig mitursächlich für das negative Ergebnis ihrer drei Parteien in beiden Landtagswahlen: In Bayern stimmten ihnen noch knapp 25, in Hessen knapp 35 Prozent zu. In beiden Bundesländern zusammen war ein Viertel der Bundesbürger zur Wahl gerufen. Insofern angesichts der entscheidungsrelevanten Themen ein Signal an den Bund.

Abbildung 1:
Gewinne und Verluste der Parteien bei den Landtagswahlen 2023 in Bayern im Vergleich zu den Wahlen 2018



Alle Grafiken in diesem Artikel wurden vom Autor erstellt und von der Agentur Mumbeck, Wuppertal, gestaltet.
Quelle: Der Landeswahlleiter, Statista



Kontinuität des Wandels: Integrationsverluste

War es ein Votum für Kontinuität, wie gelegentlich interpretiert? Bestenfalls, wenn man nur oberflächlich auf die Bestätigung der Koalition von CSU und Freien Wählern sieht. Deren lang angekündigte fortgesetzte Partnerschaft war auch durch die Irritationen im Finale des Wahlkampfes nicht zu gefährden. Einerseits blieben die medial inszenierten Zweifel an der Demokratietreue des Vorsitzenden der Freien Wähler undurchsichtig, wie dessen Reaktion undeutlich. Der Vorgang mag ein „Sonder-effekt“ im Wahlkampf gewesen sein. Aber an der Wahlurne? Ob schädlich oder nützlich, wurde demoskopisch neutral eingeschätzt. Andererseits gab es für die CSU zwar mathematisch, aber keineswegs politisch Alternativen – im Blick auf die Distanz zur Koalition in Berlin und auf die harsche Beendigung des Flirts mit den Grünen in Bayern. Trotz ihrer leichten Verluste (-0,2 Prozent) stärkte sich die Koalition durch die Gewinne (+4,2 Prozent) des Partners. Die Wähler besaßen Klarheit: Ihre Entscheidung brachte die Regierung ins Amt und nicht ein langwieriger intransparenter Diskurs zwischen Parteien in Hinterzimmern, auf den sie so gut wie keinen Einfluss haben.

Gleichwohl ist die oberflächliche Kontinuitätsdiagnose fragwürdig. Denn über Jahrzehnte

gewohnte Eigentümlichkeiten scheinen dahin. Der schon lange anhaltende Prozess der Angleichung des bayerischen Parteiensystems an die bundesrepublikanische Befindlichkeit scheint mehr oder weniger an sein Ende gekommen – im Großen und Ganzen also der Abschluss einer Kontinuität des Wandels.

1. Definitiv zu Ende ist derzeit die Hegemonie der CSU und ihre Orientierung an absoluten Mehrheiten: der Traum von „50 plus x“ oder von erreichbarer Nähe dazu. Allerdings besitzt sie ihre führende Rolle weiterhin. Die aber entlastet die bislang „geborene“ Regierungspartei nun nicht mehr davon, mit grundsätzlich kompromissorientierten Koalitionsoptionen in Landtagswahlen zu ziehen. Damit verengt sich ihre Gestaltungsmacht, und die regierende Vertretung von Interessen aus der Bevölkerung wird breiter. Immerhin genießt die CSU gegenüber ihren Konkurrenten in Bayern nach wie vor den strukturellen und praktischen Vorteil, als eigenständige Landespartei in Berlin (und Brüssel) sichtbar und einflussreich zu sein. Solange diese Bedingungen zutreffen, besteht von den Wahlergebnissen her vermutlich weiterhin die Chance zur Bildung entscheidungsfähigerer

Umbau im Bayerischen Landtag: Um die Modernisierungsmaßnahmen durchführen zu können, musste zunächst das komplette Mobiliar im Plenarsaal ausgebaut werden.

*Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag/
Fotograf: Stefan Obermeier*

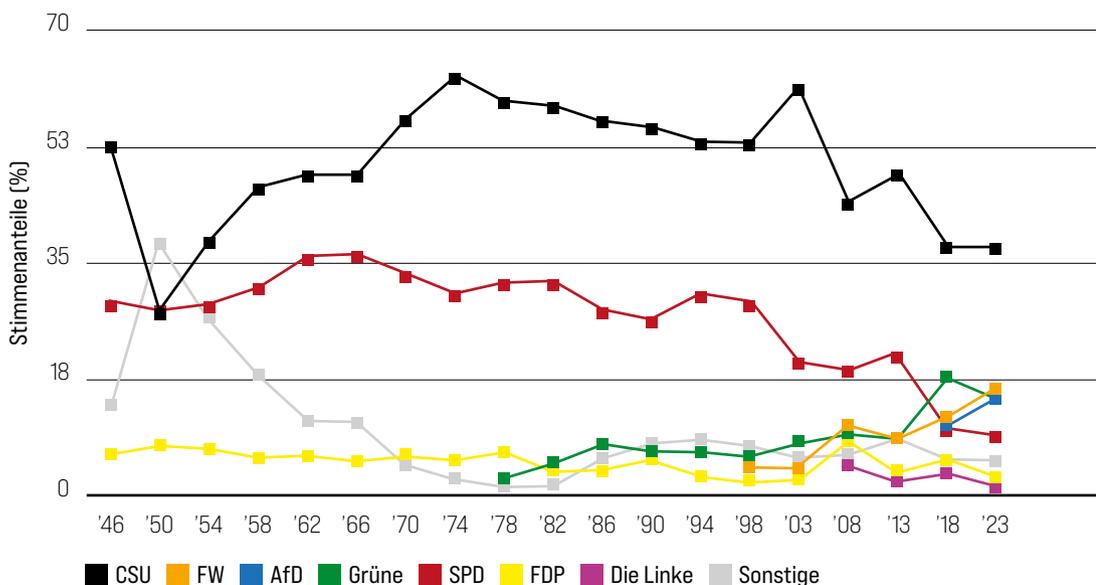
und stabilerer Zweier- statt Dreierkoalitionen. Letztere sind, wie in Berlin zu sehen, schwieriger zu koordinieren und zu führen.

2. „Normalisieren“ könnte sich auch die (durchaus außerhalb Bayerns nicht immer unkritisch gesehene) Sonderrolle der CSU, innerhalb der Unionsgemeinschaft durch ihre herausragenden Wahlergebnisse besondere Durchsetzungskraft zu entwickeln und eigene bayerische Akzente zu setzen. Normalisieren heißt in diesem Fall: schwächen. Denn während die CSU gerade bei 37 Prozent stagniert, nähert sich die CDU ihr mit teils erheblichen Zugewinnen seit 2022 an (NRW 35,7 Prozent, Hessen 35,4 Prozent) oder lässt sie sogar hinter sich (Schleswig-Holstein 43,4 Prozent). Das Bundestagswahlergebnis 2021 (31,7 Prozent in Bayern = 5,2 Prozent im Bund) offenbart sogar die ernsthafte Gefahr, überhaupt kein Bundestagsmandat zu gewinnen, solange die jüngste Wahlrechtsreform vom Bundesverfassungsgericht nicht korrigiert wird. Denn wer nach dieser Reform im Bund keine fünf Prozent erreicht, erhält dann auch die eigentlich erzielten Direktmandate nicht.
3. Endgültig in Bayern durchgesetzt und ausgewirkt hat sich der seit Jahrzehnten in Gang befindliche politisch-kulturelle Wandel. In ihm liegt auch die Erklärung für die in 1 und 2 beschriebenen Tendenzen. Letztlich

drücken sie sich aus im Sinkflug der CSU von 62,1 Prozent 1974 auf 37,0 Prozent 2023 und dem der SPD von 35,8 Prozent 1966 auf 8,4 Prozent 2023; dieser Prozess erklärt ebenso den Ein- und Aufstieg neuer Parteien und ihrer Themen im Kontext erfolgreicher Wahlen und aus ihnen folgender parlamentarischer Vertretung. Beispiele dafür sind etwa Parteien, die dauerhaft wenig erfolgreich (NPD 1976, 7,9 Prozent), oder wechselnd erfolgreich sind (wie die FDP) oder zu dauerndem Erfolg tendieren (Grüne von 1,8 Prozent 1978 bis 14,4 Prozent 2023 nach 17,5 Prozent 2018; Freie Wähler 3,7 Prozent 1998 bis 15,8 Prozent 2023; AfD 10,2 Prozent 2018, 14,6 Prozent 2023).

4. Hinter dem Gesamtergebnis vom 8. Oktober zeigen sich bekannte, aber auch interessante neuere Differenzierungen. So hat die CSU in allen drei fränkischen Regierungsbezirken nicht verloren, in Mittelfranken sogar 2,9 Prozentpunkte und auch in Oberbayern einen Prozentpunkt zugelegt. Bis auf Niederbayern (-6,4 Prozentpunkte) halten sich sonst ihre Verluste in Grenzen. Dort steigern sich die Freien Wähler erheblich: + 11,9 Prozentpunkte, auf insgesamt 29,7 Prozent. Beides ist auch durch den für die Wahlforschung stets bedeutsamen personellen Faktor zu erklären. In Mittelfranken kandidieren Markus Söder und Joachim Herrmann, in Niederbayern Hubert

Abbildung 2:
Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern 1946-2023



Quelle: Der Bundeswahlleiter, Statista

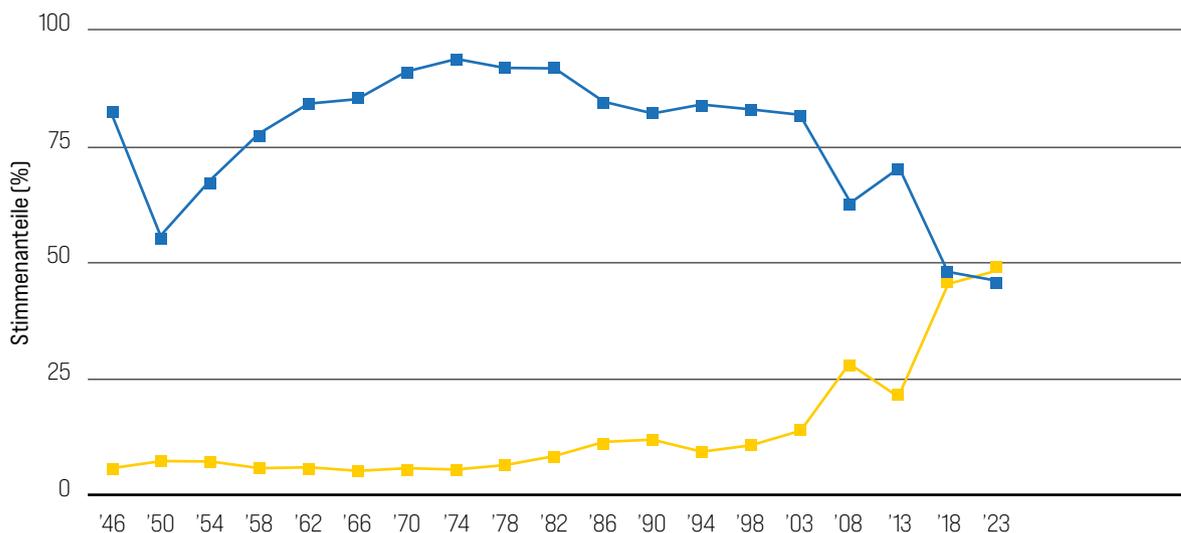
Aiwanger, der zum Stimmkreisgewinner wird. Vergleichbare Zugkraft besaßen andere Spitzenkandidaten nicht. Niederbayern erklärt aber zugleich symptomatisch Reizthemen wie die ökologiepolitische Verunsicherung der Landwirtschaft, die Zukunftsungewissheit der Autoindustrie und des von ihr abhängigen regional weitgestreuten Arbeitsmarkts sowie die Migrationserfahrungen seit 2015 angesichts der östlichen Grenzlage. Wie ein Riegel durch die Geografie schiebt sich dort der Landstrich zwischen Kelheim und Simbach, in dem die CSU nach den Gesamtstimmen von den Freien Wählern auf den zweiten Platz verwiesen wird. Den Grenzen entlang ist auch die Resonanz der AfD stark, die aber ihre Schwerpunkte in Franken und Schwaben hat, insgesamt aber überregional im Wesentlichen gleichmäßig zulegt – am wenigsten durch den Effekt Münchens in Oberbayern und dort, wo Söder/Herrmann und Aiwanger ziehen. Trotz ihrer Schwächung bleiben in den Metropol- und Universitätsregionen die Grünen, die in München ihre Direktmandate verteidigen, zweite hinter der CSU. In Richtung ihrer Politik weist allerdings das Wahlergebnis nicht. Es spricht eher für Beruhigung und Stabilisierung als für den Umbau der Gesellschaft.

Auch die den Zutritt in die parlamentarische Arena nicht oder nicht mehr erreichenden Parteien repräsentieren Positionen in der Gesellschaft. Was sich in deren Kommunikation an Themen, Interessen und Orientierungen artikuliert und entwickelt, vermag durchaus parteipolitische Konstellationen zu verändern oder zu schaffen – umso mehr, als Lebenseinstellungen sich ändern und Artikulations- und Partizipationsbereitschaft wachsen. Jedenfalls schafft sich die Gesellschaft ein Parteiensystem – und nicht umgekehrt, auch wenn die Etablierten dort dies gelegentlich nicht sehen. Gestaltungskonkurrenz oder Protest oder auch eine Kombination beider sind potentielle Folgen. Seit langem ist der Trend zur Individualisierung und daraus folgend zur Pluralisierung der Gesellschaft erkannt. Spät, erst 2017, aber präzise fand der Soziologe Andreas Reckwitz dafür den Begriff der „Gesellschaft der Singularitäten“¹. Einerseits spiegelt sich darin die Wahrheit des Pluralismus

als Voraussetzung freier Gesellschaften. Andererseits ergibt sich daraus die Erkenntnis sich erschwerender Integration und Kooperation im politischen Alltag. Spezifisch: ein Verlust der Bindekraft des klassischen Modells der Volkspartei. Deren langzeitregierende Variante in Bayern, die CSU, hat sich durch ihre erfolgreiche und notwendige Modernisierungspolitik, zu der es eigentlich, vom Ergebnis aus betrachtet, keine sinnvolle Alternative gab, paradoxerweise selbst geschwächt. Denn sie unterstützte über Jahrzehnte die Herausprägung einer hochmodernen Zuwanderungs-, Dienstleistungs-, Hochtechnologie-, Bildungs- und Säkulargesellschaft, in der Identität zwar noch einen gewissen Platz besitzt, klassische, parteistützende Milieus aber erodierten: Säkularisierung schwächt z.B. die konfessionellen Unterstützungspotentiale der CSU: 42 Prozent der Katholiken und 38 Prozent der Protestanten haben sie noch gewählt – immerhin. High-Tech und rasanter Aufstieg des tertiären Sektors entwandten SPD (und Linker) die Arbeiterklasse, die sie in den 60er Jahren in die 30-Prozent-Sphäre geführt hatte. Jetzt wählten noch fünf Prozent der Arbeiter SPD. Dieser Milieuschwund inmitten einer modern differenzierten Gesellschaft erklärt den langen Abstiegsprozess der CSU auf jenen Stimmanteil, der heute etwa dem seinerzeit höchsten der SPD entspricht. Ebenso erklärt er den Absturz der SPD unter die 10-Prozent-Marke. Gleichwohl sind konservative wie soziale Orientierungen nicht dahin, sondern eben differenziert akzentuiert, wie zum einen etwa bei den Freien Wählern, zum andern bei den Grünen. Erlaubte man sich kühn, die 2023 in jedem der beiden „Lager“ (also CSU und FW bzw. SPD, Grüne und Linke) erzielten Stimmen zusammenzuzählen, ergäbe sich jeweils ein früher für normal erachtetes Ergebnis. Andererseits nimmt eine solche Zusammenschau ehemals Zusammengehöriges in den Blick: Die Freien Wähler galten seit je als „Fleisch vom Fleische“ der CSU, Linke und Grüne als Abspaltungen und Verselbständigungen vom Felde der SPD bzw. deren Nähe. Fortbestehende Verwandtschaften von Mentalitäten und Weltansichten sind keineswegs abwegig. Doch eine Zusammenschau lässt sich die modernisierte und individualisierte Gesellschaft nicht mehr gefallen. Entsprechende „Singularitäten“ der Parteien- und Wählergesellschaft haben sich für themen- und interessenorientierte Verselbständigung entschieden. Sie suchen im Wesentlichen nicht Kompromiss, sondern Selbstverwirklichung. Im Schwund der früheren „*catch all parties*“ am Wählermarkt zeigt sich das deutlich.

1 Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten, Frankfurt am Main 2019.

Abbildung 3:
Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern 1946-2023.



Quelle: Der Landeswahlleiter

■ Volksparteien ■ Kleine Parteien

Gesellschaftliche Dynamik: **Wanderung zwischen den Welten**

Im Wandel des Wahlverhaltens offenbart sich die abnehmende Bedeutung des sozialen Status' (Tätigkeit, Bildung, Religion...) für die individuelle politische Orientierung und die Entscheidung an der Wahlurne. Sonst hätten z.B. nicht nur fünf Prozent der Arbeiter für die SPD gestimmt, aber 31 Prozent für die AfD, 21 Prozent für die Freien Wähler und 28 Prozent für die CSU. Die „Arbeiterklasse“ zu adressieren, verspricht also wenig Erfolg. Schon die ehemals „Großen“ sind keine spezifischen Milieuparteien gewesen. Sie verstanden sich als verschiedene Milieus integrierende Organisationen („Massenintegrationsparteien“), wenn auch mit je eigenem milieuspezifischem Akzent. Auch diese Integrationskraft schwächt sich, weil sich in der Moderne Milieus anders und nach flexibleren Kriterien formen, welche die sozialen Befindlichkeiten, die sich ja nicht auflösen, umlagern und durchfasern: Lebensstile und Lebenseinstellungen zu Arbeit, Freizeit und Familie, Wohlfahrt und soziale Sicherheit, sich wandelnde Wertorientierungen und Weltansichten, internationale (In-)Stabilität, (umstrittene) Leitkulturen. Für die politische Urteilsbildung wirken diese Impulse, nach Erkenntnissen sozialwissenschaftlicher Forschung, offener und situationsorientierter. Im Ergebnis schwächen sich Bindungskraft der Parteien und Bindungswille in

der Gesellschaft. Sie werden flüchtiger („volatil“), auf individuelles und aktuelles Empfinden bezogen. Und die Individuen wollen ihre Positionen und Interessen vertreten sehen. Der Demokratie widerspricht das nicht.

Gerade bei dieser Landtagswahl verbergen sich hinter den nüchternen Ergebnissen erhebliche, geradezu dynamische Bewegungen einer vielfältigen und absolut richtungsoffenen Wählerwanderung zwischen den Parteien. Offensichtlich ist für viele Menschen so gut wie jede Stimmabgabe nicht nur denkbar, sondern realisierbar. So wendeten sich von der CSU in großem Umfang Wähler zu den Freien und zur AfD; sie gewann aber erheblich vormalige Nichtwähler, vor allem aber vormalige Wähler der Ampelparteien, die meisten davon von den Grünen (!). Einerseits verlor sie im ihr zugewandten „konservativen“ Milieu, gewann aber dort in Franken, wenn auch gering. Andererseits verdankt sie ihre Stabilisierung bei erzielten 37 Prozent tatsächlich auch den zahlreichen Zuwanderungen aus dem „linken“ Bereich ihrer ausgeprägten Konkurrenten. Die AfD gewann von CSU und früheren Nichtwählern in gleichem Maß; ihr liefen aber aus sämtlichen Parteien Stimmen zu, auch von Grünen (!), FDP (!) und SPD (!) – also aus zweifelsfrei als weltanschaulich integer geltenden Kreisen. Die AfD hat zudem nur abkassiert, nichts abgegeben. Auf diesem Hintergrund empfiehlt sich ein rationaler Blick auf ihre von den anderen

Parteien gewonnenen Wähler: Wären sie wirklich Radikale und Extremisten, wären sie es wohl auch dann schon gewesen, als sie sich noch anders entschieden hatten. Nichts abkassiert und nur in alle Richtungen abgegeben haben als Gegenbild die Grünen. Abkassiert haben auch die Freien Wähler – nur nicht von der AfD. Und in die Abstinentz getrieben haben Tausende ihrer 2018-Wähler allein die drei Berliner Regierungsparteien.

Diese absolut richtungsverschiedene Mobilität belegt offensichtlich die erwähnte These von der sich steigernden Volatilität. Mehr noch: Sie hat ein auf Bedürfnis-, Orientierungs- und Stimmungswandel reaktionsbereites, „atmendes“ Parteiensystem hervorgebracht, dessen Gefüge von aktuellen Erfahrungen und Einschätzungen der Wählerschaft erheblich mehr gestaltet wird als von längerfristig überlieferten Orientierungen. Wahrscheinlich wird sich daran nichts ändern. Im Gegenteil: Es ist leichter geworden, sich am Markt zu etablieren, aber auch wieder aus ihm herauszufallen. Positiv wird davon zunächst die sich gerade sammelnde und organisierende linke Bewegung Wagenknechts profitieren. Denn die mittlerweile etablierte, eigentümliche Netzkommunikation bietet jeder „Singularität“ in der Gesellschaft nicht nur die Chance, gehört zu werden, sondern auch, sich politisch zu artikulieren, durch Kommunikation zu formieren und zu organisieren. Die dieser Kommunikation innewohnende Tendenz zur Selbstbezüglichkeit könnte bei allem Respekt vor Pluralismus zu einer besonderen Herausforderung für die integrativen Erfordernisse des Regierens werden.

Jedenfalls verbietet es sich, angesichts der Dynamik in der Wählergesellschaft von Kontinuität zu sprechen.

Ein Ruck nach rechts? Verunsicherung in ihren Ursachen und Folgen

Von der beschleunigten Mobilität in der Wählerschaft profitiert seit längerem schon die AfD, nun aber mit deutlichen Gewinnen in Bayern und Hessen. Speziell ihre offensichtliche und verstärkte Etablierung führt verbreitet zur Interpretation dieser Wahlen als Ruck nach rechts. Für andere Bundesländer, in denen unter günstigen demoskopischen Daten für diese Partei Wahlen anstehen, ist das eine herausfordernde Perspektive. Was sind die Ursachen?

Schon der Anstieg der Wahlbeteiligung in den beiden letzten Jahrzehnten (2003 57,1 Prozent,



2018 72,4 Prozent, 2023 73,3 Prozent) auf die lange zurückliegenden Höhen der Gärungszeit des Parteiensystems weist auf eine gewachsene, nervöse politische Sensibilisierung der Lebensgefühle hin. In beiden letzten Wahlen verbindet diese sich nicht allein, aber äußerst eng mit der Migration. Nicht zuletzt erklären sich diese Landtagswahlen durch die außergewöhnlich verunsicherte Stimmung, in der sie stattfanden: auf einem Höhepunkt vielfältiger politischer Verunsicherung der Bevölkerung und dem damit verbundenen Tiefpunkt des Vertrauens in die herrschende Politik. Diese Herausforderung erfasst mittlerweile die Demokratie selbst, zu der im Vorfeld der Wahl über die Hälfte nur noch geringes oder gar kein Vertrauen mehr besitzen. Schuld daran tragen die vielfältigen aufeinanderfolgenden Krisen und die äußerst geringe Einschätzung von Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Parteien, ihnen zu begegnen. Das ohnehin geringe Vertrauen in sie sank von 29 Prozent 2020 über 20 Prozent 2022 auf beunruhigende 9 Prozent 2023. Fast Dreiviertel der Bevölkerung sieht die Politik als eigene, von ihr abgehobene Welt. Eine Mehrheit hält sich für machtlos: Sahen sich 2021 47 Prozent als einflussreich, empfanden 2023 52 Prozent das Gegenteil. Dreiviertel haben am Wahltag angegeben, die Verhältnisse in Deutschland gäben Anlass zur Beunruhigung. Auch von Angst sprechen Studien.

Diese Verunsicherungen kreisen um die drei Themen Migration, Energie und Klima, Wirtschaft

Das Modell des Ersten Preises des Architekturwettbewerbs für den Umbau des Bayerischen Landtages, 2001
Foto: Süd-deutsche Zeitung
Photo/Fotograf: Andreas Heddergott

und Inflation. Befürchtet werden negative Folgen, für die individuelle Lebensgestaltung und Wohlfahrt. Kompetenzdefizite, wie sie etwa beim „Heizungsgesetz“ zutage traten, ständig wiederkehrende Koalitionskonflikte und nicht zuletzt Schwächen einer wenig erklärenden Kommunikation eignen sich nicht dazu, Gelassenheit und Zustimmung zurückzugewinnen. Im Gegenteil. Demokratie gewinnt ihre Legitimität durch Kommunikation. Diese bei einem Thema, das, wie die Migration, die Menschen umtreibt, aus taktischen Gründen zu verweigern, um es dann eine Woche vor der Wahl notgedrungen in den Diskurs einzubringen, provoziert offensichtlich das Volk zu großen Teilen. Es hat sich sein Thema nicht nehmen lassen.

Nach den Befragungen ging es um Landespolitik. In der Wahlkabine gewann aber offensichtlich die Bundespolitik Priorität. Denn vordringlich in ihre Zuständigkeit fallen die drei wahlentscheidenden Themen. Und in beiden wählenden Ländern wurde der Umgang der Berliner Regierung mit diesen Themen weithin negativ beurteilt und abgelehnt. Es sind daher im Wesentlichen Protest-, nicht Extremismusstimmen, die jetzt zur extremismusanfälligen AfD gewandert sind. Angemessene Lösungen hatte diese nicht in ihrem Angebot, scheinbare und unangemessen einfache durchaus. Ihre neuen Wähler hätten sich natürlich fragen können und sollen, in welches Umfeld sie sich begeben. Anscheinend sind ihnen die oppositionellen Unionsparteien zu tief in jenes um sich kreisende Parteiensystem integriert, das sie kritisieren, weil sie sich abgehängt fühlen. In Bayern eröffnen sich als handlungsfähiges Auffangbecken die Freien Wähler, die keineswegs Grundwerte der Demokratie ablehnen, ihrem Selbstverständnis nach aber noch immer nicht als „normales“, professionell geglättetes Phänomen im Politikbetrieb gelten: eine konservative, lokal und regional verankerte bürgerliche Sammlungsbewegung, die in der Tat eine Alternative darstellt, insbesondere zu einer von Extremismus angenagten nationalistischen Rechtspartei, die sich „Alternative“ nennt. In Bayern stand dieses Auffangbecken offen. Ansätze dafür gibt es auch andernorts, wie auch mit nur 3,5 Prozent in Hessen. Die kommunikativen und organisatorischen Herausforderungen für einen Wahlerfolg sind aber hoch.

Aber dass sich ein entsprechendes handlungsfähiges Milieu bildet, ist unter den gegenwärtig dynamischen Bedingungen nicht auszuschließen. Im Werben um den „kleinen Mann“ kann diese

alltags- und bürgernahe „Partei“ der AfD offensichtlich Stimmen abnehmen. Aiwangers Strategie wie seine Wahlkampfführung sind ein Beweis dafür: Seit langem sind sie geprägt von vollendeter Anschließbarkeit an die Alltagsgefühle und -bedürfnisse des oft so genannten „Normalbürgers“. Das Publikum der AfD ist sehr differenziert: Eine aktuelle bundesweite demoskopische Untersuchung auf einer Skala des Rechtsextremismus ergibt 13 Prozent Radikale, 43 Prozent ausgeprägt rechts Denkende und 44 Prozent ohne entsprechende Einstellungen.² Fast die Hälfte sind also Protestwähler. Vom Establishment, gegen das sie protestieren, sollten sie nicht unter Extremismusverdacht gestellt, sondern durch politische Leistung überzeugt werden. Sie sind zurückholbar. Dass die AfD unter Arbeitern ihr höchstes Potential hat, das zweithöchste aller Parteien nach der CSU, ist deren prekär gewordener sozialer Lage zuzuschreiben. Große Aufmerksamkeit verdient allerdings ihre Resonanz bei der jungen Generation, in der sie zu CSU und Grünen nicht nur aufgeschlossen, sondern sich bei den 18 – 24-Jährigen von sieben Prozent auf 17 Prozent und bei den 25 – 34-Jährigen von zehn Prozent auf 18 Prozent gesteigert hat. Als wesentliche Ursachen dafür gelten wie sonst auch soziale Zukunfts- und Überfremdungsängste, auch das Frustgefühl, während der Corona-Krise in der Lebensführung durch die rechtlichen Regulierungen in ihrer Lebensgestaltung ungerecht eingeschränkt gewesen zu sein. Soweit aber grundsätzliche politische Einstellungen betroffen sind, schwinden diese nicht einfach beim Vormarsch auf der Alterspyramide. In dieser Gruppe käme es dann besonders jenseits der Korrektur wirtschafts- und sozialpolitischer Defizite darauf an, nachhaltig – und auf den von dieser Generation genutzten Kommunikationskanälen – die Grundwerte der Demokratie zu vermitteln.

Für eine politische Zivilisation sind sie alternativlos. Die gesellschaftliche Durchsetzung dieser Erkenntnis und der Nachweis der Institutionen, den von weiten Kreisen empfundenen Herausforderungen ihres Alltagslebens nachvollziehbar entsprechen zu können, sind gemeinsame Voraussetzung dafür, das soziale Milieu der AfD zum Schmelzen zu bringen. 🌱

2 Thomas Petersen, Einwanderung stärkt die AfD. Als sympathisch oder gar kompetent gilt sie nicht, aber als Vehikel für Protest, in: FAZ, 24.08.2023, S. 10.

INTERESSE AN POLITIK WECKEN UND HARTE FAKTEN VERMITTELN

DER WAHL-O-MAT ZUR BAYERISCHEN LANDTAGSWAHL 2023 WURDE DREI MILLIONEN MAL GENUTZT

von Ludwig Unger



Kick-off-Veranstaltung zum Wahl-O-Mat im Presseclub in München
Foto: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungarbeit

Logo „Wahl-O-Mat“ für die Landtagswahl in Bayern 2023
Abbildung: Bundeszentrale für politische Bildung

Interesse an Politik zu wecken, Informationen über politisch Handelnde und politische Vorgänge zu vermitteln und im Idealfall sogar dazu zu motivieren, sich am politischen Geschehen aktiv zu beteiligen, das sind anspruchsvolle Ziele. Diese lassen sich angesichts einer gewissen Politikverdrossenheit und einer nach Umfragen immer wieder ermittelten Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen nicht einfach umsetzen. Landtagswahlen bieten dazu immerhin besondere Chancen. Und das Internet-Tool Wahl-O-Mat kommt nach wie vor bei jungen und alten Menschen gut an. Auch im Vorfeld der Wahlen zum Bayerischen Landtag und zu den Bezirkstagen im Freistaat 2023 wurde das Tool intensiv nachgefragt.

Knapp drei Millionen Mal wurde der Wahl-O-Mat von interessierten Jugendlichen und Erwachsenen im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl und der Bezirkswahlen am 8. Oktober 2023 genutzt. Mit

Blick auf diese Bezugsgröße war die Nachfrage nochmal deutlich höher als 2018 – damals waren es knapp 2,8 Millionen Nutzungen. Aufgrund dieser Daten hat sich aus der Sicht der Einrichtungen, die den Wahl-O-Mat inhaltlich zusammen mit jungen Leuten und Experten und Expertinnen aus Medien und der politischen Bildung gemeinsam vorbereitet hatten, das Engagement gelohnt. Es waren mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Bayerischen Jugendring zwei Organisationen mit einer besonderen Expertise für das politische Geschehen im Freistaat beteiligt sowie die Bundeszentrale für politische Bildung, die seit vielen Jahren den Wahl-O-Mat als Tool für Bundes- und Landtagswahlen erstellt.

Ein Redaktionsteam analysiert Programme und erarbeitet Thesen

Der Aufgabe, die 38 Thesen für den Wahl-O-Mat zu entwickeln, hat sich das Redaktionsteam aus



jungen Leuten aus dem ganzen Freistaat, Experten und Expertinnen für das politische Geschehen in Bayern sowie Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen gern gestellt. In zwei Thesenworkshops beschäftigten sich die Redaktionsmitglieder mit den Programmen der zur Landtagswahl in Bayern angetretenen Parteien. Insgesamt 15 hatte der Landeswahlvorstand zugelassen, darunter befanden sich auch alle, die seit 2018 die Wählerinnen und Wähler im Maximilianeum vertreten haben.

Das Spektrum der Thesen deckte folgende Themenbereiche ab:

- » Wirtschafts- und Verbraucherfragen wie z. B. Ladenöffnungszeiten und die Besteuerung,
- » innere Sicherheit wie Bayerische Grenzpolizei und Fragen zur Zuwanderung,
- » Umweltschutz- und Klimafragen, z. B. zu Beschneigungsanlagen, dem Ausbau des ÖPNV, Ausbau der Radwege, der Errichtung von Windrädern, der Entnahme von Tiefengrundwasser,
- » Bildungspolitik, z. B. Frage eines durchlässigen Bildungswesens und Wahl des Grundschulorts für die Kinder,
- » Regierungssystem wie die Frage des Wahlalters und des Mindestalters des Ministerpräsidenten,
- » soziale Fragen wie z. B. ein Landespflegegeld oder Sozialwohnungen sowie
- » kulturelle Fragen etwa nach Eintrittspreisen für Museen.

Aus einer großen Zahl von Thesen wurden letztendlich für die öffentlich zugängliche Plattform 38 Thesen, mit denen sich die Parteien in ihren Aussagen voneinander abgrenzen ließen, erarbeitet und ausgewählt. Diese repräsentierten natürlich nicht alle relevanten Handlungsfelder von Politik, aber sehr viele. Und die Beschränkung der Menge an Thesen machte es Nutzerinnen und Nutzern noch in einem überschaubaren zeitlichen Umfang möglich, die Positionen der – wie beschrieben – 15 Parteien zu den relevanten Thesen zu überblicken und die eigene Position dazu per Klick einzugeben.

Konkret konnten die User beim Wahl-O-Mat zu den Thesen Stellung beziehen, den Thesen der jeweiligen Partei zustimmen, sie als neutral werten oder sie ablehnen. Sie hatten auch die Möglichkeit, eine Anzahl von Parteien für einen Vergleich auszuwählen. Dann mussten sie sich nicht mit allen Parteien beschäftigen – das hat den Zeitaufwand für die Nutzerinnen und Nutzer individuell begrenzen

lassen. Dabei konnten sie über die Option „Parteienvergleich“ alle Parteien direkt vergleichen.

Sie konnten bestimmte Fragen doppelt gewichten und so den Wert der Handlungsfelder auch für die Auswertung selbst beeinflussen und einzelne Fragen überspringen, die für sie kein Gewicht für die politische Entscheidungsfindung hatten. Schließlich erbrachte die Auswertung den Hinweis, welchen Parteien die User aufgrund ihrer Eingabe näher, welcher eher ferner stehen. Den Zugang zu dem Tool fanden sie unter www.wahl-o-mat.de/bayern2023.

„Einladung, sich weiter zu informieren“

Rupert Grübl, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, hatte seinen Wunsch für das Tool Wahl-O-Mat so formuliert:



„Es ist uns ein Herzensanliegen, alle Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, sich an demokratischen Wahlen zu beteiligen. Dies gilt natürlich in besonderem Maße für die Landtagswahl in Bayern am 8. Oktober. Auch wenn der Wahl-O-Mat keine Wahlempfehlung abgeben kann und will, kann er doch – neben vielen weiteren Möglichkeiten – dazu beitragen, sich eine Meinung zu wichtigen Wahlkampfthemen zu bilden und zu überprüfen, wie die verschiedenen politischen Parteien dazu stehen. Er ist eine Einladung, sich vor dem Urnengang weiter zu informieren und am 8. Oktober an der Landtagswahl und den Bezirkswahlen teilzunehmen.“

Und tatsächlich bot es sich für die Wählerinnen und Wähler an, von den Thesen des Wahl-O-Mat ausgehend auch die Programme der Parteien durchzuarbeiten und sich z. B. anhand von Medienangeboten mit einzelnen Abgeordneten und deren Zielen zu beschäftigen.

Und – das ergab die Auswertung einer wissenschaftlichen Begleitanalyse: Rund die Hälfte der Nutzerinnen und Nutzer des Wahl-O-Mat war dazu willens, sich auch über zusätzliche Zugänge und Wege über Parteien und politisches Geschehen zu informieren. Damit waren zumindest zwei wichtige Ziele der drei Partner bei der Veröffentlichung des Wahl-O-Mat erreicht: Interesse an Politik zu wecken und Informationen über Handlungsträger und politisches Geschehen zu vermitteln. Gute Voraussetzungen, vielleicht auch in fünf Jahren wieder dabei zu sein. 🍎

DIE HESSISCHEN LANDTAGSWAHLEN 2023 – UND WAS SIE UNS ÜBER DIE REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE VERRATEN

von Christian Stecker



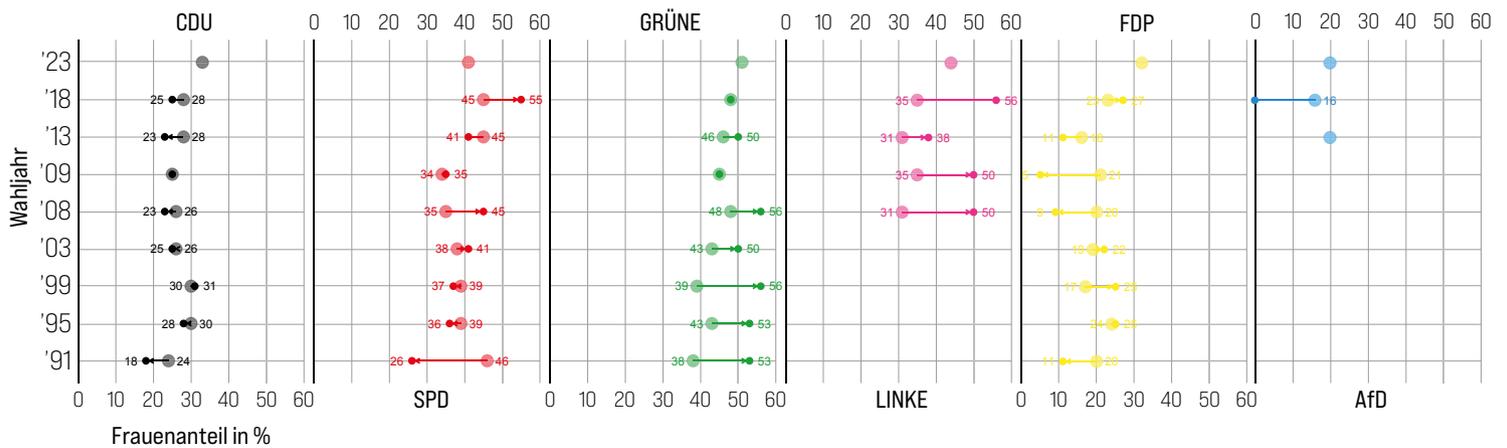
Außenfassade
des Hessischen
Landtags,
Oktober 2023
Foto: picture
alliance/dpa/
Fotograf:
Andreas Arnold

Mit Blick auf die Wahlen zum 21. Hessischen Landtag am 8. Oktober 2023 beleuchtet dieser Artikel verschiedene Fragen, die für Hessen und die Demokratie der Bundesrepublik relevant und interessant sind: Wie ist es um die Repräsentation von Frauen in der Landespolitik bestellt? Wie polarisiert ist die Wählerschaft? Werden Landtagswahlen von der Bundespolitik (mit-)entschieden? Wieviel Stadt-Land-Konflikt steckt im Wahlverhalten?

Ist die hessische Landespolitik (noch) eine Männerdomäne?

Eine wichtige Debatte in repräsentativen Demokratien kreist um die Frage, inwieweit Parlamente ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen sollten, die sie repräsentieren. Sollten in den Landtagen und im Bundestag in etwa so viele Frauen, Arbeiter, Professorinnen und Menschen mit

Abbildung 1:



Alle Grafiken in diesem Artikel wurden vom Autor erstellt und von der Agentur Mumbeck, Wuppertal, gestaltet.
Quelle: StatePol-Datenbank

Migrationshintergrund sitzen, wie es ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht? Mit Blick auf die Vertretung von Frauen bejahen einige diese Frage deutlich und fordern sogar eine gesetzliche Pflicht für paritätische, also abwechselnd von Männern und Frauen besetzte, Wahllisten. Solche Forderungen nach sogenannter deskriptiver Repräsentation sind allerdings umstritten. So kommt es nach der Repräsentationsforscherin Hanna Pitkin¹ besonders darauf an, dass gesellschaftliche Gruppen substantiell repräsentiert werden, also ihre Interessen aufgegriffen werden.

Die aktuelle politikwissenschaftliche Forschung stimmt Pitkin zu, verweist aber darauf, dass effektive substantielle Repräsentation nicht gänzlich ohne deskriptive Repräsentation zu haben ist. So zeigen Studien, dass Mitglieder bestimmter Gruppen auch deren Interessen im Parlament besser vertreten können. Eine geteilte Lebenserfahrung als Frau, Arbeiter oder Migrant macht es leichter als Abgeordneter zu verstehen, wo diesen Gruppen der Schuh drückt.² Außerdem wollen wir uns im Hinblick auf unser Geschlecht, unseren Beruf oder unsere Herkunft in unseren Repräsentanten wiedererkennen.³ Wir haben dann auch ein größeres Vertrauen in die Demokratie und sind eher überzeugt, dass wir wirklich als Gleiche

behandelt werden und nicht etwa gegenüber anderen Gruppen benachteiligt sind.⁴

Vor diesem Hintergrund werden regelmäßig Unwuchten in der deskriptiven Repräsentation in den Parlamenten beklagt, wo insbesondere akademische Berufe und Männer überrepräsentiert sind. Wie ist es damit in Hessen bestellt?⁵ Die Abbildung zeigt hierzu für die sechs stärksten Parteien in Hessen einige aktuelle Kennzahlen. Der größere Punkt repräsentiert jeweils den Frauenanteil unter allen ihren Kandidierenden, der kleine Punkt gibt den Anteil von Frauen unter den Abgeordneten wieder – nur ein Teil der Kandidierenden schafft es schließlich auch in den Landtag. Der Pfeil gibt an, wie sich dieser Wert zwischen Kandidatenpool und Abgeordneten verändert (zeigt er nach links, nehmen die Frauenanteile ab). Die vertikale graue Linie markiert einen 50-prozentigen Frauenanteil, also den Wert, den wir laut Anhängerinnen paritätischer Listen mindestens erreichen sollten.

Wir erkennen zunächst, dass sich die Anteile von Frauen erheblich unterscheiden. Bei Grünen und Linken finden sich unter Kandidierenden und Abgeordneten bereits in den 1990ern hohe Frauenanteile, die sich inzwischen der Parität angenähert haben. Dabei war es oftmals so, dass es unter den Kandidierenden weniger Frauen gab, die aber von der Vergabe aussichtsreicher Listenplätze profitierten. Den umgekehrten Fall sehen wir am Beispiel der

1 Hanna Fenichel Pitkin: *The concept of representation*, Berkeley, Calif. 1967, S. 209.
2 Anne Phillips: *The politics of presence. The political representation of gender, ethnicity, and race*, Oxford 1995.
3 Elisa Deiss-Helbig: „Ich bin einer von Euch“ – Zur Bedeutung sozialer und politischer Kongruenz von Abgeordneten und Bürgern für das Gelingen von Repräsentation, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 44 (2013), H. 3, S. 566–580.

4 Jane Mansbridge: *Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent "Yes"*, in: *The Journal of Politics*, 61. Jg. (1999), H. 3, S. 628–657, hier S. 633.
5 Elias Koch/Daniel Kuhlen/Jochen Müller/Christian Stecker: *StatePol – Eine Datenbank zu den Mitgliedern von Regierungen und Parlamenten in den 16 Bundesländern*, in: *Manuskript*.



Plakate im hessischen Wahlkampf, Oktober 2023
Foto: picture alliance/Foto Huebner

SPD 1991. Hier sank der Frauenanteil von 46 Prozent unter den Kandidierenden auf 14 Prozent in der Parlamentsfraktion. Der Grund dafür ist, dass Männer häufig als „Platzhirsche“ die Wahlkreiskandidaturen dominieren und dass damals die SPD-Fraktion vorwiegend aus Direktmandatären bestand. Dies ist ein allgemeines Muster: Wenn Frauen auf den geschlossenen Parteilisten, die mit der Zweitstimme gewählt werden, besser vertreten sind, hat dies vor allem bei CDU und SPD einen geringen Effekt, da deren Fraktionen vorwiegend aus siegreichen Direktkandidaten zusammengesetzt sind.

Wie polarisiert ist die hessische Landespolitik?

Gegensätzliche Meinungen unterschiedlicher Gruppierungen sind ein inhärenter Bestandteil moderner Demokratien. Aufgrund ihrer Sozialisation, ihres Einkommens oder ihrer Bildung denken Menschen unterschiedlich über Migration, Umverteilung und Klimaschutz. Während ein gewisses Maß an Polarisierung verträglich und sinnvoll ist, kann Polarisierung im Sinne einer Spaltung auch gefährlich für die Demokratie werden. Der Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften ist besonders bedroht, wenn die Polarisierung emotional aufgeladen ist. Zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Gruppen gesellt sich dann auch eine tiefe affektive Abneigung, die es erschwert, sachlich zu Kompromissen zu finden oder eine Niederlage bei demokratischen Mehrheitsentscheiden zu akzeptieren. Die USA stehen hier als

warnendes Beispiel. Demokraten und Republikaner haben sich seit den 1990er Jahren inhaltlich stetig voneinander entfernt und die Bereitschaft, die jeweils andere Meinung als legitim zu akzeptieren, ist bedrohlich niedrig.⁶

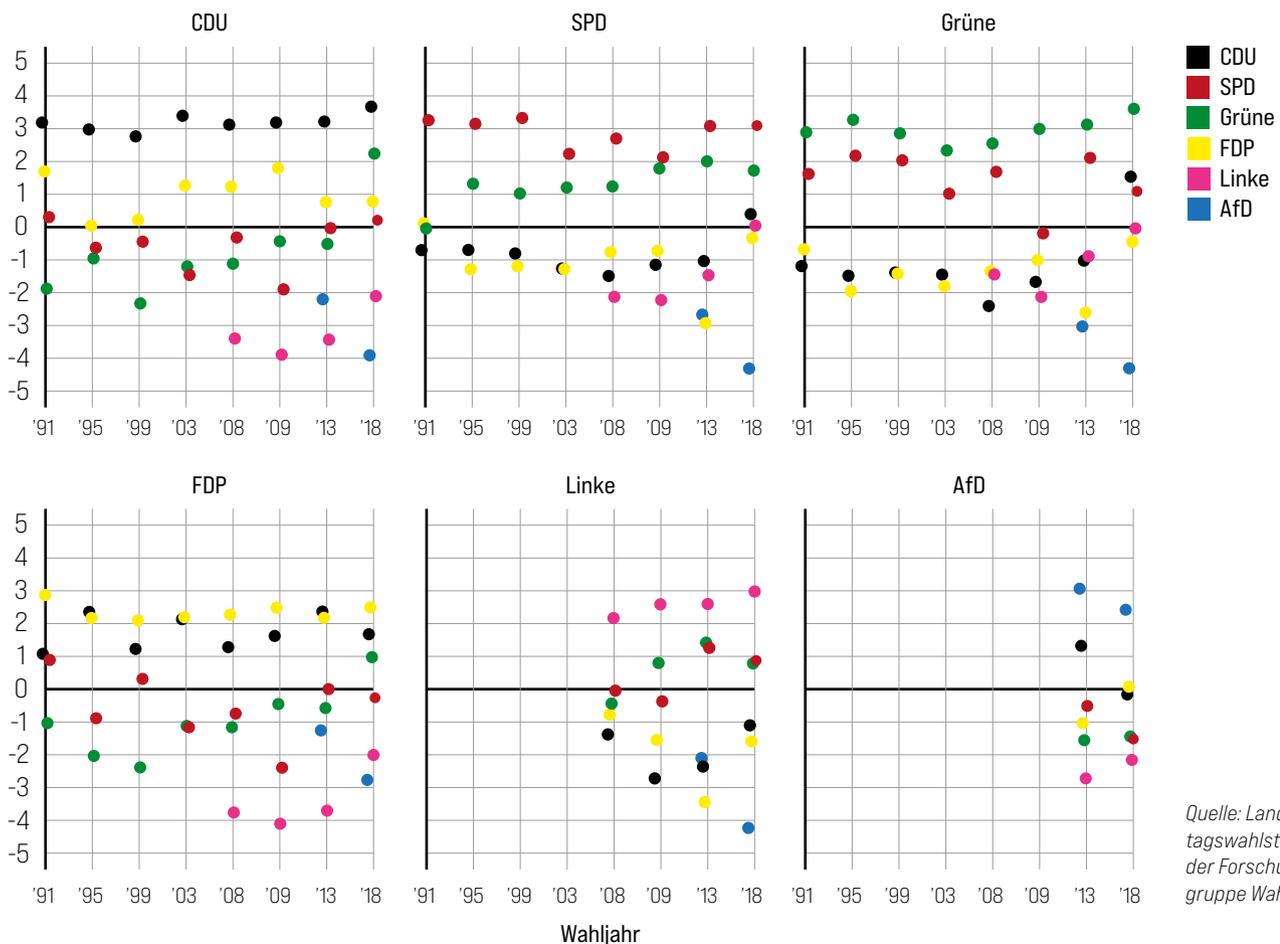
Hessen war selbst lange Schauplatz einer starken Polarisierung zwischen den großen Parteien und ihren Anhängern. Hier traf eine besonders konservative CDU auf eine besonders linksorientierte SPD und es fanden republikweit beachtete Proteste etwa gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens (Startbahn West) in den 1980er Jahren statt.⁷ Legendär sind die in der Erregung getätigten Aussagen des damaligen SPD-Ministerpräsidenten Holger Börner gegenüber linken Demonstranten, dass er auf der Baustelle Konflikte mit ihnen mit der Dachlatte gelöst hätte. Berühmt ist die Unterschriftenaktion der CDU um ihren Spitzenkandidaten und späteren Ministerpräsidenten Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft bei den Wahlen 1999. Wenig überraschend galt der Landtag in Wiesbaden einst als das härteste Parlament der Republik.

Allerdings: Während sich die Politik im Rest der Welt stärker zu polarisieren scheint, entwickelt sich Hessen gegen diesen Trend. Dies deuten die Sympathiewerte für die Parteien von 1991

6 Pew Research Center: *Political Polarization in the American Public*, in: www.pewresearch.org (2014) [Stand: 14.11.2023].

7 Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann: Politische Herausforderungen in Hessen, in: *Politik und Regieren in Hessen*, hg. v. ders., Wiesbaden 2016, S. 1-7.

Abbildung 2:
halte überhaupt nichts von der Partei [-] / halte sehr viel von der Partei [+]



Quelle: Landtagswahlstudien der Forschungsgruppe Wahlen

bis 2018 an. Die Befragten geben dabei an, ob sie „überhaupt nichts [-5]“ oder „sehr viel [+5]“ von einer Partei halten. In der Abbildung sind diese Bewertungen für die Wähler der unterschiedlichen Parteien gruppiert. Die linke obere Grafik zeigt z. B., dass die CDU-Wählerschaft 1999 den Grünen noch in leidenschaftlicher Abneigung verbunden war – durchschnittlich bewerteten sie die Grünen bei -2. Seitdem stiegen die Grünen stetig im Ansehen. Mit Beginn der 2014 geschlossenen schwarz-grünen Koalition ist daraus nicht unbedingt Liebe, aber doch größere Zuneigung geworden. 2018 sahen die CDU-Wähler die Grünen bei +2 sehr positiv. Diese Entwicklung zeigt, dass das politische Klima auch davon geprägt wird, wie die Parteien miteinander umgehen. So überraschend 2014 die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland begründet wurde, so weitgehend geräuschlos bearbeitete sie ihre Konflikte. Auch der Wahlkampf

2023 verlief weitgehend ohne harte Angriffe, auch wenn der Ton auf den letzten Metern etwas rauer wurde.

Insgesamt zeigt sich, dass die Wähler der etablierten Parteien eine neutrale bis positive Sicht auf andere etablierte Parteien haben. Lediglich die AfD wird von allen negativ bewertet bzw. die Anhänger der AfD sehen alle anderen Parteien überwiegend negativ.

Welche Rolle spielt die Bundespolitik für die Wahlentscheidung?

Landespolitik gilt gegenüber der Bundespolitik häufig als nachrangig. Dies ist im Mehrebenensystem der Bundesrepublik nicht überraschend. Viele wichtige Themen wie Migration, Mindestlohn, Gesundheitspolitik oder Besteuerung werden

vorwiegend auf Bundesebene entschieden. Neben der Hochschul- und Bildungspolitik verbleiben den Ländern weniger prominente Politikbereiche wie Strafvollzug oder Gaststättenrecht als eigene Kompetenz.⁸ Wahlkämpfende Landespolitiker bespielen auch regelmäßig bundespolitische Themen. In den Wahlprogrammen der Parteien finden sich regelmäßig Forderungen nach Bundesratsinitiativen.⁹ Landesparteien sind eben politische Parteien, die praktisch alle relevanten Themen adressieren wollen. Damit liegen sie etwas quer zum „Verwaltungsföderalismus“, der den Ländern vorwiegend Aufgaben im Gesetzesvollzug zudenkt.

Tatsächlich denken die Wählerinnen und Wähler daher auch immer an die Bundespolitik, wenn sie ihre Stimme bei einer Landtagswahl abgeben. Umfragedaten für Hessen zeigen, dass die Gedanken aber selten ganz nach Berlin wandern, wenn Wahlzettel im Wahllokal in Hammersbach, Zwingenberg oder Darmstadt ausgefüllt werden. Die meisten Wähler geben an, dass die Landespolitik im Vergleich zur Bundespolitik für ihre Wahlentscheidung wichtiger ist. Im Durchschnitt dieser zu insgesamt 144 Landtagswahlen durchgeführten Umfragen benennen 73,5 Prozent aller Befragten die Landespolitik als ausschlaggebend. Gelegentlich drängt sich allerdings die Bundespolitik stärker nach vorn. Zuletzt war die Bedeutung der Bundespolitik für hessische Landtagswahlen im Jahr 2003 sehr hoch. Laut damaligen Beobachtern hagelte es Denkkzettel für die zu diesem Zeitpunkt unpopuläre rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder.

Die hessischen Landtagswahlen 2023 bildeten eine erneute Ausnahme. Hier sahen in Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen 44 Prozent aller Befragten die Bundespolitik als dominant. Dieser Fokus auf die Bundespolitik erklärt sich aus verschiedenen Faktoren. Einerseits dominierten diesmal Bundesthemen wie die Asylpolitik, Energiepolitik und Inflation besonders den hessischen Wahlkampf. Beispielsweise nannten 30 Prozent der Befragten wenige Tage vor der Wahl Zuwanderung als wichtigstes Problem. Andererseits galt die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP in Berlin aufgrund ihrer öffentlich

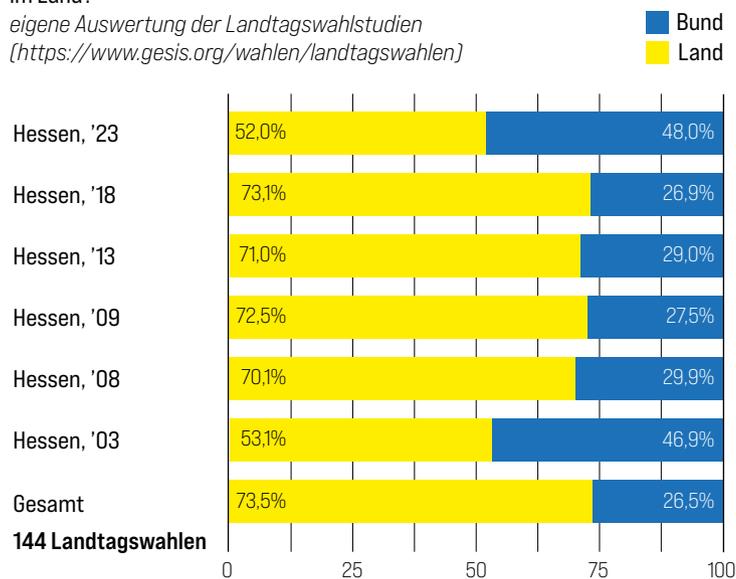
Abbildung 3:

Fragestellung:

Wenn Sie an Ihre Wahlentscheidung für die Landtagswahl denken, was ist dann wichtiger für Sie? Die Politik im Bund oder die Politik im Land?

eigene Auswertung der Landtagswahlstudien

(<https://www.gesis.org/wahlen/landtagswahlen>)



ausgetragenen Streitigkeiten als sehr unbeliebt. Die Spitzenkandidatin der SPD, Nancy Faeser, hatte das doppelte Pech, dass die Wähler sie als Ministerin mit der unbeliebten Ampel-Koalition und als Innenministerin mit der schwer lösbaren Flüchtlingsproblematik verknüpften. Auch die Grünen um Spitzenkandidaten und Wirtschaftsminister Tarik Al-Wazir konnten sich nur begrenzt vom negativen Bundestrend absetzen. In dieser Ausgangslage konnte CDU-Ministerpräsident Boris Rhein einen zurückhaltenden Amtsinhaberkampf führen. Dass er beständig vor einer möglichen Ampel-Koalition in Hessen warnte, darf eher als strategisches Manöver gelten – auch die Ampelparteien, allen voran die hessische FDP schienen wenig von dieser Dreierkonstellation zu halten, für die erwartbar auch keine Mehrheit zustande kam.

Die politikwissenschaftliche Forschung hat die „bundespolitische Durchdringung“ der Landtagswahlen ausführlich untersucht.¹⁰ Es ist praktisch ein politisches Gesetz, dass die Parteien, die in Berlin an der Regierung sind, bei Landtagswahlen

Quelle: Landtagswahlstudien der Forschungsgruppe Wahlen

8 Sabine Kropp: Kooperativer Föderalismus und Politikverflechtung, Wiesbaden 2010.

9 Christian Stecker: *Parties on the chain of federalism. Position-taking and multi-level party competition in Germany*, in: *West European Politics*, 38 (2015), H. 6, S. 1305–1326.

10 Simone Burkhart: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976–2000, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 46 (2005) H. 1, S. 14–38.

verlieren. Dies erinnert an den *mid-term-effect* aus den USA. In der Mitte der Amtszeit eines US-Präsidenten werden das Repräsentantenhaus und Teile des Senats neu gewählt. Da zu dieser Zeit die Popularität des Präsidenten eher gering ist, erleidet seine Partei bei den *mid terms* regelmäßig Stimmen- und Sitzverluste.

Demokratiethoretisch wirft es indes Probleme auf, wenn Landtagswahlen in Berlin (mit) entschieden werden. Repräsentative Demokratie beruht auf der Idee, dass die Wählerschaft Politiker und Parteien auf Basis ihrer Vorschläge für künftige Politik und anhand ihrer vergangenen Leistung in Regierung und Opposition bewerten. Diese Bewertung sollte sich freilich auf Aspekte beziehen, die von der Landespolitik auch beeinflussbar sind. Sonst verfehlen Wahlen ihren eigentlichen Zweck und setzen Fehlanreize für die Politik.

Gehen Abiturienten häufiger zur Wahl?

Am Wahlabend gilt die Wahlbeteiligung häufig als wichtiger Gradmesser für den Zustand der repräsentativen Demokratie. Diesbezüglich haben sich die Werte bei der Landtagswahl 2023 nur leicht, von 67,3 Prozent in 2018, auf 66 Prozent verschlechtert. Allerdings übersehen wir, dass ganz erhebliche Beteiligungsunterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen bestehen, wenn wir nur auf die durchschnittliche Wahlbeteiligung schauen. Viele Studien zeigen, dass gut verdienende, höher gebildete und in gehobenen Wohnumfeldern lebende Menschen deutlich häufiger an Wahlen oder direktdemokratischen Abstimmungen teilnehmen.¹¹ Dies ist ein großes Problem für die Demokratie, die erfordert, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gleich berücksichtigt werden. Wenn sich bestimmte Gruppen seltener beteiligen, finden jedoch ihre Interessen weniger Beachtung. Mit sozial stark verzerrter Wahlbeteiligung droht also auch der Verlust politischer Gleichheit.¹² Die Nachrichten werden noch schlechter: Die Beteiligungsunterschiede entlang von Einkommen und Bildung nehmen in jüngeren Generationen weiter zu. Unter

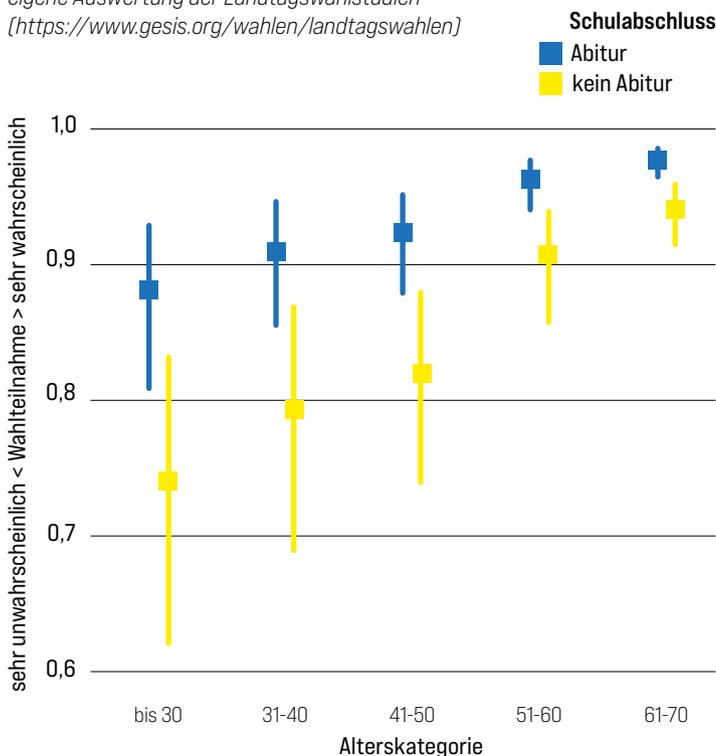
Abbildung 4:

Fragestellung:

Am 28. Oktober ist Landtagswahl. Werden Sie wählen gehen?

eigene Auswertung der Landtagswahlstudien

(<https://www.gesis.org/wahlen/landtagswahlen>)



Erstwählerinnen und Erstwählern sind sie besonders groß und dies wächst sich auch nicht mehr aus.¹³ Frei nach Cat Stevens' „*the first cut is the deepest*“ ist die Erstwahl ein formativer Akt, der das eigene Selbstverständnis prägt. Nehme ich an meiner Erstwahl nicht teil – und dies tun bildungsfernere junge Erwachsene häufig – begründe ich eine passive Bürgerbiographie und werde höchstwahrscheinlich auch späteren Wahlen fernbleiben. Zugespitzt ausgedrückt, sitzen wir demnach auf einer Partizipations-Zeitbombe, die zu entschärfen eine gewaltige Kraftanstrengung von politischer Bildung und Zivilgesellschaft erfordert.

In der Abbildung wird das Problem anhand der hessischen Landtagswahlstudie von 2018 illustriert. Für die Wahl von 2023 liegen die Umfragedaten noch nicht vor, aber es besteht kein Grund zur Hoffnung, dass sich die Muster verbessert haben. Die Abbildung zeigt die Wahrscheinlichkeit

Quelle: Landtagswahlstudie der Forschungsgruppe Wahlen für Hessen 2018

11 Armin Schäfer/Harald Schoen: Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit, in: *Leviathan* 41 (2013), H. 1, S. 94–120.

12 Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum ungleiche Beteiligung der Demokratie schadet, in: *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie: Festschrift für Manfred G. Schmidt*, hg. v. Klaus Armingeon, Wiesbaden 2013, S. 547–566.

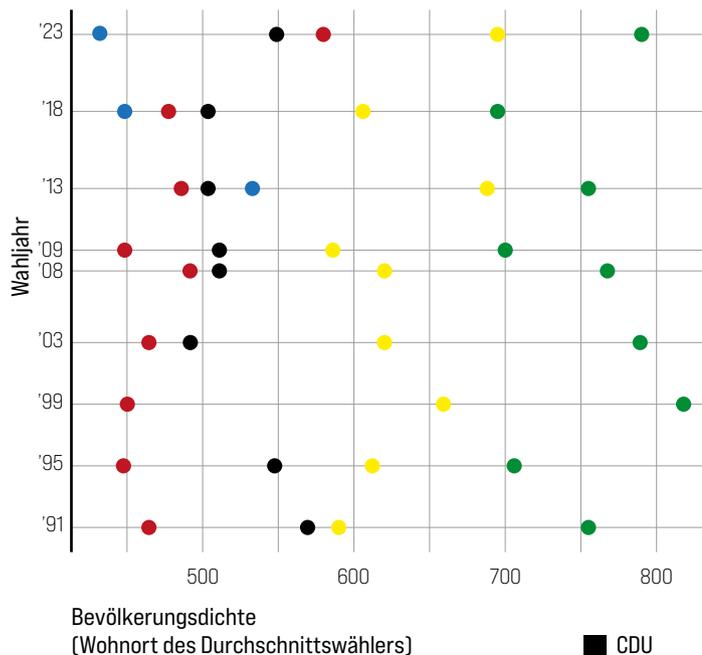
13 Armin Schäfer/Sigrid Roßteutscher/Simone Abendschön: *Rising start-up costs of voting; political inequality among first-time voters*, in: *West European Politics* 43 (2020), H. 4, S. 819–844.

laut eigener Auskunft zur Wahl zu gehen, getrennt nach Menschen mit und ohne Abitur. Es zeigt sich, dass Abiturienten grundsätzlich eher wählen gehen. Während hier bei den 61-70-Jährigen nur ein kleiner Unterschied zu beobachten ist, klafft bei den bis 30-Jährigen eine große Lücke. In dieser Altersgruppe gehen Menschen ohne Abitur mit 73-prozentiger Wahrscheinlichkeit wählen, Menschen mit Abitur zu 89 Prozent. Dass diese Werte deutlich über der tatsächlichen Wahlbeteiligung liegen, resultiert übrigens aus dem Phänomen sozialer Erwünschtheit. Menschen erfüllen auch bei Umfragen gern soziale Erwartungen und geben so auch etwas häufiger zu Protokoll wählen zu gehen, als dies tatsächlich der Fall ist.

Stadt, Land, Frust in Hessen?

Die Bundesrepublik ist zunehmend von Stadt-Land-Konflikten geprägt. Lukas Haffert hat in seinem Buch „Stadt, Land Frust“ herausgearbeitet, wie Land- und Stadtbewohner zunehmend entlang von ökonomischen und kulturellen Fragen über Kreuz liegen und wie Grüne und AfD als Polparteien diesen Konflikt repräsentieren.¹⁴ Vor allem in Universitätsstädten konzentrieren sich hochqualifizierte Wissensarbeiter, die beeinflusst durch ihre Tätigkeit und ökonomische Position kosmopolitisch eingestellt sind und das klassische Wählermilieu der Grünen bilden. Aus dieser Perspektive schauen wir auf Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Stadt und ländlichen Räumen bei hessischen Landtagswahlen von 1991 bis 2023. Das Flächenland Hessen ist dabei besonders interessant, da es durch einen ökonomisch starken und urban geprägten Süden und einige eher strukturschwache ländliche Regionen (u. a. in Nordhessen) gekennzeichnet ist, also von Stadt-Land-Gegensätzen geprägt sein dürfte. Für die Illustration in der Abbildung haben wir zunächst alle Wähler der verschiedenen Parteien entlang der Urbanität ihres Wohnortes aufgereiht. Dazu nutzen wir die Bevölkerungsdichte als Maß, das zwar nicht perfekt ist, aber dem Konzept der Urbanität sehr nahekommt und gut zu erheben ist. Zuerst kommen also die Bewohner kleiner Landgemeinden wie Haina mit ca. 3.600 Einwohnern und zuletzt die Großstädter

Abbildung 5:



aus Frankfurt mit 750.000 Einwohnern. Sodann wird für jede Partei die mittlere Wählerin herausgegriffen und festgestellt, wie urban bzw. ländlich sie wohnt.

Es zeigt sich, dass die Grünen, gefolgt von der FDP, schon immer vorwiegend im urbanen Milieu ihr größtes Wählerpotential hatten. Ihr „mittlerer Wähler“ teilt sich mit ca. 750 weiteren Personen einen Quadratkilometer (das entspricht in etwa der Bevölkerungsdichte von Mörfelden-Walldorf). Die Wählerschaft der SPD und CDU ist dagegen ländlicher geprägt, auch wenn sich dies 2023 deutlich in den urbanen Raum verschoben hat. Bemerkenswert ist, dass die AfD die bisher ländlichste Wählerunterstützung aufweist. Ihr „mittlerer Wähler“ lebt in Orten mit etwa 450 Personen pro Quadratkilometer, wie dies z. B. in der mittelhessischen Kleinstadt Herborn der Fall ist. Die „mittleren Wähler“ von Grünen und AfD sind sich also auch sehr fern, was die Urbanität ihrer Wohnorte betrifft.

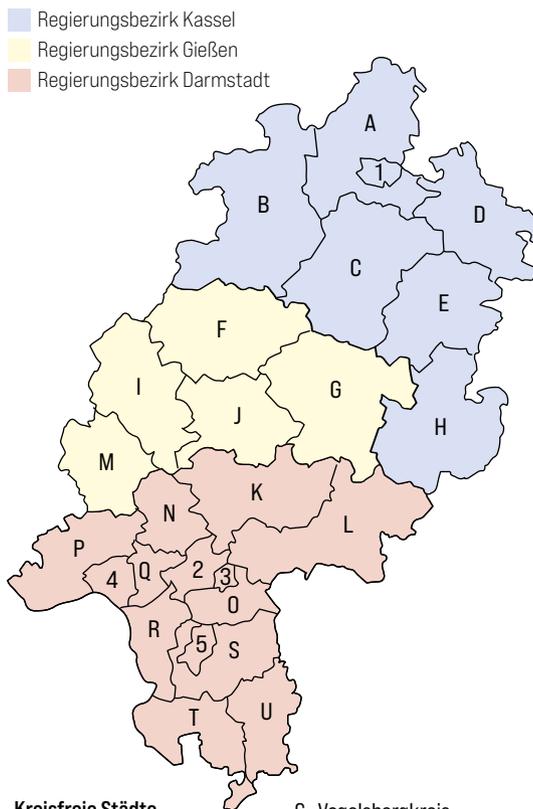
Braucht die repräsentative Demokratie Direktmandate?

Direktmandate gelten vielen als wichtiger Teil der Demokratie in den Bundesländern und im Bund. So würden sie u. a. die lokale Bindung und Verantwortlichkeit von einzelnen Abgeordneten befördern und

Quelle: Wahl- und Demographie-Daten des Statistischen Landesamtes von 1991 bis 2023

14 Lukas Haffert: Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung, München 2022.

**Abbildung 6:
Landkreise und kreisfreie Städte in Hessen**



- | | |
|--------------------------|-------------------------|
| Kreisfreie Städte | G Vogelsbergkreis |
| 1 Kassel | H Fulda |
| 2 Frankfurt am Main | I Lahn-Dill-Kreis |
| 3 Offenbach am Main | J Gießen |
| 4 Wiesbaden | K Wetteraukreis |
| 5 Darmstadt | L Main-Kinzig-Kreis |
| | M Limburg-Weilburg |
| | N Hochtaunus-Kreis |
| | O Landkreis Offenbach |
| Landkreise | P Rheingau-Taunus-Kreis |
| A Landkreis Kassel | Q Main-Taunus-Kreis |
| B Waldeck-Frankenberg | R Groß-Gerau |
| C Schwalm-Eder-Kreis | S Darmstadt-Dieburg |
| D Werra-Meißner-Kreis | T Bergstraße |
| E Hersfeld-Rotenburg | U Odenwaldkreis |
| F Marburg-Biedenkopf | |

Karte: Agentur
Mumbeck

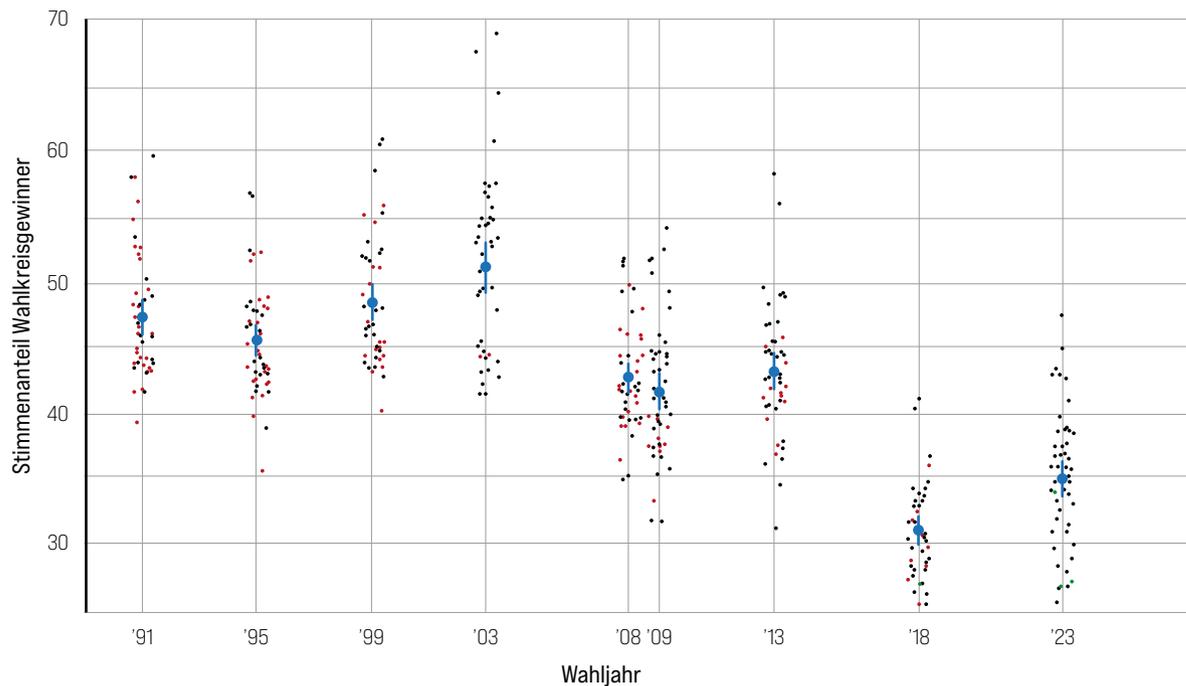
den oft skeptisch beäugten Einfluss von Parteien zurechtstutzen. Diese positive Meinung wird besonders von Parteien vertreten, die realistische Chancen auf Direktmandate haben bzw. davon sogar bevorteilt werden (wie z. B. CDU/CSU auf Bundesebene). Entsprechend hitzig war die Diskussion um die Reform des Wahlsystems zur Bundestagswahl, das die Ampelkoalition gegen die Stimmen der Opposition im März 2023 durchgesetzt hat. Um zu verhindern, dass der Bundestag noch weiter wächst, wurden die Direktmandate in ihrer Bedeutung beschnitten. Nicht jeder siegreiche Kandidat zieht nun

zwangsläufig in den Bundestag ein, sondern nur so viele, wie durch den Zweitstimmenanteil der Partei auch an Sitzen zustehen. Dadurch können sogenannte „verwaiste Wahlkreise“ entstehen, also Wahlkreise, die nicht durch einen Abgeordneten in Berlin vertreten sind. Auch die Abschaffung der Grundmandatsklausel ist hoch umstritten. Die Grundmandatsklausel ermöglichte Parteien, die mindestens drei Direktmandate gewonnen haben, auch dann in den Bundestag einzuziehen, wenn sie unter die Fünf-Prozent-Hürde fallen. Zuletzt konnten darüber die Linken eine Fraktion im Bundestag bilden, obwohl sie nur 4,9 Prozent der bundesweiten Zweitstimmen auf sich vereinte. Mit dem Wegfall der Grundmandatsklausel könnte es passieren, dass die CSU nicht mehr im Bundestag vertreten ist, auch wenn sie die meisten der 46 bayerischen Wahlkreise direkt gewinnt.

Die Sinnhaftigkeit von Direktmandaten ist insbesondere in Zeiten eines zersplitterten Parteiensystems kritisch zu bewerten. Empirisch illustrieren das auch die hessischen Landtagswahlen. In der Abbildung steht jeder Punkt für einen siegreichen Direktkandidaten und sein Wahlkreisergebnis. Der blaue Punkt repräsentiert den Mittelwert der Wahlkreisergebnisse aller siegreichen Wahlkreis-kandidaten. Es zeigt sich, dass seit 2008 Direktmandata regelmäßig die demokratisch wichtige Hürde von 50 Prozent verfehlen. Diese Hürde ist wichtig, da sie einer absoluten Mehrheit entspricht, die z. B. auch der Bundeskanzler im Bundestag benötigt, um gewählt zu werden. Je weiter sich die Direktmandata von dieser Grenze nach unten entfernen, desto weniger können sie beanspruchen, die Interessen des gesamten Wahlkreises zu vertreten. Bereits 1991 vereinte der durchschnittliche Direktmandatar (der übrigens tatsächlich meist ein Mann ist) nur rund 47 Prozent der Wahlkreisstimmen auf sich, wobei auch einige Abgeordnete weit über 50 Prozent lagen. 2023 lag der Durchschnitt bei 35 Prozent und kein Direktmandatar hat eine absolute Mehrheit errungen.

Neben der geringeren Legitimität der Direktmandata lassen sich weitere Argumente gegen die Erststimme ins Feld führen. So benötigt man für lokale Repräsentation nicht unbedingt Direktmandate, wie z. B. die Niederlande zeigen. Parteien wie die Grünen, die FDP oder die Linken, die meist nur Listenmandate gewinnen, verteilen auch Verantwortlichkeiten für einzelne Orte und Regionen. Zudem zeigen Umfragen regelmäßig, dass sich viele Wähler von Erst- und Zweitstimme

**Abbildung 7:
Stimmanteile der Wahlkreisgewinner in Landtagswahlen seit 1991**



Quelle: Wahldaten
des Hessischen
Statistischen
Landesamtes

verwirren lassen und erstere fälschlicherweise für die wichtigere halten, wenn es um die Sitzverteilung geht.

Muss es denn immer eine Mehrheitskoalition sein?

Bei der Regierungsbildung kommt es auf die Inhalte an, wie Politiker am Wahlabend versichern. Wie gut die einzelnen Parteien zusammenpassen, ist eine komplexe Frage. Ein paar Einblicke bietet der Wahl-O-Mat der Landeszentrale für politische Bildung für die hessischen Landtagswahlen.¹⁵ Der Wahl-O-Mat formuliert insgesamt 38 Thesen (z. B. ob das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden sollte), die die Parteien mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“ oder neutral beantworten können. Anhand der Antworten der Wahl-O-Mat-Nutzer auf dieselben Fragen wird errechnet, welchen Parteien man inhaltlich am nächsten ist.

In der Abbildung schauen wir uns an, wie nahe die verschiedenen Parteien zusammenliegen. Dazu

werden Übereinstimmungen für jedes Parteienpaar in den 38 Thesen gezählt.

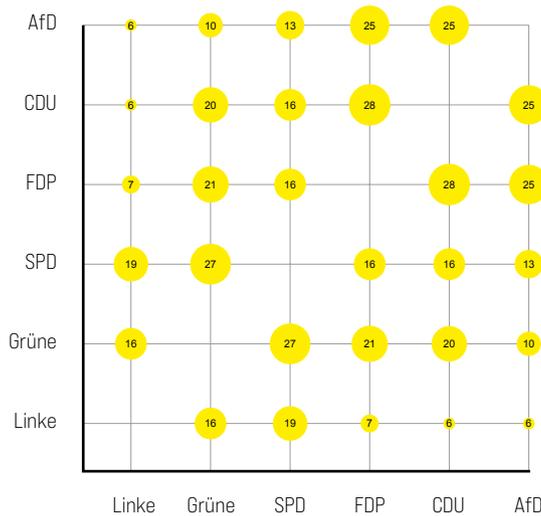
Wir sehen, dass eine mögliche Fortsetzung von Schwarz-Grün von einem recht großen Vorrat an Gemeinsamkeiten (20) zehren könnte, während sich CDU und SPD in weniger Themen (16) einig sind. Eine Ampel müsste wesentlich mehr Streitpunkte aus dem Weg räumen - in nur 14 Themen sind sich die drei Parteien einig.

An dieser Stelle sei darauf aufmerksam gemacht, dass eine Mehrheitskoalition nicht alternativlos ist. In Mehrheitskoalitionen schließen sich zwei oder mehr Parteien zusammen, die gemeinsam mehr als 50 Prozent der Sitze im Parlament kontrollieren. Sie erlegen sich einen absoluten Kompromisszwang auf und schließen die Opposition bei der Suche nach Mehrheiten aus. Der Einigungszwang kann die Koalition handlungsunfähig machen, oder die Parteien zu Kompromissen zwingen, die sie von ihren jeweiligen Wählern entfremden.¹⁶ Dies gilt insbesondere, wenn sich mehrere unterschiedliche Parteien

¹⁵ https://www.wahl-o-mat.de/hessen2023/app/main_app.html [Stand: 17.11.2023].

¹⁶ Christian Stecker: Wie Koalitionsdisziplin den parlamentarischen Mehrheitswillen blockieren kann, in: GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik 69 (2020), 1-2020, S. 71-77.

Abbildung 8:



Quelle: Wahl-O-Mat für die hessischen Landtagswahlen 2023

zusammenschließen, wie wir dies an der Ampel-Koalition im Bund erkennen.

Ein solches „Koalitionskorsett“ kann aber gelockert werden, wenn die Parteien wechselnde Mehrheiten bilden. Dies würde bedeuten, dass sich in unterschiedlichen Themen auch unterschiedliche Parteien zu einer Mehrheit zusammenfinden können. Diese Flexibilität kann durch eine Minderheitsregierung erreicht werden. Sie kann aber auch durch innovativere Koalitionsabkommen praktiziert werden. In Neuseeland und Skandinavien funktioniert diese offenere politische Zusammenarbeit seit langer Zeit erfolgreich. In Hessen hätten am Beispiel der Wahl-O-Mat-Thesen wechselnde Mehrheiten auch den größten Handlungsspielraum. In 23 Themen könnten sich verschiedene Parteien zusammenfinden, die jeweils eine Mehrheit im Wiesbadener Landtag kontrollieren. 🟢

KULTURTIPP

1923
KRISENSTIMMUNG IN UNTERFRANKEN
Eine Ausstellung des Staatsarchivs Würzburg

14.11.2023 – 2.2.2024

STAATSARCHIV WÜRZBURG
Residenz-Nordflügel, Residenzplatz 2,
97070 Würzburg

Kontaktdaten für Führungen
poststelle@stawa.bayern.de
Telefon 0931/35 52 90

Öffnungszeiten:
Mo – Mi 8.00 – 16.00 Uhr
Do 8.00 – 19.00 Uhr
Fr 8.00 – 13.50 Uhr
geschlossen vom 24. Dezember 2023
bis 1. Januar 2024

Eintritt frei – www.gda.bayern.de

Krisenstimmung in Unterfranken

Eine Ausstellung des
Staatsarchivs Würzburg

14.11.2023 – 2.2.2024

9. NOVEMBER: „BERLIN IST NICHT WEIMAR“

DIE BLZ ZU BESUCH IM HAUPTSTAATSARCHIV



In den Räumlichkeiten der GDA diskutierten am 9. November 2023 Prof. Dr. Andreas Wirsching (Institut für Zeitgeschichte), Dr. Bernhard Grau (Generaldirektor der Bayerischen Archive) und Gabriele Tilmann (Oberstaatsanwältin und Leiterin der Bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus). Moderiert wurde das Gespräch von Manfred Fischl (BLZ) und Nadja Renner (BLZ).
Foto: GDA



INFO

Der Vortrag von Prof. Andreas Wirsching zum Thema „Der Hitler-Ludendorff-Putsch als Herausforderung der Demokratie? Wirkung, Deutung, historische Einordnung“ sowie die vorherigen Vorträge der Veranstaltungsreihe können unter folgendem Link angesehen werden

<https://www.gda.bayern.de/aktuelles/krisenjahr-1923/>



Vor dem Hintergrund, dass vor 100 Jahren mit dem Hitler-Ludendorff-Putsch ein elementarer Angriff auf die erst kurz zuvor gegründete Weimarer Republik erfolgreich abgewehrt werden konnte, führte die BLZ am 9. November 2023 in Kooperation mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (GDA) zusammen mit Lehrkräften verschiedener Schularten einen Workshop durch. Dabei wurden ausgewählte, vom Archiv zur Verfügung gestellte zeitgenössische Materialien gemeinsam analysiert und Möglichkeiten für ihren Einsatz im Unterricht besprochen. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erarbeiteten Entwürfe werden demnächst auf der Homepage der GDA veröffentlicht.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Demokratie im Abwehrmodus 1923 1933 2023“ wurden des Weiteren historische Analogien und potentielle Bezüge zur Gegenwart erörtert.

Als Gesamtfazit der Debatte lässt sich festhalten: Obwohl auch heute eine Vielzahl an innen- und außenpolitischen Problemen und Krisen die Republik beschäftigt, ist die Demokratie als deutlich gefestigter anzusehen und in der Lage, sich gegen potentielle Feinde zu verteidigen: Berlin ist nicht Weimar und wird es auch nicht werden. Anschließend wurden von Dr. Michael Unger (GDA) wesentliche Inhalte aus dem historischen Protokoll der 18. Sitzung des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags zu den Vorgängen um den 9. November 1923 vorgestellt, bevor Prof. Dr. Andreas Wirsching die Hintergründe und Ereignisse in einem ausführlichen Vortrag analysierte und einordnete. Zahlreiche Zuschauer und Zuschauerinnen im Sitzungssaal und live am Bildschirm, in Summe knapp 500, manifestierten das große Interesse an einem auch heute brisanten Thema. 🌑

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ



Foto: picture alliance/dieKLEINERT/Steffen Gumpert

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND DEMOKRATIE

von Andreas Jungherr



Abbildung:
picture alliance/
Westend61/
Künstler: Gary
Waters

Der Erfolg und weit verbreitete Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) haben das Bewusstsein für ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen geschärft. Aktuell ist die öffentliche Debatte von KI-Modellen geprägt, die die automatisierte Erstellung von Text-, Bild-, Video- oder Audioinhalten ermöglichen. Die Nutzung dieser Modelle im Journalismus, im Wahlkampf aber auch durch den Staat weckt Fragen und Ängste zu ihren möglichen Auswirkungen auf die Demokratie.¹

KI hat eine reiche Geschichte mit vielfältigen Ansätzen und Anwendungen.² Dabei lässt sie sich definieren als „die Untersuchung und Konstruktion von Agenten, die das Richtige tun“,³ oder in anderen Worten, die „in ihrer Umgebung angemessen und vorausschauend handeln.“⁴

Dazu gehören Ansätze, die es Maschinen ermöglichen, Aufgaben zu verfolgen, in denen sie manchmal den Fähigkeiten des Menschen

1 Andreas Jungherr: *Artificial intelligence and democracy: A conceptual framework*, in: *Social Media + Society* 9 (2023), H. 3, S. 1-14; Mathias Risse: *Political Theory of the Digital Age: Where Artificial Intelligence Might Take Us*, Cambridge, MA 2023.

2 Nils J. Nilsson: *The Quest for Artificial Intelligence: A History of Ideas and Achievements*, Cambridge, MA 2010.

3 Stuart Russell/Peter Norvig: *Artificial Intelligence: A Modern Approach*, 4 Boston, MA 2021 [1995], S. 22.

4 Nilsson (wie Anm. 2), S. xiii.

ebenbürtig sind oder diese sogar übertreffen. Die Idee leistungsfähiger maschineller Intelligenz, einer *Artificial General Intelligence* (AGI), hat weitreichende Erwartungen und Ängste hinsichtlich ihres Potenzials oder ihrer Bedrohungen geweckt.

Aktuelle KI-Erfolge haben jedoch wenig mit einer noch weitgehend fiktiven AGI zu tun. Stattdessen gelingt es spezifischen KI-gestützten Anwendungen klar definierte Aufgaben in spezifischen Bereichen zu erfüllen. Hierzu gehören beispielsweise automatische Bilderkennung, Erfolge in strategischen Spielen wie Schach, Go oder Risiko über menschliche Experten oder auch die automatische Navigation von Robotern in Lagerhallen. Diese Erfolge basieren auf neuen analytischen Verfahren, die Muster in großen Datensätzen erkennen und auf Basis dieser Regelmäßigkeiten Vorhersagen bilden und Entscheidungen treffen oder Inhalte generieren können.⁵

Aber diese Erfolge hängen von Voraussetzungen ab, die den Einsatz von KI in der Politik einschränken. Zum einen braucht KI Daten und diese sind gerade in vielen für Politik und Demokratie relevanten Kontexten rar. Sei es, weil wichtige Ereignisse, wie Wahlen, nur selten auftreten, oder weil wichtige politische Einstellungen oder Entscheidungen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht dokumentiert werden und damit für KI unzugänglich bleiben. Genauso wichtig für den Einsatz von KI in der Demokratie ist, dass aus einer normativen Perspektive Muster der Vergangenheit auch in Gegenwart und Zukunft fortgeschrieben werden sollen. So stellt sich zum Beispiel in der algorithmischen Unterstützung von Strafverfolgung die Frage, ob die Polizei auf Basis von Kriminalstatistiken der Vergangenheit auch heute gültige Rückschlüsse über kriminelles Verhalten treffen kann. Schließlich kann Kriminalität – oder ihre Dokumentation in amtlichen Statistiken – auch Ausdruck sozialer Ungleichheit oder sogar Diskriminierung sein. Wandel ist ein entscheidendes Merkmal von Gesellschaften, insbesondere die Ausweitung von Rechten und die Partizipation von bisher ausgeschlossenen Gruppen. Tatsächlich sind viele politische Maßnahmen

bewusst darauf ausgerichtet, mit früheren Diskriminierungsmustern zu brechen. KI-basierte Vorhersagen und Klassifikationen stützen sich aber auf Regelmäßigkeiten der Vergangenheit, die durch eben diese Diskriminierung geprägt sein können. Damit besteht die Gefahr, dass KI-gestützte Vorhersagen, Handlungsvorschläge und Entscheidungen genau diese systemischen Ungleichheiten und sogar strukturelle Diskriminierung fortschreiben, die Politik aufzuheben versucht.⁶

Wir können nicht automatisch davon ausgehen, dass die Erfolge von KI in anderen gesellschaftlichen Bereichen sich automatisch in Politik oder demokratiebezogenen Bereichen übertragen lassen. Um die Auswirkungen von KI auf die Demokratie besser einzuschätzen, müssen wir genau hinsehen. Deshalb konzentriert sich dieser Artikel auf drei wichtige Bausteine von Demokratie: politische Selbstbestimmung, Gleichheit und Wahlen.

Künstliche Intelligenz und politische Selbstbestimmung

Ein wichtiger demokratischer Grundsatz ist, dass Menschen in Wahlen selbst bestimmen, wer sie regiert. Neben einer normativen Dimension hat dies auch eine praktische: Politische Selbstbestimmung setzt voraus, dass Menschen in der Lage sind, sich politisch zu informieren, Meinungen zu bilden und diese zu äußern. KI beeinflusst diese Aspekte demokratischer Selbstbestimmung durch ihre Verwendung in digitalen Kommunikationsumgebungen und der öffentlichen Arena.⁷

Inzwischen spielt KI eine wichtige Rolle darin, welche Information wen erreicht oder gesellschaftlich sichtbar wird: Menschen informieren sich über Suchmaschinen wie Google, soziale Netzwerkseiten wie Facebook oder X oder Videoplattformen wie YouTube oder TikTok. All diese digitalen Kommunikationsumgebungen nutzen Algorithmen, um Informationsflüsse zu steuern. Algorithmen identifizieren Signale in digitalen Kommunikationsinhalten und prognostizieren auf dieser Grundlage den Erfolg dieser Inhalte für unterschiedliche Profile von Nutzerinnen und Nutzern. Dies bildet die Grundlage dafür, wem welche

5 Ian Goodfellow/Yoshua Bengio/Aaron Courville: *Deep Learning*. Cambridge, MA 2016; Yann LeCun/Yoshua Bengio/Geoffrey Hinton: *Deep learning*, in: *Nature* 521 (2015), S. 436–444; Richard S. Sutton/Andrew G. Barto: *Reinforcement Learning: An Introduction*, 2. Cambridge, MA 2018; Ashish Vaswani/Noam Shazeer/Niki Parmar/akob Uszkoreit/Llion Jones/Aidan N. Gomez/Lukasz Kaiser/Illia Polosukhin: *Attention is All You Need*, in: Isabelle Guyon/Ulrike von Luxburg/Samy Bengio/Hanna Wallach, Rob Fergus/S. V. N. Vishwanathan/Roman Garnett (Hg.): *NIPS 2017: 31st Conference on Neural Information Processing Systems*, 30 (2017).

6 Brian Christian: *The Alignment Problem: Machine Learning and Human Values*, New York 2020.

7 Andreas Jungherr/Ralph Schroeder: *Artificial intelligence and the public arena*, in: *Communication Theory* 33 (2023), H. 2–3, S. 164–173.



Roboter in
einem Callcenter
– 3D-Installation
Abbildung:
picture alliance/
Zoonar/Alexander
Limbach

Inhalte angezeigt werden.⁸ Diese und verwandte Mechanismen weckten früh Ängste, dass Algorithmen Menschen in Filterblasen fangen, in denen sie nur noch Inhalte sehen würden, die bereits bestehende politische Positionen bestärken würden. Damit würde echter politischer Diskurs und Austausch unmöglich.⁹ Diese Ängste lassen sich bisher nicht empirisch bestätigen.¹⁰ Grund hierfür ist wahrscheinlich, dass Menschen unterschiedliche Medienarten nutzen, von denen einige zwar algorithmisch gesteuert werden, andere – wie zum Beispiel Fernsehnachrichten – aber nicht.¹¹

KI kann sich auch indirekt auf die Erstellung und Bereitstellung relevanter politischer Informationen auswirken, indem sie die wirtschaftlichen Bedingungen der Nachrichtenproduktion verändert. Zum einen deuten die jüngsten Erfolge in der Entwicklung von KI, wie zum Beispiel ChatGPT, darauf hin, dass KI bald von Medienanbietern eingesetzt werden könnte, um Text-, Bild- oder Videoinhalte automatisch zu erstellen. Dies könnte zu einer Beschleunigung bestehender Trends zur automatisierten Generierung von Inhalten in Nachrichtenorganisationen führen.¹² Dadurch

wird Druck auf Journalisten und Journalistinnen ausgeübt, wenn sich Routineaufgaben auf KI-Anwendungen verlagern, aber auch auf Nachrichtenorganisationen, die plötzlich mit einer neuen Gruppe von KI-ermächtigten Konkurrenten zu tun haben, die kostengünstig und schnell große Mengen automatisch produzierter Inhalte veröffentlichen können und damit Aufmerksamkeit und Werbeeinnahmen von traditionellen Anbietern abziehen. Dies verstärkt den bereits bestehenden ökonomischen Druck auf die Nachrichtenbranche.¹³

KI wirkt sich nicht nur auf den Zugang zu Informationen aus, sondern auch auf die Äußerung von Meinungen, Interessen und Bedenken in digitalen Kommunikationsumgebungen. Sie wird von Technikunternehmen eingesetzt, um schädliche, diskriminierende oder fehlleitende Inhalte zu identifizieren.¹⁴ Details zu den angewandten Verfahren, ihren Erfolgen und Fehlerquoten sind für Außenstehende undurchsichtig. Dies macht es schwierig, die Breite der Anwendungen von KI und ihre Auswirkungen auf politische Inhalte und Meinungsäußerungen zu beurteilen, was problematisch ist: Schädliche Äußerungen und Fehlinformationen sind schwer identifizierbare Inhalte. Keine der beiden Kategorien ist objektiv oder stabil, und beide bedürfen der Interpretation, da sich die Bedeutung über Kontexte und Zeit hinweg verschiebt. Das macht es schwierig, sie automatisiert durch datengestützte KI zu identifizieren, und

8 Arvind Narayanan: *Understanding Social Media Recommendation Algorithms*, in: *Knight First Amendment Institute at Columbia University*, 2023, <https://knightcolumbia.org/content/understanding-social-media-recommendation-algorithms> [Stand: 20.11.23].

9 David Kaye: *Report on Artificial Intelligence technologies and implications for freedom of expression and the information environment*, New York 2018.

10 Seth Flaxman/Sharad Goel/Justin M. Rao: *Filter Bubbles, Echo Chambers, and Online News Consumption*, in: *Public Opinion Quarterly* 80 (2016), H. 1, S. 298–320.

11 James G. Webster: *The Marketplace of Attention: How Audiences Take Shape in a Digital Age*, Cambridge, MA 2014.

12 Nicholas Diakopoulos: *Automating the News: How Algorithms Are Rewriting the Media*, Cambridge, MA 2019.

13 Rasmus Kleis Nielsen: *Economic Contexts of Journalism*, in: Karin Wahl-Jorgensen/Thomas Hanitzsch (Hg.): *The Handbook of Journalism Studies*, 2 New York 2020.

14 Evelyn Douek: *Governing Online Speech: From „Posts-As-Trumps“ to Proportionality and Probability*, in: *Columbia Law Review* 121 (2021), H. 3, S. 759–834; Kaye (wie Anm. 9).

Der britische Blogger und Internetjournalist Eliot Higgins kreierte im März 2023 mithilfe von KI Fake-Bilder von einer angeblichen Festnahme Donald Trumps durch New Yorker Polizisten, die er auf seinem Twitter-Account veröffentlichte. Foto: *picture alliance/ASSOCIATED PRESS*/Fotograf: J. David Ake



es besteht die Gefahr, dass legitime politische Meinungsäußerungen unterdrückt werden. Beispielsweise kann es schnell passieren, dass gerechtfertigter politischer Protest oder Widerspruch in Online-Kommunikation unhöfliche oder sogar beleidigende Formen annimmt. Diese Form, wie auch den Ton mag man im politischen Diskurs ablehnen, aber falls KI automatisch alle politischen Beiträge dieser Art an der Verbreitung hindert, kann dies dazu führen, dass auch die hinter diesen Beiträgen liegende politische Positionen in der Öffentlichkeit unsichtbar bleiben.

Die KI-gestützte Strukturierung politischer Meinungsäußerung ist jedoch nicht nur ein Risiko. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Kommentatoren und Kommentatorinnen weisen seit Langem auf die Grenzen politischer Deliberation hin, die durch Ineffizienzen bei der Informationsvermittlung, der Sichtbarmachung von Präferenzen und der Abstimmung von großen Gruppen untereinander entstehen. KI kann einige dieser Ineffizienzen verbessern, indem sie individuelle Präferenzen vorhersagt und Informationsflüsse strukturiert.¹⁵ Dies wiederum könnte Chancen für neue deliberative und partizipative Formate in Demokratien eröffnen und damit die Demokratie stärken und beleben. So könnten perspektivisch KI-gestützte Systeme automatisierte Meinungsbilder zu laufenden politischen Streitfragen erstellen. Auch wäre es denkbar, über KI gezielt Menschen mit unterschiedlichen Meinungen in Diskussionsformate einzuladen. Natürlich sind solche Nutzungen aktuell nur Spekulation, aber grundsätzlich könnten entsprechende Nutzungen und Formate entwickelt werden.

15 Hélène Landemore: *Can AI bring deliberative democracy to the masses?*, in: *Working Paper* (2022), <https://thelivinglib.org/can-ai-bring-deliberative-democracy-to-the-masses> [Stand: 20.11.2023].

Allerdings könnte sich KI auch negativ auf die Möglichkeiten der politischen Meinungsbildung auswirken. Wenn KI professionellen Kommunikatoren erlaubt, Reaktionen von Menschen auf  Uberzeugungsversuche oder Werbung vorherzusagen, ermöglicht sie effektivere Manipulation. Beispiele sind KI-gestützte  Uberzeugungsversuche durch Chatbots oder die Nutzung virtueller Fokusgruppen, um Botschaften zu testen.¹⁶

Zusatztlich bieten aktuelle Entwicklungen neue Wege für potenzielle Manipulationen durch die automatisierte Produktion von Text oder Bildern. Hier bestehen aktuelle Ängste, dass KI politischen Kampagnen oder gesellschaftlichen Akteuren erlaubt Falschinformationen in großem Volumen und Variation anzufertigen. KI-gestützte Falschinformationen können eingesetzt werden, um Menschen gezielt zu überzeugen oder zu verunsichern. Darüber hinaus kann eine große Menge von Falschinformationen in Kommunikationsumgebungen dazu führen, dass Menschen generell Vertrauen in politische Information verlieren, selbst wenn sie sich nicht durch einzelne Falschinformationen täuschen lassen sollten.

Gleichzeitig muss man festhalten, dass diese KI-Anwendungen aktuell noch spekulativ sind und möglicherweise nicht eintreten werden. Sei es, weil die zugrunde liegende Technik an Grenzen stößt, effiziente Gegenmaßnahmen entwickelt werden oder Kommunikationsstrukturen fortbestehen, die die Auswirkungen von KI-gestützten Kommunikationskanälen insgesamt begrenzen.

Unabhängig hiervon erhöht KI die Macht von Technik-Unternehmen über die Öffentlichkeit und Staaten. Während die theoretischen Durchbrüche in der aktuellen KI-Welle an Universitäten begannen, sind es Unternehmen, die bei der praktischen Anwendung, Weiterentwicklung und breiten Einführung führend sind. Man denke nur an die aktuelle Entwicklungswelle von Sprachmodellen, die von Firmen wie OpenAI, Microsoft oder Meta und ihren Modellen dominiert wird.¹⁷ Im Laufe der Zeit könnte sich die Macht, KI zu entwickeln und kritisch zu hinterfragen, von öffentlichen auf

16 John J. Horton: *Large Language Models as Simulated Economic Agents: What Can We Learn from Homo Silicus?*, in: *arXiv* (2023), <https://arxiv.org/abs/2301.07543> [Stand: 20.11.2023]; Junsol Kim/Byungkyu Lee: *AI-Augmented Surveys: Leveraging Large Language Models for Opinion Prediction in Nationally Representative Surveys*, in: *arXiv* (2023), <https://arxiv.org/abs/2305.09620> [Stand: 20.11.2023].

17 Cade Metz: *Genius Makers: The Mavericks Who Brought AI to Google, Facebook, and the World*. New York 2021.

kommerzielle Akteure verlagern, was die Aufsicht und Regulierung von KI durch demokratisch legitimierte Institutionen schwächt. Hinzu kommt die Macht über KI-gestützte Informationsflüsse und politische Meinungsäußerungen. Dies zeigt, wie wichtig die effektive staatliche und zivilgesellschaftliche Aufsicht über Unternehmen ist, die KI entwickeln und einsetzen.

Künstliche Intelligenz und Gleichheit

Demokratie basiert darauf, dass Menschen das gleiche Recht auf Partizipation und Repräsentation haben. Zugegeben, dieses Ideal ist nur unvollkommen verwirklicht. Aber Demokratien befinden sich in einem kontinuierlichen Prozess der Ausweitung von Rechten ehemals ausgeschlossener Gruppen. Die Abhängigkeit von KI von Daten, die vergangene Verhältnisse dokumentieren, riskiert allerdings historische Diskriminierung in der Gegenwart fortzusetzen.

KI kann nur Menschen berücksichtigen, die in Daten dokumentiert sind.¹⁸ So bleiben beispielsweise Minderheiten, die traditionell nicht in Datensätzen vertreten sind, für *Computer Vision* unsichtbar¹⁹ oder werden nicht mit bestimmten Berufen in Verbindung gebracht und können dadurch Diskriminierung in KI-gestützten Bewerbungsverfahren erleben.²⁰ Dieses allgemeine Muster gilt natürlich auch in demokratie-relevanten Bereichen, wie zum Beispiel der KI-gestützten Zuwendung von Sozialleistungen oder der Erhebung öffentlicher Meinung.

KI macht manche Menschen aber auch sichtbarer: So sind beispielsweise marginalisierte Gruppen in historischen Verbrechenstatistiken überrepräsentiert. Dies wiederum bedeutet, dass auch heute Mitglieder dieser Gruppen in KI-gestützten Verfahren in der Polizeiarbeit eine höhere Wahrscheinlichkeit zugeschrieben wird straffällig zu werden.²¹ KI kann so also zu einer Verstärkung von struktureller Ungleichheit und Diskriminierung

führen, indem sie Muster aus historischen Daten fortsetzt, selbst wenn eine Gesellschaft versucht, weniger diskriminierende Praktiken einzuführen.

KI kann auch negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben: So zeigen Untersuchungen, dass Unternehmen hauptsächlich in KI investieren, um Arbeitskosten zu senken, indem sie Aufgaben, die bisher von Menschen verrichtet wurden, nun durch KI-gestützte Systeme erfüllen lassen.²² Dies können z.B. Roboter sein, die anstelle von Arbeiterinnen und Arbeitern in Lagerhallen Inventar verwalten und verräumen. Oder es kann KI-gestützte Software sein, die automatisiert Texte, Bilder und Grafiken erstellt, die früher von professionellen Designerinnen oder Designern entworfen wurden. Dies senkt perspektivisch Verhandlungsmacht und Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit negativer Wirkung auf ihren politischen Einfluss und ihre Repräsentation. Auch stellt sich die Frage, wem KI-gestützte wirtschaftliche Gewinne zugute kommen. Hier gilt es für Gesellschaften, einen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Gruppen herzustellen, der ihren unterschiedlichen Chancen und Risiken Rechnung trägt, von solchen Gewinnen zu profitieren oder dadurch bedingten Risiken ausgesetzt zu sein.²³ Dies rückt die Besonderheiten der Implementierung von KI und ihrer öffentlichen und regulatorischen Aufsicht in den Fokus.

Künstliche Intelligenz und Wahlen

Neben ihren anderen Funktionen sind Wahlen ein wichtiger Mechanismus, über den Demokratien politische Konflikte austragen und steuern. Wahlen bieten unterschiedlichen Gruppen die Möglichkeit, innerhalb eines institutionellen Rahmens an die Macht zu gelangen. Wahlen geben verschiedenen politisch organisierten Gruppen die Möglichkeit, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn sie sich zur Wahl stellen. Dies hängt aber davon ab, ob unterschiedliche Gruppen die Chance sehen, Wahlen zu gewinnen oder in einer Koalitionsregierung mitzuwirken. Mit anderen Worten: Es darf nicht sicher erscheinen, dass nur bestimmte Parteien Wahlen gewinnen können.²⁴ Es besteht die

18 Sandra G. Mayson: *Bias In, Bias Out*, in: *The Yale Law Journal* 128 (2019), H. 8, S. 2218–2300.

19 Joy Buolamwini/Timnit Gebru: *Gender Shades: Intersectional Accuracy Disparities in Commercial Gender Classification. Proceedings of the 1st Conference on Fairness, Accountability and Transparency*, New York 2018.

20 Aylin Caliskan/Joanna J. Bryson/Arvind Narayanan: *Semantics derived automatically from language corpora contain human-like biases*, in: *Science* 356 (2017), H. 6334, S. 183–186.

21 Andrew Guthrie Ferguson: *The Rise of Big Data Policing: Surveillance, Race, and the Future of Law Enforcement*, New York 2017.

22 Daron Acemoglu/Pascual Restrepo: *Artificial intelligence, automation and work*, in: Ajay Agrawal/Joshua Gans/Avi Goldfarb (Hg.): *The Economics of Artificial Intelligence: An Agenda*, Champaign, IL 2019.

23 Daron Acemoglu/Simon Johnson: *Power and Progress: Our Thousand-Year Struggle Over Technology and Prosperity*, New York 2023.

24 Adam Przeworski: *Why Bother With Elections?* Cambridge 2018.



„Demokratische
Wahl auf dem
Mond“ – von KI
erzeugtes Bild.

Abbildung:
BLZ (Christina
Gibbs)/Software:
KI-Bild-erstellen

Sorge, dass KI durch präzisere Vorhersagen von Wahlergebnissen diese Unsicherheit über Wahlausgänge aufheben kann. Der Einsatz von KI in diesem Bereich ist jedoch begrenzt.

Datengeleitete Ansätze sind bei der Vorhersage des Verhaltens einzelner Wähler und Wählerinnen begrenzt. Während das Wahlverhalten von engagierten Parteigängern mit einiger Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden kann, ist es viel schwieriger, das Verhalten von Menschen vorherzusagen, die nur in geringem Maß an Politik interessiert sind. Wahlen finden nur in langen zeitlichen Intervallen statt und unterscheiden sich teilweise stark in den Kontexten, in denen sie stattfinden. Man denke nur an die letzte Bundestagswahl und den überraschenden Einfluss, den ein Lachen des damaligen CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet im falschen Moment auf den weiteren Verlauf des Wahlkampfes hatte. Jede KI, die anhand des Verlaufs früherer Wahlkämpfe trainiert worden wäre, hätte diesen Moment und seinen Einfluss übersehen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Wahlentscheidungen von Wählern und Wählerinnen nicht dokumentiert werden. Dies macht die Vorhersage des Wahlverhaltens von Individuen zu einem für KI ungeeigneten Problem. Die Ungewissheit über Wahlerfolge wird damit auf absehbare Zeit bestehen bleiben.

Natürlich gibt es auch andere Anwendungsmöglichkeiten von KI für Kampagnen. So lässt sich, zumindest in den USA, die Wahrscheinlichkeit, ob Menschen zur Wahl zu gehen oder spenden, datengestützt berechnen.²⁵ KI-gestützte Anwendungen könnten Kampagnen darin unterstützen, Spenden zu sammeln oder Menschen zur Wahl zu mobilisieren. Dadurch könnten KI-Kampagnen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kampagnen ohne solche Unterstützung verschaffen. Ein solcher Vorteil dürfte jedoch angesichts der zu erwartenden breiten Verfügbarkeit von KI-basierten Tools nur von kurzer Dauer sein.

Unternehmen und Regierungen könnten auch versuchen, KI zu nutzen, um Wahlergebnisse oder Stimmungsschwankungen der Wählerschaft vorherzusagen und möglicherweise zu beeinflussen. Derartige Bemühungen sind zwar durch die oben genannten Herausforderungen begrenzt, aber allein die Möglichkeit könnte ausreichen, um die Legitimität von Wahlen in der öffentlichen Meinung zu untergraben. Dies mag Wahlverlierern einen Vorwand geben, die Ergebnisse anzufechten, anstatt sie zu akzeptieren. Allein die Vermutung, KI könnte zur Beeinflussung von Wählern und Wählerinnen durch politische Akteure genutzt werden, kann also das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wahlen und die Akzeptanz von Wahlergebnissen schwächen. Es ist daher wichtig, die organisierte Unsicherheit von Wahlen auch in Zeiten von KI am Leben zu erhalten und sie nicht durch unverantwortliche und phantastische Spekulationen zu schwächen.

Ausblick

Während viele KI-Anwendungen noch in der Zukunft liegen, sehen wir bereits aktuell Auswirkungen von KI auf die Demokratie. Viele der zukünftigen Anwendungen und Auswirkungen von KI bleiben zwar noch ungewiss, aber es ist wichtig, sich frühzeitig mit KI auseinanderzusetzen und ihre Implementierung zu beobachten, zu bewerten und zu steuern. Dazu gehören der Einsatz von KI in der Politik, aber auch ihre Regulierung und Steuerung.

Um die Wirkung von KI auf Demokratie einzuschätzen, müssen wir genau hinsehen: Über

25 Eitan D. Hersh: *Hacking the Electorate: How Campaigns Perceive Voters*, Cambridge 2015; David W. Nickerson/Todd Rogers: Political Campaigns and Big Data, in: *The Journal of Economic Perspectives* 28 (2014), H. 2, S. 51-74.

welche Art von künstlicher Intelligenz sprechen wir, wie funktioniert sie, was sind ihre Erfolgsbedingungen und welche Aspekte von Demokratie berührt sie? Erzählungen über eine nicht näher spezifizierte, übermächtige *Artificial General Intelligence* (AGI) und ihre vermeintlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft mögen anregende Lektüre sein, bieten aber wenig Perspektiven für die Analyse tatsächlicher Auswirkungen auf Gesellschaft oder Demokratie. Tatsächlich können interessierte Akteure die Diskussion über AGI und vermeintliche existenziellen Gefahren als Vorwand nutzen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Regulierungsbehörden von alltäglicheren, aber entscheidenden Fragen der Entwicklung, Steuerung und Regulierung von KI und KI-basierten Anwendungen und der gesellschaftlichen Verteilung von dadurch generierten Gewinnen und Risiken abzulenken. Dazu gehören Fragen der Transparenz von Modellen und Datennutzung, des Urheberrechts über zum Training von KI-Modellen verwendeten Daten und der Fairness der Resultate von KI-basierten Anwendungen.

Obwohl KI oft als Gefahr oder Bedrohung diskutiert wird, kann sie auch Möglichkeiten bieten, Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen zu finden, sei dies der Verlust von Arbeitskraft durch Überalterung oder die effektive Bekämpfung des Klimawandels. Gesellschaften dürfen die Potentiale von KI nicht durch weitgehend fiktive Ängste aufs Spiel setzen. Hier kann das transparente Design von KI-basierten Anwendungen und der zugrunde liegenden Modelle

helfen. Genau wie kontinuierliche Evaluation, ob diese Anwendungen die gewünschten Ziele erreichen oder von ihnen abweichen.

Dies hängt von der Implementierung und der Aufsicht durch die Öffentlichkeit und die Regulierungsbehörden ab. Unternehmen, Regulierungsbehörden und Gesellschaft müssen dafür explizit und transparent darlegen, welche wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Ziele sie mit KI erreichen wollen und wie ihre spezifische Funktionsweise dieses Streben vorantreiben oder hemmen kann. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Diskussion normative, mechanistische und technische Argumente und Überlegungen miteinander verbindet. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Debatte um den Einsatz von KI in der Strafverfolgung. Hier stellen sich technische Fragen zur Qualität zugrunde liegender Daten, der Funktion von Algorithmen, als auch normative Fragen, welche algorithmischen Entscheidungen als fair oder unfair zu bewerten sind. Es ist wichtig, sich nicht von grandiosen, aber letztlich imaginären Visionen einer AGI ablenken zu lassen, sondern sich stattdessen auf spezifische KI-Anwendungen und ihre Auswirkungen zu konzentrieren. Dazu gehört die Diskussion sowohl potenziell positiver als auch negativer Auswirkungen.

Es ist unwahrscheinlich, dass KI viele Aspekte der Demokratie direkt beeinflussen wird. Nichtsdestotrotz dürfte sich der öffentliche Diskurs weiterhin auf Bedrohungen, Manipulationen und zu erwartende Machtverschiebungen konzentrieren. Dieser Diskurs und diese Erwartungen haben das Potenzial, die öffentliche Einstellung zu KI und ihren Auswirkungen auf die Demokratie nachhaltig zu prägen – unabhängig von ihrer faktischen Grundlage. Wahrgenommene Effekte können eine größere Rolle spielen als tatsächliche. Forschende haben die Verantwortung, den Diskurs nicht mit Spekulationen anzufachen, sondern sich auf die tatsächliche Funktionsweise und die Auswirkungen von KI zu konzentrieren.

Die breite Anwendung von künstlicher Intelligenz in Gesellschaft und Politik steht erst am Anfang, die Zukunft ist ungewiss. Dies gilt ebenfalls für zukünftige technische Entwicklungen und Erfolge oder Misserfolge KI-gestützter Anwendungen. Hier gilt es zu experimentieren, kritisch zu beobachten und zu evaluieren. Die Auswirkungen von KI auf die Demokratie schreiten bereits voran, entsprechend muss man ihre systematische, interdisziplinäre Untersuchung professionalisieren und weiterentwickeln. 🟢

Der „Animatronic“ des französischen Künstlers Alain Josseau, der „Breaking News“ über Kriege in der Zukunft gibt. Aufgenommen auf dem Festival „Lumières sur le quai“ in Toulouse, Frankreich im Oktober 2022. Foto: picture alliance/NurPhoto/ Fotograf: Alain Pitton



DREI FEHLSCHLÄGE – UND EIN KLEINER HOFFUNGSSCHIMMER DIE PALÄSTINENSISCH-ISRAELISCHE NOTLAGE

von Gilad Ben-Nun

Der Krieg an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel ist das Ergebnis dreier konzentrierter Fehler: ein Versagen der Menschlichkeit, ein Versagen der Religion und – vielleicht am wichtigsten – ein Versagen der politischen Führung. Zwischen dem Beginn des britischen Mandats in Palästina im Jahr 1920 und heute können die Palästinenser, die Israelis, die arabische Welt und die internationale Gemeinschaft in unterschiedlichem Maße für diese drei Versäumnisse verantwortlich gemacht werden. Die jüngste Vergewaltigung israelischer Frauen, die massenhafte Ermordung von Zivilisten und ihre Entführung durch Palästinenser aus dem Gazastreifen sowie der Gegenkrieg Israels haben das Zepter der Realität wieder einmal schmerzhaft über die Völker des Heiligen Landes erhoben.

Das Scheitern der Menschlichkeit

Von den drei Fehlern im palästinensisch-israelischen Dilemma ist das Versagen der Menschlichkeit vielleicht der gravierendste hinsichtlich einer zukünftigen Verbesserung der Lage. Ein wesentliches Merkmal von Menschlichkeit ist das ständige Bestreben, den Menschen auf der anderen Seite zu sehen und seine Existenzberechtigung in seinem kulturellen, religiösen und natürlichen Lebensraum anzuerkennen. Ein Zeichen für das derzeitige Versagen in dieser Hinsicht ist die vorsätzliche und orchestrierte Delegitimierungskampagne, die von Palästinensern gegen Israelis und umgekehrt geführt wird. Ebenso düster ist die abscheuliche Delegitimierungskampagne, die momentan vor allem

von linksextremen Kreisen gegen das Existenzrecht Israels und allgemein gegen Juden auf der ganzen Welt geführt wird, die derzeit einen deutlichen Anstieg antisemitischer Angriffe erleben.

Wie Eva Illouz, Lehrstuhlinhaberin für Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem, schrieb, gaben z.B. 33 Studentengruppen in Harvard Israel die alleinige Schuld an der Ermordung von 1.400 Menschen durch Hamas-Kämpfer, von denen die meisten Zivilisten waren, vor allem Frauen und Kinder. In Frankreich feierten die *Nouveau Parti anticapitaliste* und die *Parti Indigeniste de la République* die Morde und Vergewaltigungen vom 7. Oktober als „heldenhaften Aufstand der Palästinenser“.¹

Im Laufe der Jahre ist viel geschrieben worden, um die Ursache dieses Konflikts zu erfassen. Auf der Suche nach einer Vereinfachung haben viele erklärt, dass sich zwei Völker, Palästinenser und Juden, um dasselbe Land streiten, das sie beide als kulturell und religiös heilig betrachten. Konfliktspezialisten haben jedoch auf die Fallstricke dieser vereinfachten Sichtweise hingewiesen. Denn sie betonen, dass es nicht um zwei gleiche Rechte für zwei Völker geht, sondern vielmehr um einen tiefgreifenden Unterschied in der grundlegenden Wahrnehmung: Für die Mehrheit der Juden ist es

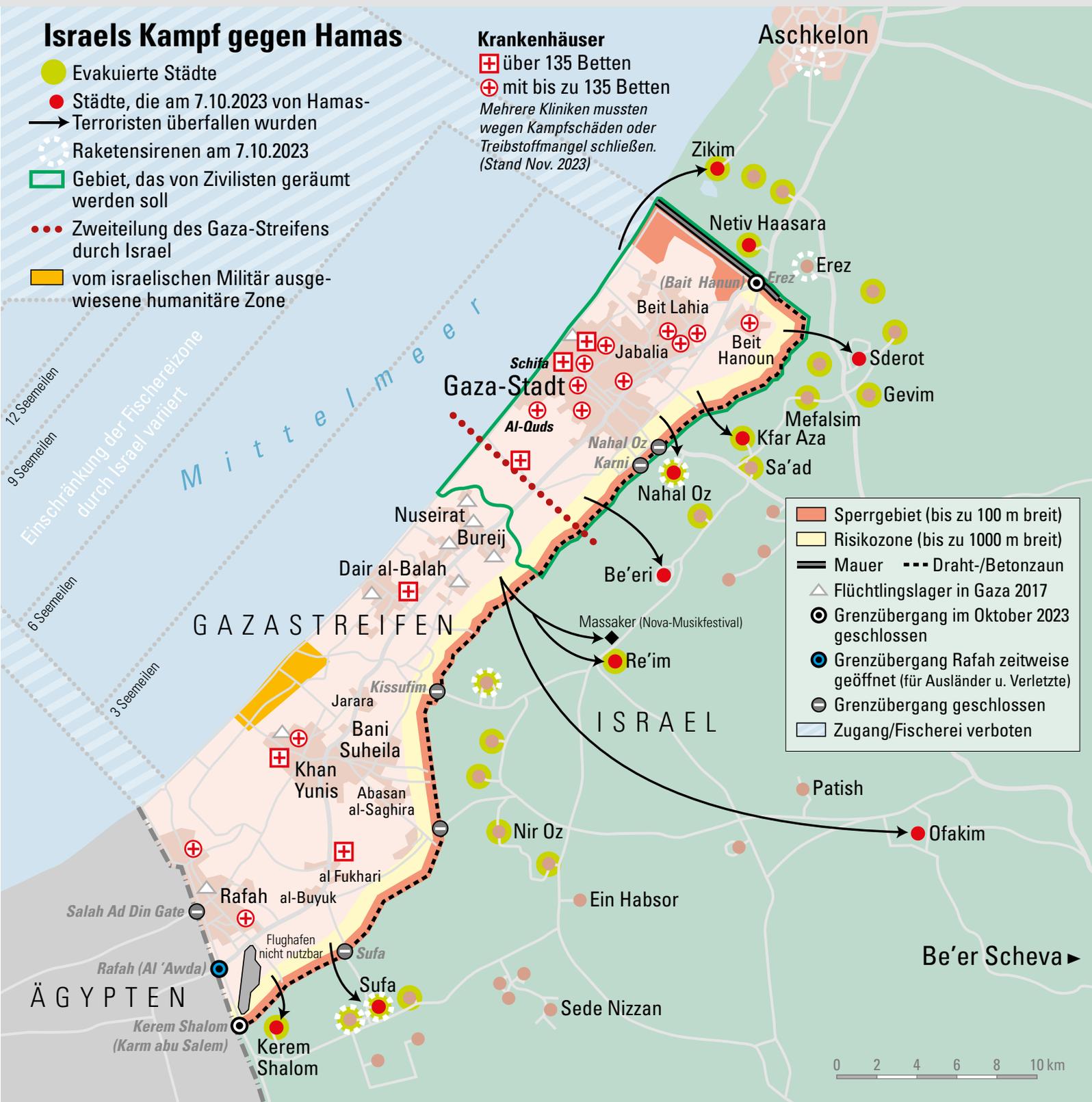
1 Eva Illouz: *The Global Left's Reaction to October 7 Threatens the Fight Against the Occupation*, in: Haaretz v. 2. November 2023, <https://www.haaretz.com/opinion/2023-11-02/ty-article-opinion/premium/the-global-lefts-reaction-to-october-7-threatens-the-fight-against-the-occupation/0000018b-8b8d-d7a8-afcf-abaf5d670000-> [Stand: 13.11.2023].

Israels Kampf gegen Hamas

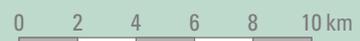
- Evakuierte Städte
- Städte, die am 7.10.2023 von Hamas-Terroristen überfallen wurden
- Raketensirenen am 7.10.2023
- Gebiet, das von Zivilisten geräumt werden soll
- Zerteilung des Gaza-Streifens durch Israel
- vom israelischen Militär ausgewiesene humanitäre Zone

Krankenhäuser

- + über 135 Betten
 - + mit bis zu 135 Betten
- Mehrere Kliniken mussten wegen Kampfschäden oder Treibstoffmangel schließen. (Stand Nov. 2023)



- Sperrgebiet (bis zu 100 m breit)
- Risikozone (bis zu 1000 m breit)
- Mauer Draht-/Betonzaun
- △ Flüchtlingslager in Gaza 2017
- ⊙ Grenzübergang im Oktober 2023 geschlossen
- ⊙ Grenzübergang Rafah zeitweise geöffnet (für Ausländer u. Verletzte)
- ⊙ Grenzübergang geschlossen
- Zugang/Fischerei verboten



Karte: Peter Palm, Berlin

ein ethnischer Konflikt zwischen zwei indigenen Völkern, die um dasselbe Land kämpfen. Für die meisten Palästinenser ist es ein kolonialer Konflikt, in dem sie die Eingeborenen sind und die Juden die „weißen Kolonisatoren“.

In Artikel 7 der Gründungscharta der Hamas aus dem Jahr 1988 heißt es: „Der Tag des Gerichts wird erst kommen, wenn die Muslime gegen die Juden kämpfen und sie töten, bis sich die Juden hinter Steinen und Bäumen verstecken“. In Artikel 32 dieser Charta heißt es: „Die Zionisten streben danach, sich vom Nil bis zum Euphrat auszudehnen. [...] Ihr Plan ist in den „Protokollen der Weisen von Zion“ niedergeschrieben“.² Die Hamas bezieht sich hier auf einen abscheulichen antisemitischen Text, der 1905 im zaristischen Russland verfasst wurde, inmitten dessen, was Historiker als „Vorspiel zum Holocaust“ bezeichnen, wobei Schätzungen zufolge zwischen 1880 und 1924 zwischen 200.000 und 500.000 Juden in Osteuropa abgeschlachtet wurden.³

Antisemitische
Hetzschrift von
Theodor Fritsch
(1852-1933),
erschieden im
Hammer-Verlag
Leipzig, 1924
Abbildung:
Deutsches Histo-
risches Museum,
Berlin, Inv.-Nr.:
OG 440



Die „Protokolle der Weisen von Zion“, die 1905 in Sankt Petersburg veröffentlicht wurden, sind die berüchtigtste und am weitesten verbreitete,

antisemitische Publikation der Neuzeit. In 24 Kapiteln werden fingierte Treffen jüdischer Führer aufgezeichnet, bei denen sie ihre angeblichen Pläne zur Beherrschung der Welt durch Manipulation der Wirtschaft, Kontrolle der Medien und Schüren religiöser Konflikte ausbrüten. Die Frankfurter Zeitung (die Vorgängerin der heutigen FAZ) entlarvte das Buch bereits 1921 als Fälschung mit betrügerischen Absichten. Das hinderte Adolf Hitler jedoch nicht daran, in seinem Pamphlet „Mein Kampf“ auf diese Protokolle zu verweisen, denn er erklärte, dass jene Protokolle: „mit geradezu grauenerregender Sicherheit das Wesen und die Tätigkeit des Judentums aufdecken und in ihren inneren Zusammenhängen sowie den letzten Schlußzielen darlegen“.⁴

Für die Hamas haben die Juden kein Recht, in Palästina zu leben. Solange sie dort sind, sieht sich die Hamas offiziell berechtigt, sie überall zu töten, in Israel und im europäischen Ausland. Dort nehmen antisemitische Angriffe von Muslimen auf Juden derzeit zu.

Die „Vision“ der Hamas spiegelt sich dann in globalen linksextremen Kreisen wider. „Vom Fluss bis zum Meer soll Palästina frei sein“ – so lautet der aktuelle Slogan, der auf Demonstrationen von London bis Harvard skandiert wird. Seine subtextuelle Bedeutung ist logischerweise gleichzusetzen mit Artikel 32 der Hamas-Charta. Alle Juden und Jüdinnen hätten demnach Israel – ihre historische Heimat – zu verlassen. Diejenigen, die das nicht freiwillig tun, würden ausgelöscht. Schon 2005 sagte der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad klar: „Israel sollte von der Landkarte getilgt werden“.⁵ Es ist überflüssig zu erwähnen, dass der Iran nach wie vor der wichtigste militärische, logistische und ideologische Unterstützer der Hamas ist. Ein Blick auf die Verbindung zwischen Iran und linksextremen Kreisen macht klar, dass der Sturz des Schahs 1978 zum großen Teil kommunistischen Paramilitärs der iranischen kommunistischen Partei TUDEH zu verdanken war. Diese waren auch die größten Unterstützer von Khomeinis Rückkehr aus dem französischen Exil in den Iran. Khomeini wurde in Frankreich vor allem dank linksextremer Kreise willkommen geheißen – also von denselben Kreisen, die die Morde der Hamas gefeiert haben, wie Eva Illouz berichtet. Nach dem Sturz des Schahs tötete Khomeini dieselben Kommunisten, die ihm bei seiner

2 Der vollständige Text des Gründungscharta der Hamas von 1988 ist auf der Website des Avalon-Projekts der Universität Yale einzusehen: https://avalon.law.yale.edu/20th_century/hamas.asp [Stand: 07.11.2023].

3 Zu den geschätzten Verlusten siehe die Hundertjahrfeier-Vorlesung des Historikers Sir Simon Schama zum 100-jährigen Bestehen der Balfour-Erklärung, gehalten am 8. November 2017 in London, abrufbar auf youtube: https://youtube.com/watch?v=k4c-gRbSn_I&t=2074s [Stand: 13.11.2023]. S. v. a. Min. 32:00 - 35:00. Sir Schamas Schätzung von bis zu 500.000 toten Juden erscheint in den Minuten 34:25-34:33.

4 Adolf Hitler: Mein Kampf, Kapitel 11: „Volk und Rasse“.

5 Ewen MacAskill/Chris McGrea: *Israel should be wiped off map, says Iran's president*, in: The Guardian v. 27.10. 2005. <https://www.theguardian.com/world/2005/oct/27/israel.iran> [Stand: 07.11.2023].



Rückkehr in den Iran geholfen hatten. Der Henker der iranischen Kommunisten war kein Geringerer als der heutige iranische Präsident Ebrahim Raisi, der in den 1980er Jahren das Justizkomitee leitete, das diese 5.000 politischen Gefangenen hinrichtete.⁶ Das hat den Iran natürlich nicht daran gehindert, den Vorsitz des Sozialforums des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen zu übernehmen, das am 30. Oktober seine Sitzung begonnen hat. Bemerkenswert ist, dass keine der oben erwähnten linksextremen Stimmen ein Problem mit der Menschenrechtsbilanz des Irans hatte.⁷

6 *Iran: Serious Rights Violator to Lead Judiciary: Ebrahim Raeesi Oversaw Mass Executions in 1988*, in: Human Rights Watch, Pressemitteilung v. 7. 3.2019, <https://www.hrw.org/news/2019/03/07/iran-serious-rights-violator-lead-judiciary> [Stand: 13.11.2023].
Farnaz Fassihi: *A Roadblock for Iran's President-Elect: He's on the U.S. Sanctions List: Ebrahim Raisi, a close ally of the country's supreme leader, Ayatollah Ali Khamenei, has been accused of grave human rights violations*, in: The New York Times v. 19.06.2021 <https://www.nytimes.com/2021/06/19/world/middleeast/ebrahim-raisi-iran-president.html> [Stand: 13.11.2023].

7 Shabnam von Hein: *Iran's UN Ambassador to chair Social Forum: Iran has been chosen to chair the UN Human Rights Council 2023 Social Forum despite the massive repression of its citizens*, in: Deutsche Welle News v. 17.05.2021, <https://www.dw.com/en/controversy-as-irans-un-ambassador-to-chair-social-forum/a-656660386> [Stand: 13.11.2023].

Viele Palästinenserinnen und Palästinenser würden die Ansichten der Hamas wohl nicht teilen. Sie sind jedoch überwiegend der Meinung, dass Israel ein Kolonialstaat sei, der von weißen europäischen Kolonisatoren gegründet wurde, die mit der Staatsgründung Israels zugleich die Palästinenser enteignet hätten. Für die meisten Palästinenserinnen und Palästinenser hat demnach Israel kein wirkliches Recht zu existieren. Bei den Friedensgesprächen in Camp David im Jahr 2000 erklärte der Präsident der palästinensischen Autonomiegebiete, Jassir Arafat, dem US-Präsidenten Clinton, dass der jüdische Tempel in Jerusalem nie existiert habe. Für den Führer der palästinensischen Nationalbewegung kamen die Juden einfach nie aus Israel. Die historische, religiöse und sprachliche (hebräische) Beziehung des Judentums zu Jerusalem sei ein Mythos – so Arafats Meinung. Internationale linke Kreise und vor allem Teile der westlichen Wissenschaft seien diesem Narrativ verfallen und sähen Israel als eine Kolonialgesellschaft von Siedlern.

Die Assoziation Israels mit dem Siedlerkolonialismus, das linksextreme französische Milieu, in dem diese Verbindung entstanden ist, und die spezifische Verbindung mit der arabischen und muslimischen

Gedeckter Tisch auf dem Münchner Marienplatz mit 240 leeren Stühlen für die von der Hamas am 7./8. Oktober 2023 entführten israelischen Geiseln in Gaza, aufgenommen am 3. November 2023

Foto: SZ Photo/
Fotograf: Stephan Rumpf

Welt sind wichtig. Die erste Assoziation Israels mit dem Siedlerkolonialismus wurde explizit von dem linksradikalen kommunistischen französischen Nahost-Studienprofessor Maxim Rodinson eine Woche nach Israels Sieg im Krieg von 1967, der von Ägypten, Jordanien und Syrien geführt wurde, verkündet.⁸ Für den Ultrakommunisten Rodinson war die jüdische Präsenz im Heiligen Land ein Mythos, da die Religion an und für sich nichts weiter als ein sinnloses, künstliches soziales Konstrukt sei, ganz im Sinne von Karl Marx: „das Opium des Volkes“. Die Tatsache, dass es in Israel schon lange vor dem 20. Jahrhundert, seit der Antike und erst recht während der osmanischen Zeit eine bedeutende jüdische Bevölkerungsgruppe gab, spielte in dieser Perspektive keine Rolle. Allein die Vorstellung, Juden in Israel zu haben, war durch und durch europäisch. Rodinsons Artikel erschien in der bekannten Zeitschrift „*Les Temps modernes*“, deren Herausgeber Jean Paul Sartre als „Vaterfigur“ der französischen postkolonialen Studien fungierte, indem er seine berühmten Vorworte zu Franz Fanons „Die Verdammten dieser Erde“ und Albert Memmis „Der Kolonisator und der Kolonisierte“ schrieb. Seit den späten 1960er Jahren, und im Grunde bis heute, greift die überwältigende Mehrheit der linksintellektuellen Stimmen, die das Paradigma des Siedlerkolonialismus nutzen, um Israel zu beschreiben, auf diese ursprüngliche Argumentation von Rodinson und Sartre zurück. So viel zur spezifischen Genealogie dieser Assoziation des israelischen Siedlerkolonialismus mit extrem linken Kreisen.

Dass es sich im Fall Israels nicht um Kolonialherrschaft handelt, zeigen folgende Aspekte: Der koloniale Zustand gründet auf einer Beziehung zwischen Kolonie und Mutterland. Die britische Kolonialherrschaft in Kenia etwa bezog sich auf die britischen Inseln als Mutterland. Die algerischen *pieds noirs* mussten 1962 nach Frankreich zurückkehren. Wo genau ist das Mutterland der israelischen Juden? Wohin sollen die Juden gehen, wenn sie „vom Fluss zum Meer“ verbannt wurden? Wenn Israels Juden kein Mutterland haben, in das sie zurückkehren können, dann ist ihr Staat in dieser Logik demnach keine Kolonie.

Praktisch alle kolonialen Bedingungen erfordern eine Unterscheidung zwischen der Sprache der Kolonisatoren und der der Kolonisierten. Doch Hebräisch – das von Juden in Israel gesprochen wird – ist eine semitische Sprache, die von rechts nach links

in hebräischen Schriftzeichen geschrieben wird, die die Grundlage für das arabische Alphabet bildeten. Hebräisch findet sich in zahlreichen archäologischen Schriften im ganzen Heiligen Land. Es ist weder Englisch, das in Kenia gesprochen wird, noch Französisch, das im kolonisierten Algerien gegen die einheimische Sprache der Kabylen eingesetzt wird. Wie kann das kolonial sein?

Es kann sich um keine Form von Kolonialismus handeln, wenn die Schreine und antiken Stätten des angeblichen Kolonisators (in diesem Fall die antiken Synagogen) in dem Land verortet sind und zeitlich eindeutig vor denen der sogenannten „Eingeborenen“ entstanden sind. Sozialwissenschaftler, die die jüdische Existenz in Israel mit der britischen Kolonialisierung Australiens gleichsetzen, stolpern über die Erkenntnis, dass die antiken religiösen Stätten in Australien allesamt von Ureinwohnern errichtet wurden, während die antiken Stätten im Heiligen Land (Masada, Qumran und 120 antike Synagogen in Galliläa) alle ursprünglich jüdischer Herkunft sind und eindeutig vor der Ankunft des Islams dort im Jahr 638 n. Chr. entstanden. Wenn die antiken Heiligtümer des angeblichen „Kolonisators“ nach archäologischen Erkenntnissen vor denen der so genannten „Eingeborenen“ liegen, bricht das gesamte Kolonialargument in sich zusammen.

Allerdings ist die Leugnung des Existenzrechts kein exklusiver Charakterzug der Palästinenser. Dieses Leiden an Unmenschlichkeit hat leider auch viele israelische Juden befallen. Mindestens seit den 1950er Jahren und noch heute noch stärker halten viele an der Ansicht fest, dass es „eine palästinensische Nation nicht gäbe. Dieser Satz, der vor allem von der verstorbenen Premierministerin Golda Meir geäußert wurde, diente der israelischen extremen Rechten als Rechtfertigung für die Besetzung der palästinensischen Gebiete.⁹ Semantisch gesehen verkörpert dieser Satz Israels Versagen in Sachen Menschlichkeit, genauso etwa wie ein ähnlicher Satz in anderem Kontext: „Es gibt keine ukrainische Nation“. Dieser diente Putin als Prämisse für Russlands kriminellen und unmenschlichen Angriff auf die Ukraine.¹⁰ Eine Voraussetzung für Unmenschlichkeit ist es, der anderen Seite ihre Existenzberechtigung abzusprechen.

8 Maxime Rodinson: *Israël, fait colonial?*, in: *Les Temps modernes*, 22/253 (1967), S. 17-88.

9 Frank Giles: *Golda Meir: Who can blame Israel?*, in: *The Sunday Times* v. 15.06.1969, S. 12.

10 Michael Schwartz/Maria Varenikova/Rick Gladstone: *Putin Calls Ukrainian Statehood a Fiction*, in: *The New York Times* v. 21.02.2023, <https://www.nytimes.com/2022/02/21/world/europe/putin-ukraine.html> [Stand: 13.11.2023].

Ebenso verstörend ist das Ausmaß, in dem das Wort „Völkermord“ von linken Intellektuellen missbraucht wird, um Israel zu delegitimieren. Judith Butler, die in Berkley ansässige Intellektuelle der linken und queeren Kreise, hat Israel offen beschuldigt, in Gaza einen Völkermord zu begehen.¹¹ Laut dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag von 1998 setzt die Definition von „Völkermord“ voraus, dass ein „Vorsatz“ vorliegt: „die ABSICHT, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten“ (Art. 6). Man kann sich nur schwer vorstellen, dass ein ernstzunehmendes internationales Gericht eine solche Behauptung als rechtlich zulässig betrachtet. Im Jahr 2022 beschloss der Internationale Gerichtshof zum ersten Mal in seiner Geschichte, die Völkermordkonvention von 1948 in Kraft zu setzen, indem er einstimmig vorläufige Maßnahmen beschloss, um Myanmar daran zu hindern, etwas zu tun, was als Völkermord an der muslimischen Minderheit der Rohingya angesehen werden könnte. Der Grund dafür, dass das Gericht den möglichen Vorwurf des Völkermordes akzeptierte, war vor allem das dem Gericht vorgelegte Beweismaterial, das darauf hindeutete, dass die Militärjunta Myanmars die Absicht hatte, 1,3 Millionen Rohingya vollständig zu vernichten und aus dem Land zu vertreiben, ohne dass die Rohingya selbst dies provoziert hätten.

Es bleibt also die Frage: Warum sollten Judith Butler und andere linke Intellektuelle dennoch die Behauptung aufstellen, dass Israel einen palästinensischen Völkermord begeht, der gleichbedeutend ist mit der Ermordung von 1.000.000 Tutsis durch die Hutu in Ruanda im Jahr 1994 oder der Vertreibung von 730.000 Rohingya aus Myanmar und der totalen Inhaftierung der restlichen 600.000?¹²

Die Antwort darauf hat mit einer ebenso wichtigen Mechanik zu tun, die hier im Spiel ist: eine Mechanik, die ebenfalls aus den oben erwähnten französischen linken Kreisen stammt und die sowohl für den israelisch-palästinensischen als

auch für den ukrainisch-russischen Fall gleichermaßen schädlich ist. Diese Mechanik hat mit der allgemeinen Aushöhlung des Wertes und des Ansehens der positivistischen Faktenwahrheit in den Sozialwissenschaften zu tun.

Rodinson und Sartre waren nicht nur die Väter des falschen siedler-kolonialen Paradigmas in Verbindung mit Israel. Sie können auch als Väter der Postmoderne gelten. 1975 wurde die Abteilung VI der École pratique des hautes études, in der Rodinson den Lehrstuhl für den Nahen Osten und Arabistik innehatte, abgetrennt, um die damals neue École des hautes études en sciences sociales (EHESS) zu gründen. Sie war erfüllt vom Geist (und der persönlichen Präsenz) von Jacques Derrida und Michel Foucault und ihren Pendants in den USA wie Hayden White an der University of California in Los Angeles (UCLA). Für diese frühen Postmodernisten ging es in der Geschichts- und Sozialwissenschaft um die Interpretation von Texten, nicht um Fakten. Fakten, so argumentierte Hayden White, könnten nicht festgestellt werden, da sie von textlichen Belegen (historischen Dokumenten) abhängen würden, deren terminologische Bedeutung erst viele Jahre nach der ursprünglichen Ausarbeitung dieser Dokumente durch ihre Verfasser vollständig festgestellt werden könnten. Kurz gesagt: Es mag eine „historische Wahrheit“ gegeben haben, aber laut White (und auch Foucault und Derrida) gäbe es keine Chance, diese Wahrheit wirklich zu erfassen.

Mitte der 1980er Jahre spitzte sich die Lage zu, als andere gut ausgebildete und traditionellere Historiker sich weigerten, diesen gefährlichen Weg des totalen Relativismus zu beschreiten. In einem berühmten Seminar an der Universität Tel Aviv zog der damalige Professor für Holocaust-Studien, Saul Friedlander, eine Kopie von Eichmanns Wannsee-Protokoll für die „Endlösung der Judenfrage“ hervor, konfrontierte Hayden White damit und fragte ihn: „Haben diese Ereignisse jemals stattgefunden? Ist dieses Dokument der einzige Text, aus dem wir die Realität des Holocausts ableiten können?“ Friedlanders Ansichten über diese und andere methodische Gefahren postmoderner Interpretationen finden sich in der Fußnote.¹³

Wenn es um Israel geht, brauchen sich links-extreme Postmodernisten demnach also nicht um Fakten zu kümmern, solange sie mit ihren Parolen einprägsame Titel bekommen, die sie später auf

11 George Yancy/Judith Butler: *Palestinians Are Not Being "Regarded as People" by Israel and US*, in: Truthout v. 31.10.2023, <https://truthout.org/articles/judith-butler-palestinians-are-not-being-regarded-as-people-by-israel-and-us/> [Stand: 13.11.2023].

12 Zu den Zahlen der Rohingya-Krise siehe: *Future Bleak for Rohingya in Bangladesh, Myanmar No Justice, Freedom Since 2017 Atrocities*, in: Human Right watch, Pressemitteilung v. 23.08.2023, <https://www.hrw.org/news/2023/08/20/future-bleak-rohingya-bangladesh-myanmar#:~:text=Over%20730%2C000%20Rohingya%20who%20fled,under%20a%20system%20of%20apartheid> [Stand: 13.11.2023].

13 Saul Friedlander: *Probing the Limits of Representation: Nazism and the "Final Solution"*, Cambridge MA 1992.

Tik Tok und X teilen und so ihre Internetpräsenz erhöhen können. Wenn der Begriff „Völkermord“ für Schlagzeilen sorgt, verwenden sie ihn, unabhängig davon, ob er wahr ist oder nicht, ob Israel wirklich solche Absichten gegenüber den Palästinensern hegt oder ob es die Hamas ist, die ihren Angriff mit völkermordähnlichen Verbrechen begonnen hat.

Einige Leserinnen und Leser könnten darauf hinweisen, dass ähnliche Gefahren, die von gewalttätigen Äußerungen ausgehen, auch in rechts-extremen Kreisen zu finden sind. Man muss sich nur den Angriff auf das Kapitol in den USA am 6. Januar 2021 ansehen, um zu verstehen, wie gefährlich solche rechten Reden wirklich sind. Wenn es um Antisemitismus geht, kann man beispielsweise anhand des Buchs des thüringischen AFD-Politikers Björn Höcke „Nie zweimal in denselben Fluss“¹⁴ aufzeigen, dass die Sprache, die die extreme Linke gegen Juden verwendet, nicht unähnlich ist.

Dennoch gibt es hier einen großen Unterschied. Wenn man sich einem solchen Buch nähert, weiß man ganz genau, was man zu lesen bekommt. Höcke versteckt sich nicht hinter einem Menschenrechtsdiskurs. Er versucht auch nicht, seine Schriften als universalistisch oder gut gemeint darzustellen. Sein Text ist abscheulich, nackt und offen rassistisch, und seine Anhänger haben ähnliche Ideen. Er hat nicht die Absicht, den Vorsitz in einem Menschenrechtsforum der Vereinten Nationen zu übernehmen. Wenn überhaupt, würde er die Organisation am liebsten ganz abschaffen.

Im Gegensatz dazu behaupten Judith Butler oder der afroamerikanische Aktivist Professor Russell Rickford von der Cornell University, der sich nach eigenen Worten „von den Aktionen der Hamas erheitert und ermutigt“ fühlte, dass sie im Namen allgemeiner universalistischer humaner Werte sprechen.¹⁵ Während Höcke sich also auf seine enge rassistische Basis beschränkt, erklären Butler und Rickford, dass sie im Namen der gesamten Menschheit sprächen (oder sprechen sollten). Alle drei verschleiern die Wahrheit, um ihre Botschaften zu verbreiten und Unterstützung in der Bevölkerung zu finden. Doch Höckes Basis ist viel schmäler als die unbegrenzte Reichweite, die Butler und Rickford anstreben.

Seit einigen Jahren wählt die Redaktion des Oxford English Dictionary aus den neuen Begriffen, die in das Wörterbuch aufgenommen werden, ein „Wort des Jahres“, um mit der Entwicklung der englischen Sprache Schritt zu halten. Im Jahr 2016 wählte das Gremium den Begriff „*post-truth*“ („postfaktisch“) aus. Das Adjektiv „bezieht sich auf Umstände oder bezeichnet diese, in denen objektive Fakten weniger Einfluss auf die öffentliche Meinung haben als Appelle an Emotionen und persönliche Überzeugungen“.¹⁶ Ironischerweise war in den Debatten der Redaktion 2016 der Begriff „*Alt-Right*“ („Alternative Rechte“) der größte Konkurrent für „*post-truth*“ war. Am Ende entschied das Gremium, dass die negativen Auswirkungen des Begriffs „postfaktisch“ ihm den Vorrang einräumten.¹⁷

Das Scheitern der Religion

Sowohl in Israel als auch in Palästina haben die religiösen Fanatiker des Judentums und des Islams scheinbar die Oberhand gewonnen. Die Hamas hat ihre Gräueltaten mit der Behauptung verübt, dass diese nach islamischem Recht nicht nur erlaubt, sondern sogar vorgeschrieben seien. Experten, einschließlich des Verfassers dieser Zeilen, werden vergeblich versuchen herauszufinden, wo genau im gesamten 1.400 Jahre alten Korpus des maßgeblichen muslimischen Scharia-Rechts das Entzählen von Babys und die abscheuliche Massenvergewaltigung und anschließende Verbrennung von Frauen erlaubt ist. In seiner Grundsatzrede auf der *Islamic Relief Conference 2015* in London bezeichnete der haschemitische Prinz Hassan Bin Talal den Angriff von ISIS auf jesidische Frauen und Kinder als die schlimmste Form des „*Hadd*-Verbrechens der *Hirabah*“ nach islamischem Recht. Diese Bezeichnung trifft sicherlich auch auf die jüngsten Aktionen der Hamas in den Kibbuzim entlang der Grenzen des Gazastreifens zu. Mit den Worten seiner königlichen Hoheit: „Die vier Grundprinzipien des Islam: Barmherzigkeit („*Ihsan*“), Gerechtigkeit („*Adl*“), Mitgefühl und Vergebung („*Rahma*“) und Weisheit („*Hikma*“) weisen alle auf die Verpflichtung

14 Nie zweimal in denselben Fluß: Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig (Politische Bühne. Originalton), Lüdinghausen 2018.

15 Diese Worte von Professor Russell Rickford in einer Rede bei einer Demonstration am 15. Oktober 2023 an der Cornell University sind im Video des britischen Daily Telegraph zu sehen: https://www.youtube.com/watch?v=_foZMY8xfD8 [Stand: 13.11.2023].

16 Siehe die offizielle Website des Oxford English Dictionary: <https://languages.oup.com/word-of-the-year/2016> [Stand: 13.11.2023].

17 Jennifer Schuessler: *Post-Truth Defeats 'Alt-Right' as Oxford's Word of the Year*, in: The New York Times v. 15.11.2016, <https://www.nytimes.com/2016/11/16/arts/post-truth-defeats-alt-right-as-oxfords-word-of-the-year.html> [Stand: 13.11.2023].

Palästinenserführer Jassir Arafat (r.) und Israels Außenminister Shimon Peres am 12. Dezember 1994 mit einer Tafel mit der Aufschrift „Peace“ (dt.: Frieden). Arafat und Peres erhielten 1994 gemeinsam mit dem israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin den Friedensnobelpreis.

Foto: picture alliance/Pressens Bild Scanpix AB

hin, die Verschlechterung des menschlichen Zustands zu bekämpfen“.¹⁸

Im Jahr 1994 besiegelten Prinz Hassans großer Freund Yitzhak Rabin und sein Bruder, der verstorbene König Hussein von Jordanien, in seinem Haus in der jordanischen Hauptstadt Amman den israelisch – jordanischen Friedensvertrag, der bis heute gilt. Hassans Urgroßvater war der Scharrif Hussein bin Ali, König von Hedschas und Hüter der heiligen muslimischen Schreine von Mekka und Medina. Nicht in tausend Jahren werden die bedauernswerten Straßenschläger der Hamas, die sich als muslimische Geistliche ausgeben wollen, jemals an das Wissen von Prinz Hassan über die ehrwürdigen Rechtstraditionen des Islams heranreichen, geschweige denn an seine Ausbildung in Oxford.

die Vergewaltigung und Ermordung der Juden in der Südukraine 1648/49 berüchtigt war. Genauso wie sie die Doktrin des europäischen Antisemitismus kopiert hat („Die Protokolle der Weisen von Zion“), hat die Hamas auch die Gräueltaten dieser Antisemiten gegen jüdische Frauen und Kinder nachgeahmt.

Die Vision der Hamas hat islamische Elemente mit den schlimmsten Formen des europäischen Antisemitismus vermischt. Mit der Ankündigung ihrer Aktionen haben die linksextremen Unterstützer der Hamas in Europa, wie Jean-Luc Mélenchon, und an US-Universitäten, wie Russel Rickford, lediglich bewiesen, worauf der französische Professor Pierre-André Taguieff schon vor über zwanzig Jahren hingewiesen hat: Die internationale Linke hat alte europäische antisemitische Entwürfe übernommen und sie in einem neuen pseudo-muslimischen Gewand neu verpackt. Sie vermarktet diese Ideen nun medial modern über Tik Tok und Instagram. Der Inhalt dieser Ideen ist jedoch eher ein Antisemitismus der alten Schule, den Europa erfunden hat.

Leider ist auch das heutige Judentum nicht vor ähnlich extremen nationalistischen Gefühlen gefeit. Seit 56 Jahren ist das israelische Judentum von einer parallelen Toxikologie bewegt, die sich in eine Religion verwandelt hat, in der bestimmte Teile die Unterwerfung der Palästinenserinnen und Palästinenser offen befürworten, ganz zu schweigen davon, dass sie offen zu deren ethnischer Säuberung aufrufen. Auch Jüdinnen und Juden muss bewusst sein, dass die derzeitige israelische Regierung unter Benjamin Netanjahu mit Ministern wie Itamar Ben Gvir und Bezalel Smotrich genau die Leute in ihren Reihen hat, die zuvor offen die ethnische Säuberung Palästinas gefordert haben. Ihre scheinbar religiösen Rituale und ihre Duldung von Angriffen religiöser israelischer Siedler auf Palästinenser im Westjordanland haben das Gefühl der Straffreiheit, das diese Siedler jetzt haben, nur noch verstärkt.

Dabei ist eine einfache Tatsache von größter Bedeutung. Sowohl nach dem jüdischen Recht (*Halacha*) als auch nach dem religiösen muslimischen Recht (*Scharia*) kann ein Zweck niemals ein Mittel heiligen, sodass ein vorsätzlicher Mord erlaubt wäre. In beiden religiösen Rechtssystemen ist die Aufhebung von Verboten nur erlaubt, um das menschliche Leben zu *schützen*, nicht um es zu *bedrohen*. So kann zum Beispiel das Fastengebot während des Ramadans oder des jüdischen Jom Kippurs für schwangere Frauen aufgehoben werden, weil die Gefahr einer Dehydrierung während



Bei ihren Aktionen am 7. Oktober hat die Hamas überhaupt nichts Islamisches ausgeführt. Vielmehr ahmte die Terrorgruppe alte antisemitische Taten in Europa nach, wie die von Bohdan Chmelnyzky, dem Befehlshaber des ukrainischen Kosakenaufstandes im 17. Jahrhundert, der für

18 Rede vom 2. April 2015, siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=uwNi9Gsk0As&t=747s> [Stand: 07.11.2023]. Nach der islamischen Scharia ist Hirabah (vom Wort „*Harb*“: Krieg) eine Rechtskategorie, die schweren Raub, Vergewaltigung und Terrorismus umfasst. Diese Verbrechen werden nicht nur als Verletzung von Personen angesehen, denen sie angetan werden, sondern auch als offener Angriff auf Staaten, sowohl auf den feindlichen als auch auf den eigenen Staat, wenn solche Verbrechen gegen andere Bürgerinnen und Bürger begangen werden, die demselben Staatswesen angehören. Der nächstliegende westliche Begriff ist dementsprechend „Kriegsverbrechen“.



INFO

Die Landeszentrale als überparteiliche Instanz möchte essentiellen Debatten ein Forum geben, indem sie verschiedene Stimmen zu Wort kommen lässt. Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.

Wollen Sie Ihre Meinung mit uns teilen?

Schreiben Sie dazu gerne unter:

landeszentrale@
blz.bayern.de

der Schwangerschaft bestehen könnte. Sowohl die Scharia als auch die Halacha zielen seit jeher darauf ab, die *Erweiterung* des Lebens zu ermöglichen – nicht seine *Einschränkung*.

Das Scheitern der politischen Führung

Ein Merkmal positiver Führung ist die Fähigkeit der Führungspersonlichkeit, über den Tellerrand der Gesellschaft hinauszublicken und diese dann allmählich in eine gute Richtung zu lenken. Im Idealfall nimmt die breite Basis der Gesellschaft diese Richtung dann allmählich an, so dass man im Nachhinein feststellt, dass es der Bevölkerung dadurch in der Gegenwart besser geht als in der Vergangenheit. Willy Brandts Ostpolitik oder Nelson Mandelas Ideale einer Regenbogennation für Südafrika verkörpern diese Art der Führung. Ein jüngeres Beispiel dafür ist der ehemalige kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos, der mit seiner monumentalen Leistung einen Kompromiss mit der Guerillagruppe FARC erzielte und so einen Bürgerkrieg beendete, der das Land 50 Jahre zerrissen hatte.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich die palästinensische Führung nicht weniger als dreimal geweigert, einen Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen. Im Jahr 1947, nach der Verabschiedung der von der UNO vorgeschlagenen Aufteilung des britischen Mandatsgebiets Palästina, erklärte die palästinensische Führung dem jüdischen Staat den Krieg. Im Jahr 2000 lehnte die palästinensische Führung die von US-Präsidenten Bill Clinton vorgeschlagenen Zwei-Staaten-Lösung ab und entfachte die so genannte Zweite Intifada. Schließlich nahm der palästinensische Präsident Mahmud Abbas 2008 im Rahmen des Friedensprozesses von Annapolis den Vorschlag des damaligen US-Präsidenten George Bush Jr., der sich weitgehend an Clintons Friedensplan für eine Zwei-Staaten-Lösung orientierte, nicht an, während der israelische Premierminister Ehud Olmert ihn akzeptierte.¹⁹

In allen drei Fällen unterstützte die absolute Mehrheit der internationalen Gemeinschaft genau diesen Friedensvorschlag, den die israelische Führung annahm und den die palästinensische Führung ablehnte. In zwei Fällen, 2000 und 2008, unterstützte sogar die Mehrheit der arabischen Welt den Frieden, der von den Palästinensern abgelehnt wurde.

19 Shlomo Ben-Ami: *Prophets Without Honor: The 2000 Camp David Summit and the End of the Two-State Solution*, Oxford 2022.

Bis heute sind die Vorschläge Clintons der kleinste gemeinsame Nenner eines möglichen Kompromisses zwischen Israel und den Palästinensern für eine mögliche Zweistaatenlösung. Sie sehen vor, dass Palästina das gesamte Territorium, d.h. das Westjordanland, den Gazastreifen und Ostjerusalem, zurückerhält, einschließlich der Teilung der Altstadt von Jerusalem, mit dem Tempelberg unter palästinensischer Herrschaft und der Klage-mauer unter israelischer Herrschaft. Die palästinensischen Flüchtlinge aus früheren Kriegen (1948, 1967) sollen bei dieser Lösung nicht nach Israel zurückkehren. Im Dezember 2000 lehnte Arafat diesen Plan deshalb ab. Für Israel bedeutet eine Zwei-Staaten-Lösung das, was sie seit der von der UNO vorgeschlagenen Teilung im Jahr 1947 immer bedeutet hatte: Es soll einen Staat für die Araber und einen anderen für die Juden geben. Arafat wollte eine Lösung, bei der ein Staat (Palästina) für Araber und der andere Staat bi-national – sowohl für Araber als auch für Juden – angelegt wäre. Weder Clinton, noch Israel, noch der Großteil der arabischen Welt konnten diese palästinensische Vision akzeptieren.²⁰

Nachdem Arafat im Dezember 2000 die Vorschläge Clintons für den Frieden abgelehnt und Israel sie akzeptiert hatte, warf der saudische Botschafter in Washington, Emir Bandar Bin Sutan, Arafat offen vor, „sowohl sein palästinensisches Volk als auch die muslimische Welt insgesamt zu verraten“.²¹

Israel hat Friedensverträge mit Ägypten, Jordanien, Bahrain, Oman, Marokko und den Vereinigten Arabischen Emiraten geschlossen. Im Falle des ägyptischen und jordanischen Friedensvertrags zog sich Israel aus großen Teilen des Landes zurück, das es zuvor erobert hatte. Wie Yuval Noah Harari festgestellt hat, waren der Zeitpunkt des Angriffs der Hamas und die absichtliche Grausamkeit, mit der Frauen und Kinder in der Zivilbevölkerung verletzt und getötet wurden, nicht zufällig. Als das saudi-israelische Friedensabkommen offiziell zur Unterzeichnung auf dem Tisch lag, geriet die Hamas in die erkenntnistheoretische Enge.²² Hätte

20 Ebd., S. 89-107.

21 Elsa Walsh: *The Prince*, in: *The New Yorker* v. 16.03.2023, <https://www.newyorker.com/magazine/2003/03/24/the-prince-3> [Stand: 07.11.2023].

22 S. Yuval Noah Harari bei CNN Amanpour: „Das Ziel der Hamas war es, jede Chance auf Frieden zu zerstören“, *CNN International* v. 12.10.2023, <https://www.youtube.com/watch?v=8dtdlWLP7o8t=463s> [Stand: 13.11.2023].

Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton und der saudische Prinz Bandar im Gespräch, aufgenommen in Marokko 2002
Foto: picture alliance/dpa/epa afp Fedouac



Saudi-Arabien – der offizielle Hüter der heiligen Stätten des Islams in Mekka und Medina – einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet, wäre die gesamte pseudo-islamische Statur der Hamas in die Knie gegangen. Wer hätte akzeptiert, dass die abscheuliche Version der Hamas der wahre Islam ist, wenn die offiziellen Hüter der heiligen Stätten des Islam sich für den Frieden entschieden haben? Die Hamas brauchte dringend den Hass der Israelis, der nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit Saudi-Arabien sicherlich geringer geworden wäre.

Natürlich hat es auch in Israel nicht an schlechter Führung gefehlt. In den über dreißig Jahren seit seinem Eintritt in die israelische Politik hat Benjamin Netanjahu dem jüdischen Nationalstaat mehr Schaden zugefügt als jeder andere Führer in der 75-jährigen Geschichte des Landes. Tatsächlich haben mehrere intelligente Stimmen die kranke Symbiose zwischen der Vision der Hamas von einem ewigen Krieg gegen die Juden und Netanjahus Vision von einer nie endenden Konfrontation mit den Palästinensern festgestellt. Der arabische Journalist Nadim Koteich hat in der bedeutenden saudischen Zeitung Asharq al-Awsat dieses kombinierte Führungsversagen hervorragend auf den Punkt gebracht:

„[...] Ich glaube, dass der Krieg mit seinen schrecklichen Gräueln auf beiden Seiten die Dringlichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung neu entfacht hat. [...] Diese Lösung erfordert die Niederlage von Benjamin Netanjahu und seiner Allianz, der extremsten in der Geschichte Israels, und die Niederlage der Hamas, deren Herrschaft seit 2006 die Palästinenser in die Hölle geführt hat, in der sie sich jetzt befinden.“²³

Fazit – Ein kleiner Hoffnungsschimmer

Ein solcher Artikel von Koteich wäre vor nur einem Jahrzehnt niemals in der führenden saudischen Zeitung erschienen. Er wäre vor einem halben Jahrhundert nicht einmal denkbar gewesen, als Saudi-Arabien sich bei Ägypten darüber beklagte, dass es 1978 den Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet hatte. Und doch hat die saudische Regierung im Jahr 2021 den ersten Rabbiner des Königreichs in Saudi-Arabien eingesetzt und ihn gebeten, sich um die religiösen Bedürfnisse der orthodoxen Juden zu kümmern, die aus dem Ausland kommen, um dort zu arbeiten.²⁴ Bereits Anfang 2020 begab sich der führende saudische muslimische Geistliche Scheich Muhammad bin Abdul Karim Issa auf den staatlich geförderten Besuch seines Landes in Auschwitz. In internen Interviews gestand der Scheich später, dass er sich vor den Krematorien in Birkenau dabei ertappte, wie er unbeabsichtigt das muslimische Gebet für die Erhöhung der Seelen dieser toten Kinder Abrahams sprach.²⁵

Die Konturen der Regelung für die Zeit nach dem Gaza-Krieg, die sich langsam abzeichnen, würden den Rahmen dieses Artikels sprengen. Um erfolgreich zu sein, muss sie die drei hier besprochenen Problemfelder lösen. Am schwierigsten und am langwierigsten wird es sein, die oben beschriebenen

23 Nadim Koteich: *To Avoid Being Taken Hostage By 'The Palestinian Cause' Once Again*, in: Asharq al-Awsat v. 31.10.2023, <https://english.aawsat.com/opinion/4639481-avoid-being-taken-hostage-%E2%80%9B-cause%E2%80%99-once-again> [Stand: 07.11.2023].

24 <https://rabbihertzog.com/> [Stand: 13.11.2023].

25 Mohammed Al-Issa: *Opinion: I was the most senior Islamic leader to visit Auschwitz. Here's what I know about peace*, in: CNN World News v. 04.07.2023, <https://edition.cnn.com/2023/07/04/opinions/sheikh-islamic-leader-auschwitz-peace-issa/index.html> [Stand: 13.11.2023].

Mohammad Al-Issa, Generalsekretär der Muslimischen Weltliga, und David Harris, CEO des American Jewish Committees (AJC), besuchen am 23. Januar 2020 gemeinsam das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Foto: picture alliance/REUTERS/ Fotograf: Kacper Pempel



Fehler in der Menschlichkeit und in der Religion zu korrigieren. Aber eine viel unmittelbarere Neukalibrierung, die wesentlich früher erreicht werden könnte, betrifft die Führungsstrukturen. Es ist an der Zeit, den Vorhang für die Ära Netanjahu, Mahmoud Abbas und die Hamas fallen zu lassen. Palästinenser und Israelis haben Besseres verdient. Glücklicherweise denken einige weitsichtige Menschen in

Riad, Washington, Kairo und Amman auf diese Weise. Was für ein zusätzlicher Segen wäre es, wenn sie ihren Kopf drehen und Menschen in Berlin, Brüssel, Paris und Stockholm sehen würden, die ihnen den Rücken stärken. Zweifellos werden sie auch gegen Russland antreten müssen, das sicherlich nicht mitspielen wird – jetzt, wo es sich mit dem Iran und Nordkorea verbündet hat. 🌑



ANGEBOTE DER BLZ ZU DEN THEMEN ISRAEL UND NAHOSTKONFLIKT, ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS



Bestellnummer: 05811207

Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern sowie seinen arabischen Nachbarn hält seit Jahrzehnten mit Kriegen, Besatzung und Gewalt die Welt in Atem. Muriel Asseburg und Jan Busse zeichnen seine Geschichte nach, beschreiben die wichtigsten Streitpunkte – von Jerusalem über den Zugang zu Wasser bis zum Grenzverlauf – und erklären, warum der Krisenherd trotz internationaler Vermittlung nicht zur Ruhe kommt.



Bestellnummer: 05811157

Auf sieben Plakaten werden anschaulich bedeutende Gruppen der israelischen Gesellschaft vorgestellt – die Spannweite reicht vom Militär über (Ultra-)Orthodoxe, arabische Israelis und Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion bis zu den ursprünglich aus Äthiopien stammenden „Beta Israel“ und der LGBTIQ-Szene. In Verbindung mit ergänzenden Hörtexten sowie den diskursiven Beiträgen des verbundenen Youtube-Kanals *Ask an Israeli, ask an Palestinian* eignen sie sich nicht nur zur Wissensvermittlung sondern auch als Diskussionsgrundlage.

THEMENFORUM ANTISEMITISMUS



<https://www.blz.bayern.de/antisemitismus.html>

In diesem Themenforum, einem gemeinsamen Projekt der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, soll nicht nur deutlich werden, wo und in welcher Form Antisemitismus auftaucht, sondern auch, wie Jüdinnen und Juden selbst Antisemitismus heute erleben und wie sie damit umgehen. Dabei soll eine Plattform entstehen, auf der auch Vorschläge und Ideen gesammelt werden, wie die Gesellschaft dem Antisemitismus entgegentreten kann.

THEMENFORUM JÜDISCHES LEBEN



<https://www.blz.bayern.de/juedisches-leben-in-deutschland.html>

Gemeinsam mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, MdL, will die BLZ mit diesem Themenforum jüdisches Leben in Bayern und Deutschland sichtbar machen. Jüdinnen und Juden aus den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Literatur, Kunst, Fernsehen und Musik sollen in Form von Essays und Interviews zu Wort kommen und einen Einblick in jüdische Traditionen und Kultur sowie in die Vielfalt jüdischer Identitäten, die individuell ganz unterschiedlich gefasst werden, geben.



https://www.blz.bayern.de/juedisches-leben_zfp_24.html

Das Judentum ist die älteste und kleinste Weltreligion. Weltweit gibt es 14,7 Millionen Jüdinnen und Juden, davon leben etwa 100.000 in Deutschland. Zusammen mit Rodion, einem Münchner, der sich stark in der jüdischen Gemeinde engagiert, besucht Moderatorin Joanna eine Synagoge und eine jüdische WG im Moische Haus. Sie lernt einige wichtige Gebräuche und Grundbegriffe des Judentums kennen.

Das Thema Antisemitismus in Deutschland wird in der Folge im Gespräch mit der Autorin Lena Gorelik behandelt: Laut einer repräsentativen Umfrage, die 2019 im Auftrag des jüdischen Weltkongresses durchgeführt wurde, hegt jeder vierte Deutsche antisemitische Gedanken. Antisemitische Straftaten haben in Deutschland und Bayern in den vergangenen Jahren stark zugenommen.



Bestellnummer: 05811200

Warum sehen Menschen unterschiedlich aus? Wie erkennt man Rassismus? Und warum ist es wichtig, dass wir darüber sprechen? Unter mehr als 45 Klappen finden Kinder ab ca. vier Jahren in diesem liebevoll und kindgerecht illustrierten Buch die Antworten auf diese und andere wichtige Fragen zu Rassismus, Toleranz und Inklusion – einfach und verständlich erklärt.



Bestellnummer: 05811144

Das Magazin ganz konkret gegen Rassismus richtet sich an Jugendliche ab 13 Jahren und versammelt Informationen als auch Perspektiven von zahlreichen Personen rund um das Thema Rassismus; zudem sind im Heft ein Comic zur Problematik Kolonialismus, ein Quiz rund um das Thema Diversität als auch eine Stickerbeilage zu finden.



Bestellnummer: 05811176

Kinder, die in Europa aufwachsen, kennen Krieg meist nur aus Geschichten und von Bildern. Das, was sie darüber erfahren, macht ihnen oft Angst. Dann fragen sie sich: Bin ich selbst auch in Gefahr? Was ist Terrorismus? Und warum gibt es überhaupt Soldaten? Die Publikation erklärt den Unterschied zwischen Streit und Krieg und welche Auswirkungen gewaltsame Konflikte haben können. Das Bilderbuch zeigt aber auch, dass sich viele Menschen auf der ganzen Welt für Frieden einsetzen.

[INTERVIEW]

„ICH HOFFE, DASS ÜBER DIESEN BRAND, SO KLEIN ODER SO GROSS ER SEIN WIRD, AUCH DIESES GESCHUNDENE LAND, DAS DAS HEILIGE GENANNT IST, EINE ZUKUNFT HAT.“

INTERVIEW MIT BAYERNS ANTISEMITISMUSBEAUFTRAGTEM DR. LUDWIG SPAENLE ZUM TERRORANSCHLAG AUF ISRAEL AM 7. OKTOBER 2023 UND DESSEN FOLGEN

Zur Person

DR. LUDWIG SPAENLE
ist Historiker und Theologe



Dr. Ludwig Spaenle
Foto: Fotostudio
Liebhart

geboren 1961 in München, Abitur 1980, Studium der Geschichte und kath. Theologie an der Ludwig Maximilian Universität München, Magister Artium 1985, Dr. phil. 1989, Arbeiter bei der Deutschen Bundesbahn 1979-1990, ab 1990 Fernsehredakteur beim Bayerischen Rundfunk, von 1994 bis 2018 und erneut seit 2019 bis 2023 Mitglied des Bayerischen Landtags, von 2008 bis 2013 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, von 2013 bis 2018 Bayerischer Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, seit 2018 Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, 2019 Co-Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten

30. Oktober 2023: Vor rund drei Wochen wurde Israel von der Hamas überfallen. Etwa 1.400 Israelis wurden getötet, über 200 Geiseln wurden verschleppt. Wenige Tage danach wehrt sich Israel mit einer Bodenoffensive. In Israel und Gaza herrscht Krieg. Nach wie vor haben viele Menschen die Sorge, dass sich der Krieg zu einem Flächenbrand im Nahen Osten ausweiten könnte. In vielen Ländern herrscht Solidarität mit Israel, aber es finden auch antiisraelische und antisemitische Kundgebungen statt, bei denen ein großes Maß an verbaler und physischer Gewalt zutage tritt. Die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 werden auch, wie z.B. in einer Überschrift in der Zeitung Jüdische Allgemeine, als „Israels 9/11“ bezeichnet.

Herr Dr. Spaenle, was haben Sie gedacht, als Sie von dem Terroranschlag erfahren haben? Wie schnell wurde Ihnen die neue Qualität der Gewalt bewusst?

Dr. Spaenle: Zunächst war es wirklich unglaublich, was geschah. Es hat natürlich einige Zeit gedauert, bis die Dimension des Anschlags der Hamas erkennbar war. Vor allem die Tatsache, dass Israel Angriffe aus dem gesamten Gazastreifen zu gewärtigen hatte, auch von Norden und von Osten, und dass es an dieser empfindlichen Stelle sicherheitstechnisch nicht vorbereitet war, hat sehr schnell deutlich gemacht, dass es sich hier um einen einmaligen Vorgang handelt.

Hat Israel in dieser Situation richtig reagiert?

Dr. Spaenle: Wir müssen festhalten, dass die Sicherheitsvorkehrungen Israels für eine solche Bedrohung nicht ausreichend waren – die Grenzposten waren offenbar nur spärlich besetzt. Die Wahl des Feiertags war sicher strategisch durch die Terroristen erfolgt. Sie hatte eine inhaltliche und eine symbolische Bedeutung.

Die strategische Vorbereitung des Anschlags wie auch die technischen Optionen, zum Beispiel die Ausschaltung der digitalen Grenzüberwachung, auch der Einsatz von Drohnen, zeigen, dass von den Aggressoren ein generalstabsmäßig ganz großer Plan in Umsetzung gebracht wurde. Israel hat dann völlig richtig reagiert.

Es handelt sich um einen Genozid, das muss man deutlich sagen – einen Massenmord an Juden. Und dass sich ein souveräner Staat gegen einen solchen Terrorangriff zur Wehr setzt, ist völkerrechtlich legitim. Die Gegenwehr ist auch moralisch vertretbar. Es herrscht Angst in Israel!

Können Sie einschätzen, wie die jüdischen Gemeinden in Bayern die momentane Lage in Israel bewerten?

Dr. Spaenle: Zunächst sind es formale Dinge, die man betrachten muss: Z.B. konnten Sportveranstaltungen aufgrund von Drohungen nicht mehr stattfinden. Interessanterweise geschah dies in München bei einem Fall nicht gegenüber dem jüdischen Sportverein Maccabi, sondern gegenüber dem muslimischen Trainer einer anderen Mannschaft. Das Jüdische Museum in München nahm aus Sicherheitsgründen nicht an der „Langen Nacht der Museen“ teil; das Jüdische Museum in Augsburg hatte mehrere Tage geschlossen. Die jüdischen Gemeinden überlegten, ihren Kernbetrieb, auch Gottesdienste und Veranstaltungen, auszusetzen.

Das ist die eine Seite, wie Jüdinnen und Juden betroffen sind. Die zweite ist die massive Betroffenheit der Menschen in Bayern – auf einer ganz persönlichen Ebene, weil die Beziehungen nach Israel sehr, sehr intensiv sind. Sie merken zum Beispiel am Standort München, wie dicht das Netz der Beziehungen nicht nur aus der jüdischen Community nach Israel ist. Die dritte Seite ist die Betroffenheit vor Ort über die explosionsartige Form von Judenhass, die hier aufflammt. Viertens ist – und das macht mich persönlich sehr sensibel – Deutschland zum Rückzugsraum für israelische Familien geworden. Der Ort, der Sicherheit auf dem Erdball für jüdische Menschen gewährleisten sollte – nämlich Israel – ist im Moment ein Ort, der verlassen wird. Und diejenigen, die diesen Ort verlassen, suchen Schutz in Deutschland, sicher auch in anderen Ländern. Die Folge: Die jüdischen Gemeinden stehen wieder einmal vor großen Integrationsaufgaben – vergleichbar mit den Ereignissen, die nach dem Beginn des Ukraine-Krieges zu leisten waren.



HÖRTIPP

Ein ausführliches Interview mit Dr. Ludwig Spaenle zu diesem Thema können Sie sich hier anhören:

www.blz.bayern.de/meldung/hoersaal-ep.html



Ohel-Jakob-Synagoge (r.) und Stadtmuseum (l.) auf dem St.-Jakobs-Platz in München
Foto: Süddeutsche Zeitung
Photo/Fotografin: Catherina Hess



Infotafel am Vereinsheim des TSV Maccabi, München, Oktober 2023
Foto: Süddeutsche Zeitung
Photo/Fotograf: Leonhard Simon



Muslimen – und zwar nicht nur Islamisten – tragen den Konflikt nach Deutschland und nach Bayern hinein. Im Umfeld der propalästinensischen Aktionen und Demos bei uns gab es Gewaltübergriffe. Wie kann und soll der deutsche Rechtsstaat reagieren? Wie steht es um den Konflikt zwischen Meinungsfreiheit und problematischen Aufrufen zur Aggression?

Dr. Spaenle: Zunächst einmal geht es wirklich um den Kernkonflikt der Meinungs- und der

Versammlungsfreiheit gegenüber dem, was dann strafrechtlich zu verfolgen ist. Es geht um entsprechende Symbole, aber natürlich auch um Vorfälle, bei denen sogar das Thema der Vernichtung Israels in seiner Staatlichkeit zur Sprache kommt oder jüdische Menschen bedroht werden, gleich ob Israelis oder Jüdinnen und Juden anderer Nationalität bzw. natürlich auch deutsche Bürger und Bürgerinnen jüdischen Glaubens. Hier ist eine schmale Linie zu finden.

Ich will es am Ort München deutlich machen: Am Montag nach dem schrecklichen Angriff gab es eine Solidaritätsveranstaltung zugunsten Israels am Odeonsplatz im Herzen der Stadt. In der innersten Herzkammer der Stadt, nämlich vor dem Rathaus, fand am gleichen Tag eine Veranstaltung statt, auf der pro Palästina demonstriert wurde, was zunächst natürlich völlig zulässig ist. Aber letztere ist dann sehr schnell eskaliert. Dort gab es Hassäußerungen, die mit der Vernichtung Israels zu tun haben, bis hin zur Verherrlichung des Hamas-Terrors. Und da ist für Bayern und Deutschland eine ganz klare Grenze zu ziehen – in solchen Fällen werden Freiheitsrechte missbraucht.

Hier hat der Rechtsstaat seine Aufgabe zu erfüllen: Auf der einen Seite mit Verboten weiterer Veranstaltungen – die dann wiederum im Einzelfall durch das Verwaltungsgericht aufgehoben wurden. Auf der anderen Seite sind aber alle Äußerungen zu verfolgen, die keine friedliche Wahrnehmung der Meinungsfreiheit bedeuten, sondern die Verherrlichung und Billigung von Massenmord und Genozid sowie von Terror, das Anzweifeln der Staatlichkeit Israels oder die Beschimpfung von Juden vom Rechtsstaat. Das sind sich die deutsche Gesellschaft und unser Rechtssystem schuldig. Da geht es darum, dass das Grundrecht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausgeübt werden kann, dass aber Tatbestände, die ganz bewusst in Deutschland strafrechtlich geahndet werden, wie z. B. Volksverhetzung, verfolgt werden.

Vor diesem Hintergrund der historischen Sondersituation ist die Durchsetzung des Rechtsstaates die ganz besondere Eigenverpflichtung unserer Gemeinschaft. Hier geht es um unsere Verantwortung für jüdisches Leben in Deutschland und für die Existenz Israels.

Sie sprachen davon, dass Bayern, auch Deutschland, zu einem Rückzugsort für israelische Familien geworden sei. Kann hier der Schutz der Jüdinnen und Juden angesichts der sich abzeichnenden Gewaltübergriffe in Deutschland überhaupt sichergestellt werden?

Dr. Spaenle: Die Herstellung der Sicherheit im Inneren wie im Äußerer ist Kernaufgabe staatlichen Handelns – für alle Bürgerinnen und Bürger, gleich welcher Weltanschauung, Herkunft, Religion etc. Und das ist jetzt gefordert. Ich kann das nur für Bayern beurteilen und darf der bayerischen Polizei vom Streifenbeamten bis zur politischen Führung für das Geleistete danken. Hier wird wirklich mit massivem Einsatz diese Sicherheit gewährleistet.



Alle widerwärtigen, sich leider jetzt in vielfacher Form zeigenden Delikte, die mit Juden Hass und Antisemitismus zu tun haben, sind konsequent zu verfolgen. Der Bayerische Justizminister wie auch die Justizministerkonferenz haben Vorschläge unterbreitet, wie das Strafrecht, insbesondere was Volksverhetzung angeht, weiterentwickelt werden soll. Die bayerischen Staatsanwaltschaften sind im engen Austausch mit dem Justizminister. Hier hat erst jüngst ein Fachgespräch zwischen den drei Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften und den Verantwortlichen im Ministerium stattgefunden. Was man wissen muss: Bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften sind Fachbeauftragte tätig, die für antisemitische Straftaten sensibilisiert sind und im ständigen unmittelbaren Austausch mit der jüdischen Gemeinschaft stehen. Das ist mir sehr wichtig.

Die strafrechtliche Verfolgung dieser Ereignisse ist das eine, das andere ist, was sich in der Gesellschaft tut. Für viele war überraschend – und schockierend, dass sich die Fridays-for-Future-Bewegung mit ihrer prominenten Ikone Greta Thunberg hinter die „Free Palestine“- Idee gestellt hat. Wie schätzen Sie das Potenzial ein, dass da gerade junge Menschen auch zu anti-israelischen Haltungen animiert werden?

Dr. Spaenle: Ich würde das weniger an einer Generationenfrage festmachen. Ich musste in den fünf Jahren meiner Tätigkeit als Antisemitismusbeauftragter leider feststellen, wie dünn der

Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz am Montag nach den Anschlägen in Israel, 9. Oktober 2023. Ca. 200-300 Menschen skandieren „From the river to the sea, Palestine will be free.“ Auf die Rathausfassade wird von der Stadt die israelische Fahne projiziert. Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Thomas Vonier

Schutzschirm gegenüber antisemitischem Denken und Handeln in der Gesellschaft ist. Diese Einstellungen ziehen sich quer durch die Gesellschaft und haben nichts mit einer kritischen Haltung zu tun. Natürlich ist es erlaubt und völlig normal, zu jedem politischen und auch militärischen Handeln eines Staates eine kritische Meinung einzunehmen.

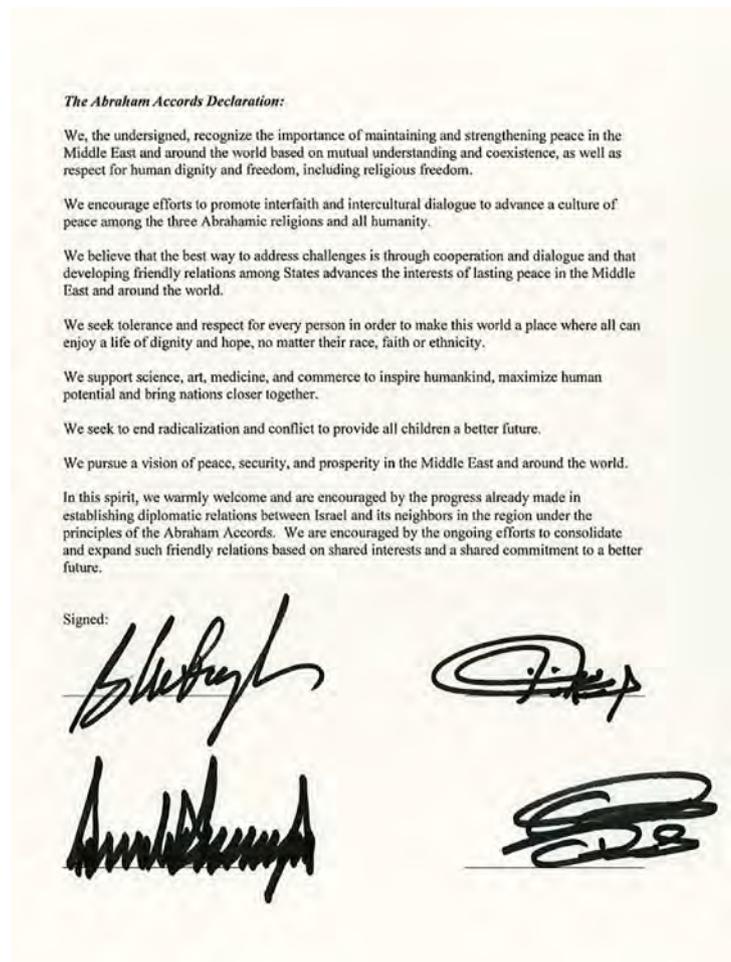
Aber wir sehen, was Israel angeht, in der Öffentlichkeit nicht nur vielfach äußerst negative Wahrnehmungen, sondern die uralten Muster des Judenhasses und alter Vorurteile, die ganz schnell wieder da sind. Wenn eine große Jugendbewegung, die international politisch durchaus Relevanz besitzt, sich eindimensional diesen israelfeindlichen und bis in antisemitische Richtungen kippenden Argumenten anschließt, dann ist das sehr gefährlich. Deswegen kamen Aufforderungen an die in Deutschland Aktiven, sich von Thunbergs Aussagen zu distanzieren. Und das ist ja Gott sei Dank mittlerweile deutlich geschehen. Die politische Leitfigur der Bewegung muss mit Blick auf ihre Aussagen zu Israel extrem kritisch hinterfragt werden.

Das gilt aber auch für jeden, der sich über normale Israelkritik hinaus, die auch jetzt erlaubt sein muss, positioniert. Die Frage nach der Dimension von militärischen Maßnahmen ist selbstverständlich erlaubt, ebenso die Fragen nach der Situation der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und ihrer Versorgung mit lebenswichtigen Gütern. Wenn es aber um israelbezogenen Hass geht oder darum, Israel generell in Frage zu stellen, werden die Grenzen des Erlaubten überschritten. Dann wird eine Täter-Opfer-Umkehr vollzogen, die ganz klassische Muster bedient. Wer solche Äußerungen tut, dem müssen wir ganz grundsätzlich Fragen zu seinem Demokratieverständnis stellen.

Man hat das Gefühl, dass im Sog der Ereignisse Menschen in der Öffentlichkeit wieder leichter antisemitische Äußerungen tätigen. Kommt hier etwas Neues auf oder werden alte antisemitische Haltungen, die immer da waren, wieder aktiviert und „ermutigt“?

Dr. Spaenle: Ich glaube, dass leider beides der Fall ist. Der Überfall auf Israel am 7. Oktober ist nicht einfach ein Gewaltexzess einer terroristischen Gruppe an einem höchst verletzlichen Ort irgendwo auf der Welt. Diese Aggression ist Teil eines ganz großen strategischen Plans. Betrachten Sie allein den Zeitpunkt, die Wahl des Feiertags, genau 50 Jahre nach dem Beginn des Jom-Kippur-Kriegs. Beziehen Sie die „Abraham-Contracts“ mit ein, also

die Verträge Israels, die das Aufeinander-Zugehen zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten belegen: Das waren bisher zwar wichtige Schritte, aber der „Gamechanger“ hatte gefehlt.



Diese strategisch geplante Gewalt-Explosion einmaligen Ausmaßes an Unmenschlichkeit, diese unbeschreiblichen Szenen erinnern an das Schlimmste, was Juden geschah, nämlich an den Holocaust. Der Anschlag und die Reaktion Israels bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung zwischen den Staaten im Nahen Osten. In der Folge wurde die Annäherung zwischen einem der ganz großen Partner im Raum, nämlich Saudi-Arabien, und Israel, auf Eis gelegt. Genau das war das strategische Ziel der Terroristen – und überdies natürlich der Versuch, die Situation im Nahen Osten und im östlichen Mittelmeerraum zugunsten eines Players zu verändern – nämlich zugunsten des Iran. Vielleicht wirken im Hintergrund Trittbrettfahrer

Das Dokument des sog. Abraham-Abkommens vom 15. September 2020
Abbildung: תיבה ובלה, <https://edition.cnn.com/2020/09/15/politics/israel-uae-abraham-accords-documents/index.html>, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=94351566> [Stand: 20.11.2023]



noch üblerer Art, z.B. Putin, mit. Jedenfalls handelt es sich nicht um ein isoliertes Geschehen; sondern das hat dramatische Auswirkungen sowohl auf den jüdischen Staat selbst als auch auf die weltweite jüdische Community, aber auch auf jeden einzelnen und jeden einzelnen politischen Player, wenn man so will, auf diesem Globus.

Neu aufkommender Antisemitismus schlägt sich in der steigenden Anzahl antisemitischer Straftaten im Alltag nieder. Welche Möglichkeiten erkennen Sie, den wachsenden Antisemitismus in Bayern, in Deutschland anzugehen und zu überwinden?

Dr. Spaenle: Wir versuchen seit Jahrzehnten mit Erziehung, Bildung, Strafrecht, politischem Handeln in Deutschland klar Position zu beziehen und judenfeindlichen Äußerungen in unserem Land Herr zu werden.

Wir wissen, dass das ist nicht allein ein deutsches Phänomen ist. Ich denke, dass jetzt der Zeitpunkt ist, für Klarheit zu sorgen und konsequent zu handeln. Es gibt einen Vorschlag, den ich für Bayern unterbreitet habe: nämlich den Schutz jüdischen Lebens als ein Staatsziel zu formulieren, wie es schon in verschiedenen Bundesländern der Fall ist und auch in weiteren Ländern derzeit diskutiert wird. Ein solches Staatsziel bedeutet eine Art

Commitment unserer staatlichen Gemeinschaft und hat Auswirkungen auf öffentliches Handeln. Es bedarf dazu aber der Vorbereitung. Wir müssen in der Zivilgesellschaft die Information und auch die Debatte über jüdisches Leben anstoßen. In Bayern z.B. beschäftigen sich Organisationen und auch der Staat mit der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken;¹ Freistaat und kommunale Spitzenverbände haben diese angenommen. In vielen Kommunen wurden Beschlüsse in diese Richtung gefasst – bisweilen von der Blickrichtung her breiter gefasst etwa mit Ausweitung auf Rassismus. Wir müssen aber noch weitergehen. Wir haben die Zivilgesellschaft motiviert, sich auseinanderzusetzen, die Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, die Wirtschaft bis in den Bereich der Ehrenamtlichen, die Sportverbände und bayerischen Schützen und so weiter. Zudem müssen wir z. B. das Thema BDS

Demonstrierende mit Plakat und rotem Schriftzug „BDS“ („Boycott, Divestment and Sanctions“), am 4. November 2023 in Berlin
Foto: Süd-deutsche Zeitung
Photo: IPON/
Fotograf: Stefan Boness

1 „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen“, <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/Webs/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/ihra-definition/ihra-definition-node.html> [Stand: 20.11.2023].



Trauer an der Seite Israels: Auf dem St.-Jakobs-Platz in München sind am 12. Oktober 2023 über 3.000 Menschen vor der Synagoge zusammengekommen, um an der Seite Israels der Toten zu gedenken und gemeinsam zu beten. Im Bild (v. l. n. r.): Ilse Aigner, MdL, Präsidentin des Bayerischen Landtages, Reinhard Kardinal Marx, Erzbischof von München und Freising, Kultusminister Michael Piazzolo, Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern; Markus Söder, MdL, Bayerischer Ministerpräsident, Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Erzpriester Apostolos Malamoussis, Griechisch-Orthodoxe Kirche, München
Foto: Süddeutsche Zeitung
Photo/Fotograf: Thomas Vonier

[„Boycott, Divestment and Sanctions“, Anm. d. Red.] stärker angehen und hier zu Verboten kommen. BDS gehört zu den gesellschaftlichen Phänomenen, die aus dem anglo-amerikanischen Raum kommen und auf die Bekämpfung Israels abzielen.

Wir müssen den Israelis und Israel zur Seite stehen. Wir müssen israelischen Familien hier einen Rückzugsraum anbieten, aber strukturiert und organisiert, mit Optionen der Begleitung. Die Bayerische Stiftung für Jugendaustausch arbeitet an Angeboten für israelische junge Menschen, dass sie jetzt zu uns kommen können. Es gibt darüber hinaus eine ganze Liste von Punkten, die man konkret angehen kann – gesellschaftlich und staatlich. Ich habe dazu ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt.

Die Aufgabe Antisemitismus zu bekämpfen, ist in Deutschland und in Bayern eine Herkulesaufgabe, die sich sicher nicht in ein paar Jahren lösen lässt, sondern die lange Anstrengung erfordert?

Dr. Spaenle: Antisemitismus ist nicht ausradierbar. Zu dieser Erkenntnis bin nicht nur ich gekommen. Aber das ist schon, wenn man sich, wie ich, jetzt

seit fünf Jahren mit vielen Mitstreitern und Mitstreiterinnen in dem Feld engagiert, eine bittere Erkenntnis. Antisemitismus ist ein Ursubstrat des kollektiven Gedächtnisses der Menschheit. Wahrscheinlich ist der Antisemitismus eine der ältesten Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wir müssen uns dieser Situation nicht nur aus unserem historischen Auftrag heraus entgegenstellen. Dieser Kampf gegen Antisemitismus ist ein grundsätzlicher. Das Staat muss hier im umfassendsten Sinne ein Bekenntnis ablegen. Die politische Klasse in Deutschland hat erkannt, dass Israel nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich zu wehren. Dieses starke *Commitment* der politischen Elite finde ich beruhigend.

Wir müssen aber mehr tun und auch die Frage gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit angehen. Auf Diskriminierung und Rassismus müssen wir mit intensiver Bildungsarbeit antworten. Dazu gehören die klassische Erinnerungsarbeit, aber auch das Wissen um die jüdischen Wurzeln unserer Geschichte. Es muss weitergehen mit einem zeitgemäßen Verhältnis zu Israel. Es lohnt sich, mit

Israel in engem Austausch zu sein. Ich glaube, dass die Anbindung Israels an die westliche Welt noch intensiviert werden muss. Das ist auch ein Stück Bringschuld, denn wenn irgendwo die Freiheit und Demokratie jetzt verteidigt werden, dann ist es jetzt am Jordan.

Sie hatten angedeutet, dass Israel-Kritik manchmal als eine Art Deckmantel benutzt wird, um antisemitische oder antiisraelische Haltungen zu äußern. Wie kann man denn unterscheiden, wo die Grenze verläuft? In den Schulen zum Beispiel stehen Lehrkräfte tagtäglich vor der Aufgabe, erhitzte Diskussionen unter Schülerinnen und Schülern zu moderieren. Welche Unterscheidungskriterien geben Sie Ihnen an die Hand?

Dr. Spaenle: Für einen Betrachter, der sich mit dem Thema beschäftigt, sind die Bilder des 7. Oktobers dramatisch schlimm und grausam. Das sind natürlich auch die Bilder, die uns jetzt aus dem Gaza-Streifen erreichen und uns noch weiter erreichen werden. Sie haben eine ähnliche emotionale Wirkung. Insofern ist es zentral, qualifizierte Informationen über den Terroranschlag auf Israel zur Verfügung zu stellen. Es ist eine Tatsache, dass Israel eine funktionierende Demokratie ist. Diese tut sich mit ihrer eigenen Verfassung im Moment etwas schwer. Aber die Gesellschaft dort steht in einem intensiven demokratischen Diskurs. Es ist wert, sich der Entwicklung in besonderer Weise anzunehmen und dabei zu erkennen, dass es viele unberechtigte Vorwürfe gegenüber dem Staat Israel gibt.

So wird behauptet und unterstellt, dass Israel keine völkerrechtlich fundierte Existenzbasis habe, dass Israel – alles in Anführungsstrichen – wiederum das „Produkt oder das Tool des Weltjudentums“ sei. Lehrkräfte müssen deutlich machen, dass solche Aussagen im ganzen Kosmos der Verschwörungsmymen und Verschwörungstheorien eingebettet sind, und müssen diesen Theorien mit klaren Informationen entgegentreten. Israel wird mit vielen Aussagen delegitimiert und dämonisiert. Mit Blick auf die Bewertung Israels und das Handeln anderer Staaten werden von Kritikern Israels unterschiedliche Standards angewandt. Wenn zum Beispiel ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs existiert, dass bei der Einfuhr von Produkten aus der Westbank in die EU diese noch einmal eigens zu deklarieren sind, dann müsste dies konsequenterweise auch bei Produkten aus einem Teil Zyperns geschehen. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass Israel als Staat anders behandelt wird – hier verläuft

die von mir schon angesprochene Trennlinie. Immer dann, wenn bei Vorwürfen der Begriff „Israel“ durch den Begriff „Juden“ ersetzt werden kann, sind wir mittendrin im Antisemitismus.

Mit einer Bereitschaft, sich jetzt einmal bedingungslos für Israel auszusprechen, stößt man sehr schnell auf Kritik und auf größte Zurückhaltung – das „Ja, aber“ ist da schon bequemer. Aber das darf mit Blick auf die Verantwortung Deutschlands für Israel sowie für Jüdinnen und Juden nicht sein. Hier ist unsere Solidarität gefragt, Solidaritätserwartungen und Realität klaffen hier leider weit auseinander.

Sind die Schulen aus ihrer Sicht ausreichend vorbereitet, um die Informationen zu geben, die nötig sind? Wir erleben ja, dass derzeit an vielen Schulen auch in Deutschland Auseinandersetzungen zwischen proisraelischen und propalästinensischen Anschauungen stattfinden.

Dr. Spaenle: Zunächst einmal ist es in einer solchen aktuellen Situation die Aufgabe von Schulen, zeitnah gute Informationen zu geben. Das ist auch möglich. Der Bayerische Kultusminister hat ja kurz nach den schrecklichen Ereignissen an alle Schulen eine solche Grundinformation gegeben, die durch die Fachbehörden weiter verstärkt wird. Natürlich gehe ich davon aus, dass die historische Dimension dessen, was Deutschland zu verantworten hat, und die besondere Beistandspflicht oder auch die Grundtatsache, dass die Beistandssituation für die Bundesrepublik konstitutiv ist, den jungen Menschen in den Schulen vermittelt wird.

Wir müssen uns auch mit Teilen der muslimischen Community beschäftigen, deren Affinität zu arabischen Partnerstaaten legitim ist. Aber die Frage ist auch hier, wo die Grenze verläuft und wo diese überschritten wird. Da haben Schulen und Lehrkräfte einen entsprechenden Auftrag, im Sinne des oben Gesagten klärend zu wirken. Da ist das Gebot der Stunde, dass man seriös informiert und Grundkonflikte erläutert. Das hat nichts damit zu tun, dass sich vielleicht einzelne Menschen in besonderer Weise solidarisch fühlen – mit wem auch immer. Diese vertiefenden Informationen bereitzustellen, ist Aufgabe der entsprechenden Behörden und Schulen. Ich weiß, dass das in allen Ländern in Deutschland zur Zeit geschieht und auf der anderen Seite eben die Grundinformation vermittelt wird, wie dieser Konflikt entstand, wie man das Geschehen bewerten kann usw. Genauso ist aber auch dringend notwendig, dass Dinge im antisemitischen Bereich wie Judenhass,



LESESTOFF



Existenzbedrohungen für Israel, die Verherrlichung des Hamas-Terrors etc. an den Schulen konsequent angegangen und verfolgt werden. Wir brauchen ein ganzes Bündel an Maßnahmen, das weiterentwickelt werden muss.

Helfen da solche Angebote, wie sie z.B. die Universität Würzburg in einem besonderen Studiengang anbietet, bei denen künftige Lehrkräfte u.a. darin ausgebildet werden, wie man mit antisemitischen Äußerungen oder Taten usw. besser umgehen kann?

Dr. Spaenle: Ich habe das gegenüber der Bayerischen Staatsregierung angemahnt. Die Erinnerungsarbeit, also die Aufklärung über die historischen Zusammenhänge, für die Deutschland Verantwortung trägt, muss vorangebracht werden. Antisemitismus ist in seiner Differenziertheit darzustellen. Es ist eben nicht nur die rechts-extreme „Glatze“, die auf der Straße herumgrölt, für vieles verantwortlich. Das Problem betrifft ein viel breiteres Spektrum – gerade im Bereich des israel-bezogenen Judenhasses und Antisemitismus. Zugleich ist auf jüdisches Leben hinzuweisen. Wie tief die Wurzeln jüdischen Lebens in Deutschland sind, allein in Bayern weit über 1.000 Jahre, das muss bekannter sein. Wir sollten erklären, was die jüdische Welt im Inneren zusammenhält: Kultur, Tradition, Religion, bis hin zur Tatsache, dass Juden und Jüdinnen über lange Jahrhunderte die Nachbarn waren, die natürlich unter christlich geprägten Antisemitismus zu leiden hatten. Und dann ist „Israel today“ notwendig. Wir brauchen mehr Kompetenz in der Israelforschung. Bisher gibt es zwei Standorte in Deutschland, in München und in Berlin, wo das geleistet wird. Das ist zu wenig, um Israel gerecht zu bewerten.

Ich füge gerne an: Die Menschen, die in der Bildung Verantwortung tragen, müssen Bescheid wissen, wie man mit Judenfeindlichkeit umgeht. Insofern sind Inhalte, wie sie an der Universität Würzburg bestehen, wichtig. Und es gibt auch andere Angebote wie etwa an den Universitäten Augsburg oder Passau, die das Thema fächer- und schulartenübergreifend zur Verfügung stellen.

Wir erleben zurzeit Auseinandersetzungen, die mit gegenseitigen Schuldzuweisungen arbeiten, die relativ einseitig von großer Aggression geprägt sind, die keinen echten Dialog zulassen. Haben Sie einen Rat, wie man diese extremen Pole zusammenbringt, wie man das in eine normale Kommunikation bringen kann?

Dr. Spaenle: Da hilft nur Dialog, so weit möglich, auch mit all den Gruppen, die Terror rechtfertigen. Wenn jemand alte Leute oder Frauen hinmetzelt, dann hat das nichts mit Freiheitskampf zu tun. Die Fallbeispiele, die hier genannt sind, sind nur mit dem Grauen, ich sage es ganz bewusst, mit dem Grauen, das in Deutschland verbreitet wurde, zu vergleichen. Deshalb muss sich dieses demokratische Gemeinwesen Israel auch wehren.

Auch den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft muss man, wenn Antisemitismus darin wuchert, als staatliche Gemeinschaft mit allen Mitteln gegenüber treten: mit Bildung, Ausbildung und dem Strafrecht.

Wir müssen aber auch genau hinschauen, wie Menschen denken, die zu uns kommen. Da hat man vielleicht in der Vergangenheit nicht genau genug hingesehen. Das hat auch nichts mit einer ideologischen Verschärfung von Zuwanderungspolitik zu tun, das ist Auftrag einer wehrhaften Demokratie. Wenn man das Gemeinwesen vernünftig weiterentwickeln will, und wir auch weiterhin für Menschen, die zu uns kommen, eine grundfreundliche Gesellschaft sein wollen, die auch Integration weiterhin leisten können will, dann gibt es bestimmte Punkte, die unverhandelbar sind und klar gemacht werden müssen.

Welche Hoffnung haben Sie für Israel und den Gaza-Streifen, wenn man sie nach einer Utopie für das künftige Zusammenleben in dieser Region fragen würde?

Dr. Spaenle: Das Heilige Land ist einer der Knotenpunkte der Welt. Die Altstadt von Jerusalem ist Heimat der abrahamitischen Religionen, die eigentlich alle drei von etwas ausgehen, was eine Grundhoffnung ausmacht. Ich hoffe, dass die Demokratie am Ostrand des Mittelmeers gestärkt aus dieser Herausforderung herausgehen kann. Und dass ein Stück weit vielleicht auch, das mag auch ein Wunsch sein, die arabische Welt ihrer Verantwortung gegenüber der vierten Generation von Menschen, die in Flüchtlingslagern leben, gerecht wird. Es gehört dazu, dass Gewalt mit allen Mitteln gebannt wird. Die pazifistischen Kräfte erheben derzeit wohl eher nicht die Stimme. Ich hoffe, dass über diesen Brand, so klein oder so groß er sein wird, auch dieses geschundene Land, das das heilige genannt ist, eine Zukunft hat. 🌞

Das Interview führten Monika Franz und Dr. Ludwig Unger am 30. Oktober 2023

FOTOGRAFIE DES UMBRUCHS 1960 – 1980

von Rudolf Stumberger

Die Gesellschaft ist in Bewegung: 1968 – das Jahr der Studenten- und Jugendrevolte – ist Ausgangspunkt für eine erneut kritische Sicht auf die zeitgenössische Gesellschaft, die sich etwa in Demonstrationen auf der Straße manifestiert. Es bilden sich neue soziale Initiativen wie die Anti-Atomkraftbewegung, die Frauenbewegung oder die Hausbesetzer-Szene. Die 1960er Jahre stehen auch für den Beginn eines kulturellen Umbruchs. Autoritäten und autoritäre Strukturen werden in Frage gestellt und in Schulen, Universitäten und Betrieben beginnt ein Prozess der Politisierung. In Bereichen der Bildung, des Sozial- und Gesundheitswesens entstehen neue Berufsbilder und viele Kinder aus Arbeiterhaushalten können einen sozialen Aufstieg realisieren.

In den 1960er Jahren wurde sowohl in den USA die Fürsorge ausgebaut als auch (in unterschiedlichem Maße) in Europa der Wohlfahrtsstaat – ein Moment für den Verzicht von Behörden und Organisationen auf die Dienste sozialdokumentarischer Fotografie. Denn die soziale Anklage und Forderung war durch konkrete soziale Hilfestellung überflüssig geworden.

In den USA propagierte Präsident Lyndon B. Johnson 1964 mit seinem Wohlfahrts- und Modernisierungsprogramm eine *Great Society*, in der jeder ein würdiges Leben führen können sollte. Johnson erklärte der Armut den „Krieg“, damit sollten dem „vergessenen Fünftel der Bevölkerung Chancen anstatt Almosen“ geboten werden („In reichen und fruchtbaren Staaten wie Florida und Texas ... sind wir auf Amerikaner gestoßen, die

völlig in Vergessenheit geraten sind, sie leben und arbeiten fast in Sklaverei ...“, so eine Aussage 1970 vor dem Senatsausschuss, der sich mit dem Problem der Wanderarbeiter beschäftigte¹). Zu diesem Zweck wurde eine ganze Reihe von öffentlichen Hilfsprogrammen aufgelegt: AFDC (*Aid to Families with Dependent Children*) hieß die Abkürzung der Hilfe für (unvollständige) Familien mit abhängigen Kindern; für Alte, Blinde und Behinderte gab es ergänzende Einkommen (*SSI – Supplemental Security Income*), Hunger wurde durch Essensmarken bekämpft und die gesundheitliche Versorgung der Armen und Sozialhilfeempfänger war durch Medicaid gewährleistet. 1968 wurde

1 Rheinhar Lettau: Täglicher Faschismus, München 1971, S. 96.



das individuell orientierte WIN-Programm (*Work Incentive Program*) aufgelegt, damit sollte die Vermittlung in Arbeit intensiviert werden, bei Arbeitsverweigerung gab es Leistungskürzungen.

In Westdeutschland, das später neben den skandinavischen Ländern als europäisches Paradebeispiel für den Sozialstaat galt, wurde 1962 die Sozialhilfe eingeführt: Damit war einer Person, die sich in einer Notlage befand und ohne fremde Hilfe kein Auskommen erzielen konnte, das grundlegende Recht auf ein menschenwürdiges Leben zugestanden, das westdeutsche Grundgesetz von 1949 stellte dabei den obersten inhaltlichen Maßstab für das Recht auf Sozialhilfe dar. Heißt es im Artikel 1 der Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, lautete Artikel 1 des Bundessozialhilfegesetzes „Die Sozialhilfe umfaßt Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen“ und Artikel 2: „Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Hilfe soll ihn soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muß er nach seinen Kräften mitwirken.“

Dieser Rechtsanspruch ersetzte die Fürsorge der Weimarer Zeit, die dem Bedürftigen lediglich aus Gründen der öffentlichen Ordnung, nicht aber um seiner selbst willen gewährt wurde. Der Staat bzw. die kommunale Sozialbehörde kam nun bei Bedürftigen für Wohnung, Heizung, Kleidung, Ernährung und in begrenztem Maße für die Teilnahme am kulturellen Leben auf. Die Absicherung von Lebensrisiken war Inhalt eines anwachsenden Teils des Sozialgesetzbuches der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Nord-Süd-Gefälle und in unterschiedlichem Ausmaß wurde derartige staatliche Fürsorge auch in den übrigen westeuropäischen Staaten eingeführt.

Ökonomisch blieb aus dieser Zeit der Sonntag des 25. November 1973 im Gedächtnis, denn an diesem Tag blieben in der Bundesrepublik Deutschland die Autobahnen leer – die Bundesregierung hatte wegen der Drosselung der Ölförderung durch die arabischen ölexportierenden Länder ein Fahrverbot für diesen Tag verhängt (die „Organisation erdölexportierender Länder“ (OPEC) hatte damals bewusst die Fördermengen um etwa fünf Prozent gedrosselt, um die westlichen Länder bezüglich ihrer Unterstützung Israels unter Druck zu setzen.

Kinder, Spaziergänger, Radfahrer bevölkerten die Autobahn am Kamener Kreuz am 9. Dezember 1973, dem dritten autolosen Sonntag wegen der Ölkrise. Nur mit Sondergenehmigung konnte die Autobahn befahren werden.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Klaus Rose

Politischer Hintergrund war der Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und Ägypten und Syrien. Am 17. Oktober 1973 stieg der Ölpreis von rund drei US-Dollar pro Barrel auf über fünf Dollar, was einem Anstieg um etwa 70 Prozent entsprach). Das Datum steht symbolisch für den Anfang vom Ende der Wachstumsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg: „Vom zweiten Halbjahr 1974 an kam es zu einer schweren Rezession. Dabei handelte es sich nicht bloß um ein langsames Wachstum, sondern um eine Schrumpfung mit negativen Wachstumsraten, denn das reale Bruttosozialprodukt der OECD-Länder [...] sank erstmals ab.“² Zu Beginn der 1980er Jahre hatte sich der Wachstumsschwung der Nachkriegszeit deutlich abgeschwächt, die nationalen Ökonomien sahen sich – wenn auch in unterschiedlichem Maße – seit der Ölkrise zunehmend mit Problemen der Inflation, der wachsenden Massenarbeitslosigkeit und der sinkenden Wachstumsraten konfrontiert.

So erlebte Großbritannien in den 1970er Jahren eine wirtschaftliche Krise, die das Land im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten zurückfallen ließ. Die Produktivität wuchs von 1973 bis 1979 jährlich um 1,2 Prozent (EU: 2,5 Prozent) und die Inflationsrate lag bei 15,4 Prozent (EU: 9,4 Prozent).³ Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien stieg von 838.000 im Jahre 1975 auf 1,5 Millionen im Jahre 1980.⁴

Auch die USA hatten mit massiven wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. 1981 lag die Inflation bei zwölf Prozent, die Arbeitslosenquote betrug sieben Prozent. Das wirtschaftliche Wachstum tendierte in den Jahren 1973 bis 1980 gegen Null, die Handelsbilanz verschlechterte sich.⁵ Rückblickend bezeichneten Ökonomen die 1970er Jahre in den USA als die Dekade mit der schlechtesten *Performance* seit der Großen Depression in den 1930er Jahren: „Die Wirtschaft wurde geschüttelt von Aufschwüngen und Bankrotten, von Rezession und stetig steigender Inflation, während sie gleichzeitig unter schmerzlichen Strukturveränderungen und einem erschreckenden langanhaltenden Niedergang der Produktivität litt.“⁶

Demgegenüber fanden sich die Nationalökonomien der westlichen kontinentaleuropäischen Länder in vergleichsweise konsolidierten Verhältnissen wieder: Während das Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz wuchs, buchte Europa eindrucksvolle Überschüsse. In der Bundesrepublik Deutschland etwa lag die höchste Inflationsrate in den Jahren 1978 bis 1986 bei vergleichsweise niedrigen 6,3 Prozent. Doch langsam, aber stetig kletterten mit einem sich vollziehenden Strukturwandel etwa in der Textilindustrie auch die Arbeitslosenzahlen wieder nach oben.

In der sozialdokumentarischen Fotografie äußerte sich diese Zeit der 1960er und 1970er Jahre auch in einer erneuten Zuwendung zur Welt der Arbeit und der Arbeiter. Wieder gründet sich eine „Arbeiterfotografie“, die sich etwa dem Thema „Rationalisierung im Betrieb“ zuwendet. Denn während 1967 die Gewerkschaften noch Arbeitszeitverkürzung fordern, beginnt ab Mitte der 1970er Jahre das Wirtschaftswachstum abzuflauen und erneut taucht das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit auf.

„1968“

Michael Ruetz

Das historische Datum „1968“ als Markierung einer Zeitenwende hat viele thematische Ausdifferenzierungen, was sich in vielfältigem Bildmaterial über die Studentenproteste auf den Straßen und in den Hochschulen, über die „Kommune I“ in Berlin und die Hausbesetzerszene, über Happenings und Performances, über antiautoritäre Kindergärten und Bioläden, über Hippie-Kommunen und Wohngemeinschaften, über Rockfestivals und Drogenkonsum bis hin zur „Roten Armee Fraktion“ („RAF“) manifestierte – 1968 steht auch für ein neues visuelles Universum. Oder für einen „Urknall“, wie es der Fotograf der „68er“, Michael Ruetz (geb. 1940) formulierte: „Im Jahre 1968 schien Achtundsechzig alles zu umfassen, der Neubeginn der ganzen Welt zu sein, der Urknall und die letzte Antwort.“⁷ Ruetz studierte damals Sinologie und wurde in Berlin mit seiner Kamera zum visuellen Chronisten der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Später

2 Herman van der Wee: *Der gebremste Wohlstand*, München 1984, S. 87.

3 Otto Vogel: *Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre*, Köln 1982, S. 247.

4 Gero Fischer: *United We Stand – Divided We Fall*. Der britische Bergarbeiterstreik 1984/85, Frankfurt/Main 1999, S. 128.

5 Vogel (wie Anm. 3), S. 279.

6 J.M. Boskin: *Reagan and the Economy*, San Francisco 1987, S. 27 f.

7 Michael Ruetz: *Die unbequeme Zeit. Das Jahrzehnt um 1968*, Göttingen 2008, S. 185.

Zwei Journalisten spiegeln sich 2008 in der Akademie der Künste in Berlin vor einer Fotografie der Ausstellung „1968. Die unbequeme Zeit – Fotografien von Michael Ruetz“ in einer Vitrine. Foto: Picture Alliance/Fotograf: Miguel Villagran



arbeitete er eine Zeit lang fest für die Illustrierte „Stern“, *Eye on Time* ist der Titel eines jüngeren Projektes Ruetz', das sich mit der Veränderung von Orten im Laufe der Zeit beschäftigt.

Ruetz fotografierte die Protagonisten der Studentenbewegung wie die Fritz Teufel und Rainer Langhans von der „Kommune 1“ und Rudi Dutschke, die Demonstrationen auf den Straßen Berlins und das dazugehörige Polizeiaufgebot sowie die Wasserwerfer, die Diskussionen an der Universität, wie im Mai 1968 im Auditorium Maximum der FU mit dem Philosophen Herbert Marcuse, und das studentische Milieu mit Wohngemeinschaften und alternativen Kindergärten. Diese Bilder sind mittlerweile „fester Bestandteil deutscher Erinnerungskultur“ geworden, wie Rolf Sachse anmerkte.⁸

Damals stand das Zeitaktuelle im Vordergrund, es handelte sich zunächst um Pressefotografie, die in Zeitschriften wie „twen“, „Stern“ oder „Time“ veröffentlicht wurde. Denn 1968, das war rapider sozialer Wandel, Aktion, Ereignis, der Beginn einer

Vielzahl von Veränderungs- und Entwicklungslinien. Aber die Fotografien von Ruetz sind auch sozialdokumentarische Fotografie, die das studentische Milieu in Westberlin ebenso wie die Welt in Ostberlin, die Eck-Kneipen ebenso wie Hinterhöfe abbildet.

Eine neue Arbeiterfotografie

Vor dem spezifische Hintergrund von „1968“ wird auch die „Fotografie als Waffe“ wiederentdeckt. Die Fotografie als Waffe – das ist sowohl ein aus der Weimarer Zeit stammendes Verständnis von sozialdokumentarischer Fotografie als auch der Titel einer Geschichtsschreibung eben dieser Fotografie durch Roland Günter. Damit sind zwei Erscheinungen im Umfeld der 68er-Bewegung genannt, was die Fotografie über die Dokumentation von Ruetz hinausgehend anbelangt: Zum einen das praktische Anknüpfen an eine Mediennutzung, die sich wie die Arbeiterfotografie der 1930er Jahre als parteilich im Sinne einer Parteinahme für „die Arbeiterklasse“ verstand. Und zum anderen die Entwicklung einer im

8 Ebd., S. 171.



Das Cover der Zeitschrift zeigt einen Maurer bei der Arbeit und bildet somit ein typisches Beispiel für die Arbeitersozialfotografie.
Foto: Zeitschrift Arbeiterfotografie Nr. 6/
Fotograf: Roland Günter

deutschen Raum eher affirmativen und im angelsächsischen Raum im Gefolge der cultural studies eher kritischen Geschichtsschreibung der sozialdokumentarischen Fotografie.

In seiner Geschichte der „Fotografie als Waffe“ bilanziert Günter für die 1950er und 1960er Jahre, dass in dieser Zeit wirtschaftlicher Prosperität die direkt engagierte Sozialfotografie in Westdeutschland „wenig entwickelt“ gewesen sei.⁹ Erst mit dem Ende der „überhöhten Wachstumsraten und dem Eintritt in die sozusagen ‚normale‘ Entwicklung der kapitalistischen Produktion mit den entsprechenden Folgen (Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung etc.) beginnt auch die Wiederbelebung des Einsatzes der Fotografie als Waffe im politischen Kampf, im Sinne eines bewussten Einsatzes des Mediums

9 Roland Günter: Fotografie als Waffe, Hamburg 1977, S. 105.



Foto: Stefan Moses, 1963

zur politischen Aufklärung.¹⁰ Günter selbst nahm daran ebenso wie sein Dozentenkollege Jörg Boström teil und an der Fachhochschule Bielefeld entstanden so mehrere Arbeiten einer „engagierten Arbeiterfotografie“. „Rettet Eisenheim“ etwa ist eine Sozialdokumentation über das Leben von Bergarbeitern in einer der ältesten Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet, die vom Abbruch bedroht war.¹¹ In der Folge bildeten sich von 1973 bis 1977 laut Günter 46 Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet. „Aus ihren Erfahrungen und für ihren Kampf um die Erhaltung und soziale Entwicklung von 2400 Siedlungen mit rund 1 Million Arbeitern“ entstand das sozialdokumentarische Buch „Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet“.¹² Ebenfalls an der Bielefelder Fach-

10 Ebd., S. 108.

11 Projektgruppe Eisenheim: Rettet Eisenheim, Berlin 1976.

12 Jörg Boström/Roland Günter: Arbeiterinitiativen, Berlin 1976.

hochschule entstanden mehrere Projekte zur Arbeiterfotografie in den Betrieben.¹³ Neben diesen akademischen Initiativen gründete sich 1972 in Hamburg erneut eine Gruppe „Arbeiterfotografie“, der sich bis 1984 „mehr als 70 lokale und regionale Arbeitsgruppen“ angeschlossen hatten.

Stefan Moses

Auch wenn sich das Interesse der sozialdokumentarischen Fotografie in den 1960er Jahren tendenziell mehr zu Randgruppen der Gesellschaft und der Mittelschicht hin verlagert, bleiben die Arbeiter weiterhin ein Thema. In Deutschland etwa in den Portraits von Stefan Moses. Im Frühjahr 1963 erschien in der deutschen Illustrierten „Stern“ eine Reportage des Fotografen Stefan Moses über die Klassengesellschaft Englands. Als Folgeauftrag sollte er auch die deutsche Gesellschaft der 1960er Jahre mit seiner Kamera für das Wochenmagazin porträtieren. Für dieses Unternehmen trat Moses in die Fußstapfen August Sanders und versuchte sich an einer Typologie bundesdeutscher Arbeitnehmer. Dazu war Moses mit einem mobilen Fotostudio in Westdeutschland unterwegs. Ein großes hellgraues Tuch, aufgehängt an einer Hausmauer oder einem Bretterzaun diente als Hintergrund, vor den Menschen in ihrer Arbeitskleidung gestellt und fotografiert wurden. Auf diese Weise entstanden Fotografien wie jenes der drei Rollmospackerinnen aus Büsum mit weißen Schürzen, Heringen und einer Dose Essiggurken in den Händen; oder das Foto eines Elektrodenschweißers aus Bochum mit Lederschurz, Schutzmaske und einer Elektrode in der Hand; oder etwa das Bild eines Losverkäufers aus Köln mit seinem Verkaufsstand. Diese Fotografien wurden 1980 auch als Buch veröffentlicht.¹⁴ Der Begleittext bemerkte zu dem Bild des Losverkäufers, dieser habe beim Betreten des grauen Tuches eine „eigentümliche Veränderung“ erfahren. Das Tuch würde wie eine „optische Insel“ wirken und der Losverkäufer damit die „Würde der Einzigartigkeit“ zurückgewinnen, durch das Tuch sei der Mann wie „aus der Menge herauspräpariert“.

13 Vgl. Projektgruppe Arbeiterfotografie Bielefeld Rationalisierung – für wen? Reportagen: Arbeitswelt in der Krise. Versuche zur parteiischen Fotografie im Betrieb, Westberlin 1976.

14 Stefan Moses: Deutsche. Portraits der sechziger Jahre, München 1980.

Fotografierte Moses in England eine Klassengesellschaft, so bildete er die bundesdeutsche Gesellschaft als eine Art große Familie ab, in der die Menschen meist freundlich in die Kamera gucken und sich einander zulächeln – weit entfernt von sozialen Auseinandersetzungen. Die fotografierten Arbeiter allerdings zeigen öfter einen mürrischen oder skeptisch-distanzierten Blick gegenüber dem Fotografen.

Sozialdokumentationen in den USA



15 „Lep, ein Gangster in New York, lud mich 1973 zu sich nach Hause ein, um seine Eltern in den Wäldern von North Carolina zu besuchen. Dort machte ich das Foto seines Vaters Lefus, der betrunken und apathisch vor dem Fernseher sitzt. Solche „ehrliehen“ Bilder von Lefus machten es später schwierig, meine Ausstellung in die High School zu bringen, weil ich befürchtete, dass sie die negativen Vorurteile der Schüler über Schwarze als „faul“ und „apathisch“ verstärken würden. Ich fürchte, dass sogar ich selbst ihn so gesehen habe, denn jedes Mal, wenn ich ihn im Laufe der Jahre besuchte, lag er betrunken auf dem Boden, außer einmal 1991, als wir ihn dazu brachten, sich aufzusetzen, um im dänischen Fernsehen zu sein. Ich brauchte immer die Hilfe seines Sohnes, um seine Familie tief im Wald in neuen verrotteten Hütten zu finden, da er die vorherigen im Suff niedergebrannt hatte [... bis] sowohl Familie als auch Nachbarn bestätigten, dass Lefus in seinem ganzen Leben nie auch nur einen Tag der Arbeit ferngeblieben war. Als hart arbeitender Pachtfarmer in seiner Jugend trank er nur an den Wochenenden ein wenig, aber das verschlimmerte sich, als er sein Land verlor, als weiße Grundbesitzer die verbliebenen schwarzen Farmer verdrängten. Dann wurde er Bauarbeiter, und seine Crew holte ihn jeden Morgen um fünf Uhr ab und fuhr ihn nach Raleigh, wo er einen Großteil der Wolkenkratzer baute, die man heute in der Landeshauptstadt sieht. In all diesen Jahren trank er nur nach der Arbeit und nachdem er seiner Frau Mosel das gegeben hatte, was sie für die Erziehung der Familie brauchte – das heißt, wenn ich abends zu Besuch war.“ Jacob Holdt 2023.

Apathy in North Carolina, 1973. Lefus, ein Arbeiter aus North Carolina, sitzt betrunken und apathisch vor dem Fernseher; er verlor sein Land an reiche weiße Großgrundbesitzer.¹⁵ Foto: Jacob Holdt

Jacob Holdt

Auch in den 1970er Jahren blieben die USA ein gesellschaftliches Terrain, das mit Mitteln der Sozialdokumentation erforscht wurde. Eine der radikalsten, und persönlichsten Beschreibungen des Lands zu Beginn der 1970er Jahre lieferte der junge Däne Jacob Holdt. Fünf Jahre reiste er ohne Geld durch die USA und es entstand das fotografische Abbild eines Landes, das durch Rassendiskriminierung, Ausbeutung, Elend und Gewalt geprägt ist.

Der dänische Pastorensohn kam 1970 im Alter von 20 Jahren mit 40 Dollar in der Tasche in die USA. Wie ein Bettelmönch und Wanderpriester durchkreuzt er das Land ohne je zu arbeiten, lebt und schläft in den Elendshütten der Schwarzen, heiratet zwischendurch, ist mit Prostituierten in den Slums der Großstädte unterwegs, erlebt, wie Freunde aus der Bürgerrechtsbewegung erschossen werden. Seine Reise bringt ihn zu 381 Familien in 48 Staaten und er legt – was für eine erstaunliche Buchführung! – 161.265 Kilometer per Anhalter zurück.¹⁶ Seine Erlebnisse hält er mit einer kleinen Kamera fest, die ihm seine Eltern geschickt hatten. Um die Filme bezahlen zu können, spendet er zweimal die Woche Blut. Aus den Fotografien und seiner Erzählung über diese Zeit entsteht 1977 ein Buch über das schwarze Amerika, das ein Jahr später auch in Deutschland erscheint und international Aufmerksamkeit erregt. Der sehr persönliche und teilweise intime Stil der Aufzeichnungen stützen deren Authentizität, ebenso wie die dazu korrespondierenden Fotografien, deren Bildsprache spontan und subjektiv und jenseits professioneller Fotografie angesiedelt ist.

Das Bild, das so entsteht, ist das Bild eines von Klassen- und Rassenunterschieden geprägten Landes und des Elends derer, die auf der untersten Stufe der sozialen Hierarchie angesiedelt sind: Die schwarzen Baumwollpflücker in den Südstaaten und die Schwarzen in den Slums der Großstädte, die menschlichen Wracks der Ausgebeuteten in den Obstplantagen, die wie Sklaven gehalten werden und *white trash*, also arme und verelendete Weiße.

In Louisiana lebt Holdt in einer der Bretterbuden, der *Shacks* der schwarzen Zuckerrohrarbeiter, und schläft in einem Bett zusammen mit fünf Kindern. Das Mobiliar bestand aus einem Bettgestell und ein paar Lumpen, das Trinkwasser stammte aus

der Dachrinne. Sein Mit-Leben schildert er so: „Gemeinsam mit ihrem ältesten Sohn ging ich in den Sümpfen auf Jagd nach Gürteltieren und anderem Essbaren, damit wir nicht mehr hungern mussten, als es unbedingt notwendig war.“ Er berichtet von Schwarzen, die aufgrund des Hungers Erde essen und von der Freude eines kleinen schwarzen Mädchens über eine Petroleumlampe, die zum ersten Mal abends Licht in die Hütte bringt: „Als ich in ihre Hütte kam, war ich vollkommen niedergeschlagen; monatelang hatte ich die Armut der Schwarzen im Süden erlebt, die ich zerstörender und dehumanisierender empfunden hatte als irgendeine andere Armut auf der Welt.“¹⁷ Ein Foto von Holdt zeigt eine verhärmte, ältere weiße Frau mit Zigarette und einen Mann vor drei Büchsen Budweiser-Bier sitzend, im Hintergrund ist eine Musik-Box zu erkennen. Über die armen Weißen in den USA schreibt er: „Sie bieten oft, sehr oft, ein trauriges Bild. Auch sie hungern, sind oft hoffnungslos kaputt und fast noch ängstlicher als die Neger.“¹⁸

1975 werden zwei Freunde von Holdt auf der Straße erschossen, er kehrt nach Dänemark zurück. Aus seinen Erlebnissen und den Fotografien gestaltete er eine fünfstündige Multimedia-Show, mit der er von Schule zu Schule zog, bis ein Verlag

East 100th Street, 1966–68. Die Bewohner eines New Yorker Arbeitsviertels werden in ihrem Alltag und ihrer Freizeit fotografiert, hier ein Pärchen rauchend auf einem Hausdach. Foto: Bruce Davidson



16 Vgl. Jacob Holdt: *Bilder aus Amerika. Eine Reise durch das schwarze Amerika*, Frankfurt/Main 1978, S. 8.

17 Ebd., S. 129.

18 Ebd., S. 102.



auf ihn aufmerksam wurde. Sein Buch „Bilder aus Amerika“ wurde ein Verkaufserfolg und in vielen Ländern, darunter die des Ostblocks, nachgedruckt – in Westdeutschland erschien es 1978 und wurde im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ besprochen. Die Bilder von Holdt wurden massenwirksam und seine Kritik an den sozialen Verhältnissen der USA lassen die Fotografie zu einem Mittel der politischen Auseinandersetzung werden.

Bruce Davidson

Holdts Bilder zeigen ungeschönt die Wirklichkeit, die er auf seiner Reise erfahren hatte: Am Boden liegende, betrunkene Männer, mit Blut übersäte Opfer von Kriminalität, trostlose Backsteinbauten in den schwarzen Slums der Großstädte. Eine erheblich geglättete Version dieser Wirklichkeit lieferte Bruce Davidson (geb. 1933). Seine Fotografien aus den Südstaaten lassen die Distanz zu den Schwarzen erahnen, sie sind im Gegensatz zu denen Holdts professionell und tauglich für die Leserschaft der Magazine: Bei all seinen Projekten blieb Davidson der „Outsider“, der „Mann mit der

Kamera“, so der Kritiker Jonathan Green.¹⁹ Wie in der Zeit der Weltwirtschaftskrise „ehrbare“ arbeitslose Weiße gezeigt wurden, die staatliche Fürsorge auch „verdienten“, porträtierte Davidson „ehrbare“ Schwarze, die der amerikanischen Mittelklasse zumutbar waren.²⁰ Mit einem Guggenheim-Stipendium fotografierte Davidson 1966 in einem zweijährigen Arbeitsprojekt unter dem Titel „East 100th Street“ die Bewohner eines New Yorker Viertels.²¹

Bill Owens

Bill Owens begann 1964 während seines Einsatzes für das *Peace Corps* (eine freiwillige Hilfsorganisation) in Jamaika zu fotografieren. 1967 besuchte er in San Francisco an der Hochschule einen Kurs über visuelle Anthropologie bei John

While supplies last, 1971.
Eine Mutter sitzt mit ihren beiden Kindern in ihrem Wohnzimmer, ein Kind wird gefüttert. Die Einrichtung des Wohnzimmers besteht aus in den 70er-Jahren aktuellen Konsumgütern.
Foto: Bill Owens

19 Jonathan Green: *American Photography. A Critical History 1945 to the Present*, New York 1948, S. 128.

20 Vgl. Bruce Davidson: *Time of Chance. Civil Rights Photographs 1961-1965*, Los Angeles 2002.

21 Vgl. Bruce Davidson: *Photographs*, New York 1978.

Collier, dem Autor von „Visual Anthropology: Photography as a Research Method“ (1967), und das war der Beginn seiner fotografischen Erforschung der *Suburbias*, der industriell produzierten Vorstädte. Daraus entstand 1972 der Bildband „Suburbia“ – ein Portrait der weißen Mittelklasse, deren Angehörige beim Grillen im Vorgarten, bei der „Tupper-Party“, beim Rasenmähen, vor dem fertig gepackten Caravan, inmitten des noch leeren neuen Wohnzimmers oder vor dem Weihnachtsbaum abgebildet werden. Es ist eine Welt der Konsumgüter, der Nachbarschaften, des relativen Wohlstandes und der amerikanischen Familie. 1975 folgte „Our Kind of People“, ein Fotoband über verschiedene religiöse, sportliche und schulische Gruppen. In „Working: I Do It for Money“ (1977) portraitierte Owens Vertreter verschiedener Berufe wie Autoverkäufer, Servierinnen im Fast-Food-Restaurant oder Fußpfleger. Von 1978 an arbeitete er als freier Fotograf für verschiedene Magazine, bis er 1982 das berufliche Fotografieren an den Nagel hängt und eine Brauerei eröffnet. Owens selbst betont, dass er vom Fotografieren nicht überleben konnte.

Die Fotografie wird zur Kunst

Es war eine epochale Veränderung, die sich Anfang der 1970er Jahre im Bereich der Fotografie und zuerst in den USA anbahnte: die Aufwertung des Lichtbildes zur legitimen Kunst. Der mediale Paradigmenwechsel, von dem hier die Rede sein soll, manifestierte sich um 1975 in der „New York Times“ wo die Ankündigung von Fotoausstellungen aus der Rubrik „Freizeit“ in die Rubrik „Kunst“ hinüberwanderten. In den darauffolgenden Jahren setzte sich dieser Paradigmenwandel als Kategorienwandel weiter fort: Was früher in den Bibliotheken als Fotografie unter „Jerusalem“ abgelegt wurde, wird nun zu „Auguste Salzmänn“²², die „Armut in den Städten“ wird zu „Jacob A. Riis“²³, der Zweite Weltkrieg zu „Capa“²⁴ – aus sachlichen Kategorien werden Kategorien der „Fotokunst“. Künstler beschäftigen sich (wie schon seit den

1960er Jahren) zunehmend mit Fotografien als Material und Fotografen sehen sich zunehmend als Künstler. Über die 1980er Jahre schreibt der Kunstkritiker Douglas Crimp: „Der Hunger nach Fotografie ist im vergangenen Jahrzehnt unersättlich gewesen. Künstler, Kritiker, Händler, Kuratoren und Geisteswissenschaftler sind scharenweise ihren vorherigen Aufgaben abtrünnig geworden, um sich mit dem Feind der Malerei zu befassen.“²⁶ Die Fotografie wird Objekt des Kunstmarktes und damit ändert sich grundlegend die ökonomische Einbettung jener Fotografie, die nicht unmittelbar wie etwa die Werbefotografie oder das Pressefoto das Kommerzielle zum Zweck hatte. Konnte vor 1960 kaum ein Fotograf von seinen künstlerischen Arbeiten leben – Diane Arbus steht als Beispiel für anhaltende Probleme, durch den Verkauf von Fotografien ihre Existenz gerade so zu fristen – eröffnet das weite Feld der Kunst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts den Fotografen bis dahin ungeahnte (Verdienst-) Möglichkeiten. Jean-Christophe Averty, einer der ersten Videokünstler des 20. Jahrhunderts, fasste diesen Prozess so zusammen: „Das Wort Kunst läßt mir einen kalten Schauer über den Rücken laufen, es endet immer mit den Hammerschlägen im Auktionshaus.“²⁷

Parallel zu einer gesteigerten musealen Aufmerksamkeit für die Fotografie entwickelte sich ab den 1970er Jahren ein rasch wachsender Fotokunstmarkt. Als erste kommerzielle Fotogalerie überhaupt gilt die von Alfred Stieglitz 1905 in New York eröffnete „Gallery 291“ (sie bestand bis 1917), der eine zentrale „Bedeutung für die Anerkennung bzw. Musealisierung des Mediums Fotografie“²⁸ zugeschrieben wird. Die Julien Levy Gallery, gegründet 1931 in New York, war nicht nur die bedeutendste Kunstgalerie der 1930er und 1940er Jahre, sondern nach Stieglitz’ „Gallery 291“ die erste kommerzielle Fotogalerie in den USA. Die 1949 geschlossene Galerie hatte mit ihren Ausstellungen nicht zuletzt Einfluss auf die Ausstellungspolitik des Museums of Modern Art. Den Nachkriegs-Galerien wie dem *Limelight* in New York, das von 1954 bis 1961 durch das angeschlossene Café finanziert wurde, folgten in den 1970er Jahren die Gründung zahlreicher neuer Fotogalerien: Lee Witkin verkaufte ab 1969 in seiner Fotogalerie in New York Bilder von Ansel

22 Auguste Salzmänn: Französischer Pionier der archäologischen Fotografie.

23 Jacob A. Riis: Dänisch-Amerikanischer Fotograf, Pionier der sozial-dokumentarischen Fotografie.

24 Robert Capa: Ungarisch-US-amerikanischer Fotograf, Kriegsreporter im Zweiten Weltkrieg.

25 Vgl. Douglas Crimp: Über die Ruinen des Museums, Dresden 1996, S. 90 f.

26 Ebd., S. 109.

27 Régis Debray: Jenseits der Bilder, Rodenbach 1999, S. 308.

28 Hans-Michael Koetzle: Das Lexikon der Fotografen 1900 bis heute, München 2002, S. 445.

Adams oder Edward Weston für weniger als 200 Dollar, 1971 eröffnete dort die auf zeitgenössische Fotografie spezialisierte Light Gallery. Ebenfalls 1971 wurde in London die *Photographer's Gallery* gegründet, 1976 öffnete die erste Foto-Galerie in Frankreich ihre Pforten. Der neu entstandene Markt boomte und Fotografien wurden zunehmend zu Handelsobjekten großer Auktionshäuser. Zwischen 1975 und 1991 stiegen die Preise für die zur Kunst erhobenen Fotografien um 680 Prozent.²⁹

In Deutschland war der Aufstieg fotografischer Praktiken zu etablierter Kunst anhand der renommierten, alle fünf Jahre stattfindenden Kunstausstellung „documenta“ in Kassel nachzuvollziehen. Bei der fünften documenta 1972 mit dem Titel „Befragung der Realität. Bildwelten heute“ galt die Fotografie noch als „bescheidenes Hilfsmittel“ für Projekte und Praktiken.³⁰ Neben dokumentarisch konzeptioneller Kunstfotografie (etwa von Bernd und Hilla Becher sowie von Ed Ruscha) diente die Fotografie als Aufzeichnungsmedium des eigentlichen Kunstaktes, von Performances und Body-Art wie etwa der Wiener Aktionisten Hermann Nitsch und Günter Brus oder als eigenständige Installation wie bei Guiseppe Penone. Christian Boltanski benutzte für seine Arbeit „150 Photographien der Familie D. 1939 – 1964“ Schnappschüsse aus einem Familien-Fotoalbum.

Fünf Jahre später war bei der sechsten documenta die Fotografie vom Hilfsmittel zur etablierten Kunst avanciert. In der Ausstellung von 1977 unter dem Titel „Medien in der Kunst / Kunst in der Medienwelt“ tauchte die Fotografie nun „plötzlich als charakteristisches Medium der zeitgenössischen Kunst“ auf.³¹ Den technischen Medien Fotografie, Film und Video war ein eigener Bereich gewidmet und erneut wurde das Verhältnis von Malerei zu Fotografie verhandelt. Dem Künstler Gerhard Richter, der 1961 beschlossen hatte, die „Ikonographie des Sozialistischen Realismus aufzugeben und sie gegen die Bilderwelt der Amateurphotographie einzutauschen“,³² kommt

dabei eine bedeutende Mittlerrolle zu. Neben der erneuten Beteiligung von Bernd und Hilla Becher war bei der sechsten documenta auch inszenierte Fotografie zu sehen (u. a. Bernhard Blume, John Hillard, Katharina Sieverding).

1979 konstatierte der Fototheoretiker Klaus Honnef in dem Reader „Fotografie als Kunst. Kunst als Fotografie“, die herrschende Meinung sei „weitgehend noch nicht bereit, dem authentischen Bericht den Rang des Künstlerischen zuzubilligen“.³³ Der Reader zeigt die Bandbreite der zeitgenössischen europäischen künstlerisch-dokumentarischen Fotografie: Bildserien von Hartmut Neubauer wie „Alte fette Sau“ (1978); die Serie „Der verbotene Tod“ (1978) von Hermann Stamm – Bilder eines bäuerlichen Sterbezimmers im Vergleich zur Intensivstation eines Krankenhauses; die Bildkomposition „Leben mit praktischen Realitäten“ (1978) des Engländers Stephen Willats über das Leben einer alleinstehenden Frau in einem Wohnturm des sozialen Wohnungsbaus in London; die Passantenportraits von Gabriele und Helmut Nothhelfer.

Die Aufnahme der Fotografie in die Hallen der Kunst ist begleitet von einer zunehmenden Musealisierung der Fotografie. Als deren Vorreiter steht das Museum of Modern Art (MoMA) in New York, das bereits seit den 1930er Jahren unter dem fotografischen Leiter Beaumont Newhall dem Lichtbild eigene Ausstellungen widmete, zum Beispiel unter dem Titel *Photography 1839–1937*. Doch zu dieser Zeit spielte die Fotografie noch immer eine „marginale Rolle“ innerhalb der bildenden Künste.³⁴ Hingen unter Newhall die Fotografien gerahmt und Gemälden gleich an den Museumswänden, präsentierte sein Nachfolger Edward Steichen ab 1947 fotografische Bilder wie in einem „überdimensionalen Zeitschriftenlayout“. Steichen hatte während des Zweiten Weltkrieges die bildgewaltigen Propagandaausstellungen „Road to Victory“ (1942) und „Power in the Pacific“ (1945) organisiert, unter seiner Regie entstand 1955 die berühmte Ausstellung „Family of Man“ – jeweils dramatische visuelle Interpretationen von Welt. Unter Steichen wurde das MoMA schließlich zur „obersten institutionellen Instanz“ für sämtliche Spielarten

29 Stuart Alexander: Fotografische Institution und fotografische Praxis. In: Neue Geschichte der Fotografie, hg. v. Michael Fritot, Köln 1998, S. 698.

30 Christopher Phillip: Das phantome Bild. In: Photographie in der deutschen Gegenwartskunst, hg. v. Gesellschaft für moderne Kunst am Museum Ludwig, Stuttgart 1993, S. 11–25. Hier: S. 21.

31 Ebd.

32 Benjamin Buchloh: Gerhard Richters anomisches Archiv. In: Photographie in der deutschen Gegenwartskunst, hg. v. Gesellschaft für moderne Kunst am Museum Ludwig, Stuttgart 1993, S. 65–75. Hier: S. 65.

33 F.M. Neusüss: Fotografie als Kunst. Kunst als Fotografie. Das Medium Fotografie in der bildenden Kunst Europas seit 1968, Köln 1979, S. 152.

34 Christopher Phillips: Der Richterstuhl der Fotografie. In: Paradigma Fotografie. Band 1, hg. v. Herta Wolf, Frankfurt/Main 2002, S. 307.

der Fotografie.³⁵ John Szarkowski, Steichens Nachfolger von 1962 bis 1991, schrieb die Vorreiterrolle des Museums mit seinem Programm fort, die Fotografie als eigenständigen ästhetischen Bereich zu etablieren.³⁶

Ab den 1970er Jahren erfolgte international eine Welle von Museums-Neugründungen im Bereich der Fotografie: 1971 Gründung der „Schweizerischen Stiftung für die Photographie“ in Zürich. 1974 Eröffnung des von Cornell Capa (jüngerer Bruder des Fotografen Robert Capa) initiierten „International Center of Photography“ in New York. 1975 Gründung der Berlinischen Galerie als „Landesmuseum für Moderne Kunst, Photographie und Architektur“ und in Paris Gründung des „Centre Georges Pompidou“ mit seiner Sammlung zur Fotografie des 20. Jahrhunderts. 1976 Gründung der „Sammlung Photographie im Museum Ludwig“ in Köln. 1977 wurde das Londoner „Victoria and Albert Museum“ zum Sitz der „national collection of the art of photography in the United Kingdom“. 1979 Gründung der „Fotografischen Sammlung“ im Museum Folkwang, Essen. 1982 Gründung des „Centre national de la photographie“ in Paris auf Initiative des französischen Kultusministeriums. 1984 Gründung der Fotoabteilung im „Paul-Getty-Museum“ in Los Angeles.

Die Institutionalisierung der Fotografie schlägt sich auch im Entstehen neuer Zeitschriften nieder.³⁷ Beispiel *Creative Camera*: Ab 1968 wandelte sich die vormalige englische Fotozeitschrift für Amateure in das „anspruchsvolle Sprachrohr einer sich auch in Großbritannien allmählich artikulierenden Fotokunst“.³⁸ Bis 1978 war die Zeitschrift vorwiegend dokumentarisch orientiert, danach öffnete sie sich auch für konzeptionelle Fotokunst. 2001 wurde diese traditionsreichste Fachzeitschrift Großbritanniens schließlich eingestellt. Beispiel *Camera International*: 1984 wurde die zweisprachige (Englisch und Französisch) Fotozeitschrift gegründet, die sich im Titel an die legendäre Schweizer Zeitschrift „Camera“ anlehnte. *Camera International* existierte bis 1996.

Die Fotografie wurde in den 1970er Jahren auch zusehends zum Unterrichtsgegenstand an

amerikanischen Universitäten, sowohl als Praxisanleitung als auch bei der Hinwendung zur (kritischen) Geschichte der Fotografie. Es wuchs die Zahl der Fotostipendien und der internationalen Fotoausstellungen. Die letzten 25 Jahre des 20. Jahrhunderts sind so die Jahre der endgültigen Etablierung der Fotografie als Kunstform, der Entstehung eines diesbezüglichen Kunstmarktes und der vielfältigen Institutionalisierung des Mediums.

Von Becher bis Shore – Konzept Art und Pop-Art

Es ist nicht nur die europäische Perspektive, die es angemessen erscheinen lässt, das Fotografenpaar Bernd (1931–2007) und Hilla (1934 - 2015) Becher an den Beginn einer Betrachtung der Fotografie als Kunst nach 1945 zu setzen. Sie stehen nicht nur für die Verschiebung der Dokumentarfotografie hinein in den Bereich der Kunst, sondern ihre Motive zeigen zugleich die Wahrzeichen einer mittlerweile untergegangenen industriellen Epoche. Seit 1959 fotografierte und dokumentierte das Ehepaar technische Bauwerke wie Wassertürme, Gasbehälter, Fördertürme und Hochöfen – zuerst im Ruhrgebiet, danach im europäischen Ausland und später auch in den USA. Bernd Becher wuchs im Siegerland auf, studierte in den 1950er Jahren an den Kunstakademien in Stuttgart und Düsseldorf und wurde dort Mitte der 1970er Jahre Professor der Fotoklasse, aus ihr sollte später die „Düsseldorfer Schule“ hervorgehen. Hilla Becher arbeitete zunächst als kommerzielle Fotografin in Hamburg, bevor sie Ende der 1950er Jahre nach Düsseldorf kam und dort an der Akademie eine Fotoabteilung einrichtete.

Aus der gemeinsamen Arbeit der Bechers entstand eine umfangreiche fotografische Dokumentation von Industriearchitektur. Im Mittelpunkt stehen die Gebäude selbst, in Großbildtechnik und in Schwarz-Weiß aufgenommen, immer im selben schattenlosen Licht – ein größtmöglicher sachlicher, ja wissenschaftlicher Abbildungsmodus. Die so entstandenen Fotografien werden nach Themen – zum Beispiel „Hochöfen USA“ (1979–1986) – zusammengefasst und dem Betrachter in Tableaus zum Vergleich dargeboten.

Diese über vier Jahrzehnte gehende Dokumentationstätigkeit hält lichtbildnerisch fest, was inzwischen meist der Abrissbirne zum Opfer fiel: eine Industriekultur und -architektur der Bergwerke, der Stahlwerke, der Zementwerke. Sie

35 Vgl. ebd., S. 321.

36 Vgl. ebd., S. 325f.

37 Es wurden in dieser Zeit aber auch Fotozeitschriften eingestellt, z. B. das „U.S. Camera Annual“ (bis 1972) oder die Schweizerische „Camera“ (bis 1981)

38 Koetzle (wie Anm. 28), S. 20.



INFO

Die vorliegende Geschichte der sozialdokumentarischen Fotografie fußt auf der Habilitationsarbeit des Autors, die ihren Niederschlag in den beiden Büchern:

„Klassenbilder. Sozialdokumentarische Fotografie 1900 - 1945“ (2007)

und

„Klassen-Bilder II. Sozialdokumentarische Fotografie 1945 - 2000“ (2010) gefunden hat.

zeigen die Architektur und Bauten einer industriellen Welt, die inzwischen wie im Ruhrgebiet oder dem *rust belt* in den USA längst der Vergangenheit angehört. Die Becher'schen Bilderserien stehen so nicht nur für den Übergang vom „Goldenen Zeitalter“ in das Zeitalter der Dienstleistungsgesellschaft. Sie stehen – obwohl nie in diese Richtung gedacht – auch für den Übergang der Dokumentarfotografie in das Feld der Kunst. Denn dort findet ihre methodische Darstellungsweise in der Interpretation als Konzeptkunst schneller Anerkennung als auf dem Feld der Fotografie. Bereits 1969 werden Fotografien des Ehepaars unter dem Titel „Anonyme Skulpturen“ in der Kunsthalle Düsseldorf gezeigt. Unter der Hand verwandelte sich dokumentarische Fotografie in Kunst.

Anhand der Becher'schen Fotoserie von Fachwerkhäusern des Siegener Industriegebietes aus dem Jahre 1977³⁹ und Fotografien zum Leben in der Arbeitersiedlung Eisenheim im Ruhrgebiet⁴⁰ lassen sich die grundlegenden Unterschiede von dokumentarischer und sozialdokumentarischer Fotografie benennen. Die Becher'schen Wohnhäuser sind ebenso wie die Industriebauten ohne Menschen abgelichtet, in einer „objektivistisch“ sachlich-neutralen Darstellung. Die Fotografien zeigen flache zentrierte Frontansichten der Häuser, aufgenommen in einem neutralen, Schatten vermeidenden Tageslicht. Der einzige Hinweis auf die Bewohner ist nicht-visueller Art: In einem Index sind die Namen und Berufe der Hausbesitzer aufgelistet.

Auch in Eisenheim geht es um die Häuser der Arbeitersiedlung, aber vor allem geht es um die Bewohner, die sich gegen den Abriss ihres Viertels wehren. Die Fotografien dokumentieren das Leben der Menschen in der Siedlung, von privaten Festen über die Nutzung der Straße als Kinderspielplatz bis zum Plausch vor der Haustür. Wo die Becher'schen Fotografien die Häuser als Objekte dokumentieren, geht es in der sozialdokumentarischen Fotografie um den Erhalt der Häuser und der Siedlung als Lebensraum für die Bewohner, geht es um soziale Kämpfe, um Stellungnahme.

Das prinzipielle Credo, das sich in den Fotografien der Bechers manifestiert und das auch der „Kunstartigkeit“ ihrer Bilder den Weg ebnet, lautet so: „Wir haben immer gesagt: Wir können nicht

Stellung nehmen. Wir haben auch nie bei einem Streik Partei ergriffen. Man kann nicht etwas kritisieren, wenn man es gleichzeitig auch fotografisch konstatieren will. Wir waren nicht auf der Seite der Kapitalisten und nicht auf der Seite der Ausgebeuteten. Diese Vokabeln stimmen so doch nicht, es ist alles viel komplizierter.“⁴¹

1975 wurden die Industriefotografien der Bechers auch in der Ausstellung „New Topographics. Photographs of Man Altered Landscape“ des Georg Eastman House in den USA gezeigt. So wie zuvor die MoMA-Ausstellung „New Documents“ von 1967 mit Fotografien von Arbus, Friedlander und Winogrand neue Tendenzen der sozialdokumentarischen Fotografie aufgriff, stehen die „New Topographics“ für eine neue Art der Landschaftsfotografie.

Als deren Vertreter war in der Ausstellung neben den Bechers auch Robert Adams (geb. 1937) zu sehen. Ähnlich wie das deutsche Ehepaar dokumentiert Adams seit mehr als drei Jahrzehnten in umfangreichen Serien nüchterner Schwarz-Weiß-Fotografie seine Motive. Diese entstammen allerdings nicht der Industriekultur, seine Bilder zeigen vielmehr wie sich durch die Eingriffe des Menschen die Landschaft des amerikanischen Westens verändert. Ähnlich wie Bernd Becher kommt Adams aus einem akademischen Milieu, er arbeitete bis 1970 als Dozent für Anglistik am Colorado College in Colorado Springs. „The New West“ lautet der Titel seines 1974 veröffentlichten Fotobuches mit 56 Aufnahmen des amerikanischen Westens. Sie zeigen Holzkirchen, weites Farmland und die Prärie der großen Ebene, aber auch die Trostlosigkeit und Einsamkeit der *Motorhomes* und die Gleichförmigkeit flacher Häuser in den neuen Suburbias.

Cindy Sherman

Auch in den USA entwickelte sich die Fotografie zur Kunst. Die amerikanische Künstlerin Cindy Sherman (geb. 1954) gilt als eine der wichtigsten Vertreterinnen inszenierter Fotografie. Von 1977 bis 1980 entstanden in New York die *Untitled Film Stills*, eine Serie von 69 Schwarz-Weiß-Fotografien. Darauf posiert Sherman wie in Filmszenen aus den 1950er und 1960er Jahre im jeweiligen Dekor und entsprechender Kleidung, ein Spiel mit gängigen massenmedialen Stereotypen, das sie in anderen

39 Bernd und Hilla Becher: Fachwerkhäuser des Siegener Industriegebietes, München 1977.

40 Janne Günter: Leben in Eisenheim, Weinheim 1980.

41 Hilla Becher: Klar waren wir Freaks. Interview im Magazin der Süddeutschen Zeitung, Nr. 20, 16. Mai 2008 S. 24–32. Hier: S. 31.



Serien wiederholt. So verkörpert sie Frauenrollen wie die „Unschuld“, die „Obdachlose“, die „Verführerin“ oder die „Hausfrau“. In diesen Bildern verwendet Sherman ihren Körper als „Material“ für fotografische Inszenierungen: „Sie benutzt die Kunst nicht, um das wahre Ich des Künstlers zu offenbaren, sondern um das Ich als ein imaginäres Gebilde zu zeigen“, so der Kunstkritiker Douglas Crimp.⁴² Die Realität verschwimmt, denn „Es gibt keine reale Cindy Sherman in diesen Fotografien; es gibt nur die Masken, die sie trägt“.⁴³ Die „Film-Bilder“ erlangten schnell einen hohen Bekanntheitsgrad, schienen sie doch Material für die in den 1980er Jahren relevanten Diskurse wie die Gendertheorie, die Theorie der Repräsentation, den Feminismus und die Kritik der Institution zu liefern.⁴⁴

Mit ihrer Thematisierung wechselnder Identität folgte Sherman thematisch den Arbeiten von

Jürgen Klauke (geb. 1943), der Anfang der 1970er Jahre in Köln die Fotografie für die „Imagination einer experimentell polymorphen Identität“ nutzte. In einer Art „Testbilder der Identität“ schlüpfte Klauke zum Beispiel in der Serie *Self Performance* (1972/73) in verschiedene Rollen und posierte vor der Kamera in Kleidern, mit Genitalien aus Stoff oder mit einem Schleier und mit Blumen – eine Auseinandersetzung mit der Frage nach der Identität des Mannes. In seinen späteren Arbeiten tritt er als Person zurück, in der Serie „Formalisierung der Langweile“ (1980/81) sind nur noch zwei schwarz vermmumte Gestalten und zwei Stühle zu sehen, „Bilder des gesellschaftlichen Lebens im Stillstand der Konventionen“.⁴⁵

Thematisiert Klauke die gesellschaftlich vermittelte Konstruktion von männlicher Sexualität, tut dies später Sherman mit der weiblichen Sexualität, passt sich aber mit ihren frühen Selbstinszenierungen mehr den durch die Massenmedien vorgegebenen Erwartungen an.

Eine Besucherin steht vor dem Bild „Untitled #96“ von Cindy Sherman im Art Institute of Chicago in Chicago, 17. Oktober 2022
Foto: Picture Alliance/ Fotograf: Beata Zawrzel

42 Crimp (wie Anm. 25), S. 139.

43 Ebd.

44 Vgl. Sammlung Goetz: Jürgen Klauke – Cindy Sherman, München 1994, S. 42.

45 Ebd., S. 17.

Diese inszenierte Fotografie, in der sie zugleich Hauptdarstellerin und Regisseurin ist, setzte Sherman in den 1980er Jahren mit den Serien *Rear Screen Projections* (1980), *Fairy Tales* (1985) und *Disaster* (1986–1989) fort. Darin wechselt sie zu größeren Formaten und zur Farbfotografie; seit 1985 arbeitet sie zunehmend mit Puppen und Attrappen von Körperteilen und setzt sich mit Horrorvorstellungen und pornografischen Bildern auseinander, wobei sie die „Bildwelten der Massenmedien“ unterläuft und radikal mit der „Erwartungshaltung des Betrachters“⁴⁶ bricht: „Seit Mitte der 80er Jahre gruselt es immer mehr auf den Fotos von Cindy Sherman. Ob es Motive aus der Märchenwelt sind, farbige Stillleben mit Ketchup und Spaghetti, mit Erbrochenem und verschimmelten Essensresten, verwesenen Leichen [...]“⁴⁷ Ihre Bilder scheinen aus Träumen zu stammen und sie sind rätselhafte Reflexionen am Ende des 20. Jahrhunderts. Oder, wie der Kunstkritiker Jan Argikos fragt, gar eine Art „Romantik der Jahrtausendwende“?⁴⁸ 🍷



NEUER LESESTOFF



„Maus“ von Art Spiegelman – Der Graphic Novel-Klassiker als Sonderedition

Berichtet wird die authentische Lebensgeschichte des polnischen Juden Wladek Spiegelman. In Queens, New York, schildert er seinem Sohn Art die Stationen seines Lebens: Polen und Auschwitz, Stockholm und New York. Er erzählt von der Rettung und vom Fluch des Überlebens. Art Spiegelman hat diese Geschichte aufgezeichnet, indem er das Unausprechliche Tieren in dem Mund legt: Die Juden sind Mäuse, die Deutschen Katzen. Er erhielt für „Maus“ 1992 den Pulitzer-Preis, viele weitere Preise und Auszeichnungen folgten.

Ab Dezember 2023 als Sonderedition bei der BLZ erhältlich.

46 Vgl. Thomas Weski; Heinz Liesbrock: *How You Look at It. Fotografien des 20. Jahrhunderts*, Hannover 2000, S. 503.

47 Ebd., S. 72.

48 Jan Argikos: Auf der Suche nach dem Gesicht in Cindy Shermans Fotografie. In: Sammlung Goetz: Jürgen Klauke – Cindy Sherman, München 1994, S. 40–46. Hier: S. 45.

ERINNERUNG AN DEN *HOLODOMOR* IN DER UKRAINE



Zwischen 1932 und 1933 verhungerten in der Ukraine, damals eine Sowjetrepublik, bis zu vier Millionen Menschen. Die durch Stalins Politik gezielt herbeigeführte Katastrophe wird als „*Holodomor*“ („Tod durch Hunger“) bezeichnet.

Die ukrainischen Bauern wurden gezwungen, sich sozialistischen Großbetrieben anzuschließen, mussten übertriebene Getreideforderungen erfüllen und große Mengen Getreide ins Ausland exportieren. Die entsprechenden Gebiete wurden abgeriegelt und Reisesperren erlassen, sodass vor allem die Landbevölkerung verhungerte.

2022 hat der Bundestag diese traumatische Hungersnot fraktionsübergreifend als Genozid

anerkannt. In der Nacht vor dem Gedenktag am 25. November 2023 war Kiew wieder Ziel eines massiven Angriffs mit Kampfdrohnen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs ist die Zivilbevölkerung der Ukraine erneut existenziell betroffen, weshalb aktuell viele Parallelen zu den Ereignissen vor 90 Jahren gezogen werden.¹ ☀

1 Ausführliche Informationen dazu: Klaus Gestwa: Der russische Revolutionszyklus, München 2019, hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, zu bestellen unter: https://www.blz.bayern.de/der-russische-revolutionszyklus_p_100.html [Stand: 29.11.2023].

Zahlreiche Menschen besuchen anlässlich des Gedenkens an die Hungersnot vor 90 Jahren in der Ukraine ein Denkmal in Kiew, aufgenommen am 25. November 2023.

Foto: picture alliance/NurPhoto/
Fotograf: Maxym Marusenko

MEETING IN NO MAN'S LAND

BRITISCHE UND DEUTSCHE ERINNERUNGEN AN DEN ERSTEN WELTKRIEG

von Christina Gibbs



Szene aus der Graphic Novel "Meeting in No Man's Land": Eine geplante Attacke soll verhindert werden. Abbildung: Marie Geissler

Am 11. November wird in Großbritannien, wie in vielen englischsprachigen Ländern, der *Remembrance Day*, der Kriegstotengedenktag, begangen. Überall sieht man dort um diesen Tag herum stilisierte rote Mohnblumen aus Papier, die als Anstecker an der Kleidung oder als Schmuck am Auto befestigt werden. Ausgehend vom oben abgedruckten Gedicht des

kanadischen Offiziers John McCrae, das er 1915 im Ersten Weltkrieg zum Andenken an einen toten Kameraden verfasst hatte, wurde die Mohnblume (engl. *poppy*) zum Sinnbild für das Sterben abertausender Soldaten zunächst an der „Westfront“ (*flanders fields*) im Ersten Weltkrieg, später dann auch im Zweiten Weltkrieg und in allen anderen Kriegseinsätzen.

”

In Flanders' fields the poppies blow
Between the crosses, row on row,
That mark our place: and in the sky
The larks, still bravely singing, fly
Scarce heard amid the guns below.
We are the dead. Short days ago
We lived, felt dawn, saw sunset glow,
Loved and were loved, and now we lie
In Flanders' fields.

Take up our quarrel with the foe;
To you from failing hands we throw
The torch; be yours to hold it high,
If ye break faith with us who die
We shall not sleep, though poppies grow
In Flanders' Fields.

John McCrae, 1915



„Max und ich wussten, dass er nach der Kriegserklärung am fünften Tag wegkommen würde. Am 31. Juli waren wir bei Freunden eingeladen und als wir mit dem Fahrrad heimfuhren, sahen wir in Nymphenburg die Plakate mit der Kriegserklärung. Abends fanden vor dem Wittelsbacher Palais, in dem der König wohnte, begeisterte Kundgebungen statt. Von der Kaserne aus (er war inzwischen eingezogen) verständigte mich Max von dem Abmarsch der Truppe am 6. August. Ich fuhr mit dem Rad dorthin und begleitete ihn, der auf einem Pferd ritt, bis nach Laim. Dort wurden die Soldaten der Nachrichten-Truppe, zu der er eingeteilt war, in den Zug nach Westen geladen.“
Bild und Text: Angelia Mayer



„[...] Liebe gute Fanny, ich habe nicht umsonst jetzt eine so schwere Krise gehabt, mir ging so Verschiedenstes vor. Konnte es heute nicht mehr überwinden liebe Frau, müsste Dir telefonieren und auch gleich einen Brief an Dich; dann ist es wieder leichter in meinem Inneren, wenn ich mich mit meiner lieben guten Frau ausgesprochen habe. [...]“
Text: Feldpostbrief von Alois Franz, zur Verfügung gestellt von Franziska Ramm
Abbildungen: Alexander von Knorre



INFO

Die Publikation kann unter folgendem Link bestellt werden:

https://www.blz.bayern.de/meeting-in-no-man-land-britische-und-deutsche-erinnerungen-an-den-ersten-weltkrieg_p_444.html





Demokratie und Frieden sind keine Geschenke, die wir für immer besitzen. Es sind Anleihen, die ständiger Anstrengung bedürfen, um fortzubestehen.

Elfriede Pauli, Koordinatorin des Projekts

Auch in Deutschland gedenkt man am „Volks-
trauertag“, zwei Sonntage vor dem ersten Advent,
der gefallenen Soldaten und Soldatinnen und aller
Opfer von Krieg und Gewalt, es gibt Gedenkgottes-
dienste und an Kriegsgefallenen-Denkmalern wer-
den Kränze niedergelegt.

Ein Erinnerungsprojekt

Als 2014 bis 2018 die Gedenkfeiern zu 100 Jahre
Erster Weltkrieg stattfanden, entstand aus dieser
Erinnerung an die Gefallenen und aus persönlichen
Familiengeschichten ein besonderes deutsch-bri-
tisches Projekt: 2016 trafen sich die Nachkommen
deutscher und britischer Soldaten, die im Ersten
Weltkrieg auf gegnerischer Seite gekämpft hat-
ten, in Rosenheim. Sie erzählten sich jeweils ihre
Familiengeschichte und zeigten einander persön-
liche, mit den gefallenen Groß- oder Urgroßvätern
verbundene Gegenstände und Fotos – das Ganze
wurde verfilmt und dokumentiert.



“My grandmother, Nancy Garnett, was born in 1892 in Buxton, Derbyshire, to the family of a fairly wealthy cotton merchant. Her closest friend was her dearly loved younger brother Jerry. Like many girls and young women of her class and time, she kept scrapbooks. One of those was a book of her adventures in Germany and France when she went for ‘finishing school’ and it is full of messages in German and French from the people she met along the way shortly before the war. She always used to say to me that she ‘shook the hand of the Kaiser’.”

Text: Martin Spafford, Abbildung: Nora Kühnhausen

Die beteiligten britischen und deutschen Projekt-
teilnehmer und -teilnehmerinnen blieben in Kontakt
und aus der persönlichen Begegnung entwickelten
sich bis heute bestehende Freundschaften.



Das Team von
„Meeting in No
Man’s Land“ im
April 2016 im
Hofbräuhaus in
München
Foto: privat



Abbildung: Hanne Kircher

Erinnerungen werden zu Bildern

Häufig hatten die teilweise sehr betagten Teilnehmer und Teilnehmerinnen sehr realistische, ausgeprägte Bilder von den Verstorbenen oder von einzelnen Szenen aus deren Leben „im Kopf“, teilweise durch Momentaufnahmen einzelner Fotografien, durch immer wieder erzählte Episoden oder Anekdoten, oder aus erhaltenen Feldpost- oder Liebesbriefen und von Gegenständen wie Taschen, Abzeichen, Koffern usw.

Diese Bilder bekommen in der daraus entstandenen Graphic Novel ein Gesicht. So unterschiedlich wie die Erinnerungen der Teilnehmenden ist auch die jeweilige künstlerische Gestaltung – bewusst wurden verschiedene Grafiker und Grafikerinnen für die einzelnen Geschichten ausgewählt, um die einzelnen Erzählungen in Szene zu setzen. Die Klammer für die verschiedenen Episoden ist das gemeinsame Erinnern und Gedenken über Generationen- und Ländergrenzen hinweg – wie auf einer Kette aufgereiht ergeben die unterschiedlichen Geschichten ein gemeinsames Erinnerungsbuch.



Meeting in No Man's Land

Der Titel „*Meeting in No Man's Land*“ erinnert an das „Weihnachtswunder“ von 1914, als es an Weihnachten mitten im Kriegsgeschehen eine Waffenruhe gab und sich britische, deutsche und französische Soldaten im „Niemandland“ zwischen den Schützengräben trafen, sich kleine Geschenke überreichten, gemeinsam Fußball spielten und sich gegenseitig Fotos ihrer Familien zeigten – sich also freundschaftlich begegneten, bevor nach den Feiertagen das Kriegsgeschehen umso heftiger fortgesetzt wurde.

Gerade in Zeiten, in denen in Europa und im Nahen Osten wieder Krieg herrscht, möchte die Landeszentrale mit dieser Publikation ein Zeichen für den Frieden und für die Demokratie setzen. 🌍



Abbildung:
Suse Schweizer

„Hast Du schon die Nussbusserl bekommen, wir haben sie schon am 1. für Deinen Geburtstag weggeschickt, auch Kerzen. Gestern Abend war ein Jubel in der Stadt: 20.000 Rumänen gefangen, [...] 400 Offiziere, 400 Geschütze, alles ging mit freudestrahlenden Augen umher. So froh waren alle, ja die Deutschen mit den Bulgaren waren es. Fein was.“

Text: Brief von Ida Moser, geschrieben am 8. September 1916 an ihren Bruder Ferdinand Moser, der im Ersten Weltkrieg in Italien und anderen im Osten gelegenen Fronten eingesetzt war (zur Verfügung gestellt von seiner Tochter Marianne Miebach)
Abbildung: Marie Geissler



INFO

Der Dokumentarfilm „Meeting in No Man's Land“ ist zu finden unter:



englische Fassung:
<https://www.youtube.com/watch?v=ZtOvjVihEFA>



deutsche Fassung:
<https://www.youtube.com/watch?v=Wi24efiaZnI>

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion

Monika Franz, Christina Gibbs, Manfred Fischl,
Nadja Renner

Titelbildnachweis

Bring them home now! Wie in vielen Städten erinnern die
leeren Plätze an einem festlich gedeckten Tisch in
Athen am 5. November 2023 an die israelischen Geiseln,
die sich nach dem brutalen Überfall Anfang Oktober in
der Gewalt der palästinensischen Hamas befinden.

Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/

Fotograf: Aristidis Vafeiadakis

Gestaltung

MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,
Wuppertal

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG,
München/Regensburg

BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen
tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen
Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft
gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über
geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem
die Schreibweisen der Texte variieren.